

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Einzelnr. 2,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Einzelnr. 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Multipler Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Esterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Rotomel-
lette oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichtsblätter 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Wilhelm II. und die Anverpung der Offenbarung.

Der Vortrag des Professors Deligisch über die Beziehungen zwischen dem Alten Testament und der Babylonischen Kultur hatte in der ewig blinden liberalen Presse einen Aufschrei des höchsten Nachsehens hervorgerufen. Nicht weil Herr Deligisch etwa eine neue Wahrheit entdeckt hätte, sondern weil er durch den — Kaiser offensichtlich ausgezeichnet war. Nun war, so entzückte man sich, der Verzicht auf die biblische Offenbarungs-Mythologie, deren Ueberwindung seit dem 17. Jahrhundert wissenschaftliches Gemeingut der Menschheit geworden ist, auch allerhöchst gestattet, unter kaiserlichen Schutz gestellt. Derselbe Umstand, der die liberale Halbheit begeisterte, erregte im höchsten Grade die Wut der Orthologie. Was sollte aus der Religion, die dem Volke erhalten werden muß, werden, wenn Wilhelm II. selbst zuläßt, daß das Alte Testament im wesentlichen Gehalt babylonischen Ursprungs sei! Und die edlen Herren der Kirche gingen aus Wert, zäh und energisch, um das Vergernis aus der Welt zu schaffen. Der Erfolg blieb nicht aus. Bereits vor einigen Wochen konnte das Organ des Herrn Sieder — das war charakteristisch — beruhigt verkünden, einem dritten Vortrag des Herrn Deligisch werde Wilhelm II. nicht beiwohnen.

Wir sind über den Deligisch-Rummel mit einigen ironischen Bemerkungen hinweggegangen. Was richtig an dem Vortrag gewesen, war nicht neu. Und das Neue wurde von der Mehrzahl der bedeutendsten Assyriologen als völlig haltlos bezeichnet. Trotzdem blieb das Vergernis für die Orthologie! Da feste sich Wilhelm II. hin und — die Kirche hat gesiegt! — verfaßte einen Aufsatz, in dem er den Prof. Deligisch belehrte, wie er die Sache richtig hätte anpacken müssen. Wie Wilhelm II. früher der Kunst, so hat er jetzt der Wissenschaft den Weg gewiesen.

Die theologisch-kritischen Betrachtungen des Kaisers sind in der Form eines zur Veröffentlichung bestimmten Briefes an den Admiral Soltmann gerichtet. Er ist vom 15. Februar datiert, nicht vom Grafen Wilow gegengezeichnet worden, und sofort in den „Grenzböten“ veröffentlicht worden. Die Hauptstelle lautet:

„Während einer Abendgesellschaft bei uns hatte Professor Deligisch Gelegenheit, mit Ihrer Majestät der Kaiserin und General-Superintendenten Driander eingehend mehrere Stunden zu konferieren und zu debattieren, wobei ich mich zuhörend und passiv verhielt. Er verließ dabei leider den Standpunkt des strengen Historikers und Assyriologen und geriet in theologisch-religiöse Schlüsse und Hypothesen hinein, welche doch recht nebelhaft und gewagt waren. Als er aber auf das Neue Testament kam, wurde es bald klar, daß er bezüglich der Person unseres Heilandes so ganz abweichende Anschauungen entwickelte, daß ich ihm darin nicht nur nicht folgen konnte, sondern einen meinem Standpunkte diametral entgegengesetzten konstatieren mußte. Er erkennt die Gottheit Christi nicht an, und daher soll als Rückschluß auf das Alte Testament dieses keine Offenbarung auf denselben als Messias enthalten. Hier hört der Assyriologe und forschende Geschichtsschreiber auf und der Theologe mit allen seinen Licht- und Schatten-seiten setzt ein. Auf diesem Gebiet kann ich nur dringend ihm raten, nur sehr vorsichtig Schritt vor Schritt zu gehen und jedenfalls seine Thesen nur in theologischen Schriften und im Kreise seiner Kollegen zu ventilieren, und Laien aber und vor allem die Orientgesellschaft damit zu verschonen; vor deren Forum gehört das alles nicht. Wir graben aus und lesen, was wir finden, und geben das heraus zum Wohle der Wissenschaft und Geschichte, aber nicht um Religionshypothesen eines unter vielen Gelehrten begründet oder verfochten zu helfen.“

Es ist eben bei Deligisch der Theologe mit dem Historiker auf und davon gegangen, und dient der letztere nur noch als Folie für den ersteren. Ich finde es schade, daß Deligisch nicht bei seinem ursprünglichen Programm geblieben ist, welches er im vorigen Jahre entwickelte: nämlich auf Grund der Kunde unserer Gesellschaft nach wissenschaftlich erprobter Ueberzeugung der Inschriften zu vergleichen, inwiefern dieselben eine Illustration zu der Chronik des Volkes Israel enthalten, das heißt Aufklärung über geschichtliche Ereignisse, Sitten und Gebräuche, Ueberlieferungen, Politik, Gesetzgebung usw. Mit andern Worten, inwiefern die unlesbar und mächtige hochentwickelte babylonische Kultur in Wechselbeziehung zu den Israeliten stand, auf sie einwirkte konnte, ja sogar ihnen einen Stempel aufdrücken mochte. Und dadurch eine gewisse Ehrenrettung — vom rein menschlichen Standpunkte aus — für die im Alten Testament gewirkte Kraft, scheinlich und einseitig dargestellten Babylonier zu erwirken. Das war seine ursprüngliche Absicht — wie ich sie wenigstens auffaßte — und ein sehr reichhaltiges und uns allen interessantes Gebiet, dessen Durchforschung, Erhellung und Erklärung uns Laien im höchsten Maße interessieren muß und ihm zu höchstem Dank verpflichtet. Aber dabei mußte er nun auch bleiben. Er hat aber leider im Feuerfieber das Ziel überschritten. Wie nicht anders zu erwarten, haben die Grabungen Mittelungen zu Tage gefördert, welche auch auf das religiöse Gebiet im Alten Testament Beziehung haben. Das hat ihm hätte er brüderlicher müssen und Koincidenzen (Uebereinstimmungen) — wo solche vorkamen — hervorheben und erläutern können, aber alle rein religiösen Schlüsse dem Zuhörer selbst zu ziehen überlassen müssen. So wäre seinem Vortrag Interesse und Wohlwollen des Laienpublikums voll erhalten worden. Das hat er leider nicht getan. Er hat in sehr polemischer Weise sich an die Offenbarungsfrage herangewandt und dieselbe mehr oder minder verneint beziehungsweise auf historisch rein menschliche Dinge zurückzuführen zu können vermeint. Das war ein schwerer Fehler. Denn er sollte damit mauehen seiner Zuhörer an sein Innerstes und Heiligstes. Und ob berechtigt oder unberechtigt — das ist hier für den Augenblick ganz unerleitet, da es sich nicht um eine pure wissenschaftliche Verammlung von Theologen, sondern um Laien aller Stände und Geschlechter handelte — hat er manchem Lieblingsvorstellungen oder gar Gebildungsgeföhren oder angerempelt, mit

welchen diese Leute heilige und laute Begriffe verbinden und ihnen unzweifelhaft das Fundament ihres Glaubens erschütterte, wenn nicht einzuogen. Eine That, an die nur ein gewaltiges Genie sich heranzuwagen dürfte, zu der aber das bloße Studium der Assyriologie noch nicht berechtigt. Goethe behandelt diese Angelegenheit auch einmal, indem er ausdrücklichs darauf aufmerksam macht, man müsse sich vorsehen, bei einem großen allgemeinen Publikum auch nur „Terminologiepagoden“ entzweizumachen. Es ist dem vortrefflichen Professor in seinem Eifer der Grundsatz etwas entgangen, daß es gar sehr wichtig ist, genau zu unterscheiden zwischen dem, was angemessen ist, dem Ort, Publikum usw., und was nicht. Als Theologe von Fach kann er für seinen Kollegenkreis Thefen, Hypothesen und Theorien sowie Ueberzeugungen ausdrücken in Fachschriften, welche nicht augängig auszusprechen sein würden in einem populären Vortrag oder Buch.

Ich möchte nun noch einmal auf meinen persönlichen Standpunkt bezüglich der Offenbarungstheorie oder Anschauung zurückkommen, wie ich ihn Ihnen, mein lieber Soltmann, und andern Herren schon des öfteren auseinandergesetzt habe. Ich unterscheide zwei verschiedene Arten der Offenbarung: eine fortlaufende, gewissermaßen historische und eine rein religiöse, auf die spätere Erscheinung des Messias vorbereitende Offenbarung.

Zur ersten ist zu sagen: Es ist für mich keinem, auch nicht dem leisesten Zweifel unterworfen, daß Gott sich immerdar in Seinem von Ihm geschaffenen Menschengeschlecht andauernd offenbart. Er hat dem Menschen „Seinen Odem eingeblasen“, das heißt ein Stück von sich selbst, eine Seele gegeben. Mit Vaterliebe und Interesse verfolgt er die Entwicklung des Menschengeschlechtes; um es weiter zu führen und zu fördern, „offenbart“ er sich bald in diesem oder jenem großen Weisen oder Priester oder König, sei es bei den Heiden, Juden oder Christen. Hammurabi war einer, Moses, Abraham, Damer, Karl der Große, Luther, Shakespeare, Goethe, Kant, Kaiser Wilhelm der Große. — Die hat Er ausgesucht und Seiner Gnade gewürdigt, für ihre Völker auf dem geistigen wie physischen Gebiet nach Seinem Willen Herrliches, Unvergänglichendes zu leisten. Wie oft hat mein Großvater dieses nicht ausdrücklichs betont, er sei ein Instrument nur in des Herrn Hand. Die Worte der großen Weiser sind von Gott den Völkern geschenkt, damit sie an ihnen sich fortbilden, weiterführen können durch das Verwirkeln des noch Un-erforschten hinein. Bewiß hat Gott, der Stellung und Kulturstufe der Völker entsprechend, dem verschiedenen Volk verschiedene „groffen- barte“, und thut das auch noch heute. Denn so wie wir am meisten durch die Größe und Gewalt der herrlichen Natur der Schöpfung überwältigt werden, wenn wir sie betrachten, und über die in ihr offenbarte Größe Gottes bei ihrer Betrachtung staunen, ebenso offenbar können wir bei jedem wahrhaft Großen und Herrlichen, was ein Mensch oder ein Volk thut, die Herrlichkeit der Offenbarung Gottes darinnen mit Dank bewundernd erkennen. Er wirkt un-mittelbar auf und unter uns ein!

Die zweite Art der Offenbarung, die mehr religiöse, ist die, welche zur Erscheinung des Herrn führt. Von Abraham an wird sie eingeleitet, langsam, aber voranschauend, allweise und allwissend, denn die Menschheit war sonst verloren. Und nun beginnt das Raumstwerteste Wirken, Gottes Offenbarung. Der Stamm Abrahams und das sich daraus entwickelnde Volk betrachten als Heiligstes mit eiserner Konsequenz den Glauben an einen Gott. Sie müssen ihn beugen und pflegen. — In der ägyptischen Gefangenschaft gesplittert, werden die zerteilten Stämme von Moses zum zweiten Male zusammengeführt, immer noch beirrt, ihren „Rathesheimen“ feitzubehalten. Es ist das direkte Eingreifen Gottes, das dieses Volk wiedereerichten läßt. Und so geht es weiter durch die Jahrhunderte, bis der Messias, der durch die Propheten und Psalmsen verkündet und angezeigt wird, endlich erscheint. Die größte Offenbarung Gottes in der Welt! Denn Er erhebt im Sohne selbst; Christus ist Gott; Gott in menschlicher Gestalt. Er erlöste uns, Er senkt uns an, es löst uns, ihm zu folgen, wir fühlen sein Feuer in uns brennen, sein Willeid uns härten, seine Angufriedenheit uns vernichten, aber auch seine Fürsprache uns retten. Siegesgewiß, allein auf Sein Wort bauend, geben wir durch Arbeit, Hohn, Jammer, Elend und Tod, denn wir haben in Ihn Gottes offenbartes Wort, und er läßt niemals.

Das ist meine Ansicht über diese Frage. Das Wort ist insbesondere für uns Evangelische alles durch Luther geworden, und als guter Theologe mußte doch Deligisch nicht vergessen, daß unser großer Luther uns singen und glauben gelehrt: „Das Wort sie sollen lassen stahn!“ Es verheißt sich für mich von selbst, daß das Alte Testament eine große Anzahl von Abschnitten enthält, welche rein menschlich historischer Natur sind und nicht „Gottes geoffenbartes Wort“. Es sind rein historische Schilderungen von Vorgängen aller Art, welche sich in dem Leben des Volkes Israel auf politischen, religiösen, sittlichen und geistigen Gebiet des Volkes vollziehen. Wie zum Beispiel der Akt der Gesetzgebung am Sinai nur symbolisch als von Gott inspiriert angesehen werden kann, als Beweis zu einer Auffrischung vielleicht allbekannter Gesetzesparagrafen (möglicherweise dem Aodg Hammurabis entstammend) greifen mußte, um das in seiner Zusammensetzung lockere und wenig widerstandsfähige Gefüge seines Volkes zusammenzufassen und zu binden. Hier kann der Historiker aus Sinn und Wortlaut vielleicht einen Zusammenhang mit den Gesetzen Hammurabis, des Freundes Abrahams, konstatieren, der logisch vielleicht richtig wäre; das würde aber niemals der Thatfache Eintrag thun, daß Gott Moses dazu angeregt und insofern sich dem Volke Israel geoffenbart hat.

Dabei ist es meine Auffassung, daß unter guter Professor hin-führer lieber die Religion als solche bei seinen Vorträgen in unfrer Gesellschaft anzuführen und zu behandeln vermeidet. Dagegen was die Religion, Sitten usw. der Babylonier usw. in Beziehung zum Alten Testament bringt, ruhig schildern möge. Für mich ergibt sich daraus die nachstehende Schluffolgerung:

- a) Ich glaube an Einen, Einigen Gott.
- b) Wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unfre Kinder.
- c) Diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Ueberlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung und den Inschriften und Grabungen sich entschieden wesentlich ändern; das schadet nichts, auch daß dadurch viel vom Nimbus des anderwählten Volkes verloren geht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe, Gott und sein Wirken!

Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verlehrs mit Gott.

Mit herzlichem Dank und vielen Grüßen
Ihr treuer Freund
gez.: Wilhelm, I. R.
P. S. Sie können von diesen Zeilen den ausgiebigsten Gebrauch machen; wer will, kann sie lesen.

Der Kaiser hat sich mit dem vorstehenden Sendschreiben auf das Gebiet der theologischen Schriftstellerei begeben. Seine Kritik des Herrn Deligisch ist im Stile der Randbemerkungen Friedrichs II. gehalten, der freilich sonst über die Offenbarung wesentlich anders dachte wie sein Nachkomme. Der König gebietet dem Professor, was er zu thun und was er zu lassen habe. Ob wohl Herr Deligisch antworten wird?

Die vom Kaiser kritisierten Schluffätze des Vortrages lauten: „Aber andererseits läßt uns nicht blind feitzhalten an veralteten, wissenschaftlich überwindenen Dogmen, etwa gar aus Angst, es möchte hierdurch unser Gottesglaube und wahrhafte Religiosität Schaden leiden! Bedenken wir, daß alles Irdische in lebendigem Fluß ist, Stillstehen gleichbedeutend mit Tod. Schauen wir hin auf die gewaltige passierende Kraft, mit welcher die deutsche Reformation große Kationen der Erde auf allen Gebieten menschlicher Arbeit, menschlichen Fortschritts erfüllt! Aber auch die Reformation ist nur eine Etappe auf dem Wege zu dem uns von Gott und in Gott gesteckten Ziele der Wahrheit. Ihm streben wir nach in Demut, aber mit allen Mitteln der freien Forschung der Wissenschaft, freudig und bekenntend zu der von hoher Warte mit Aders-blick geschaute und hochgemut aller Welt kundgegebenen Lösung der Weiterbildung der Religion.“

Herr Deligisch beruft sich also hier recht bzantinnisch auf das Wort Wilhelm II. von der Weiterbildung der Religion — und des-halb wird er mit so energischen Worten zur Ordnung gerufen, die-weiß den Professor das nichts angeht. Er soll bei der Assyriologie bleiben und nicht in die Theologie pfeuschen.

Der Kaiser erörtert dann seine eigene theologische Auffassung. Wir gestehen, daß es uns als Laien unmöglich ist, seine Ideen im einzelnen nachzudenken. Wilhelm II. scheint auch eine Theologie der mittleren Linie zu vertreten, und er wird, wie in der Politik, auch mit dieser theologischen Auffassung niemand ganz zufrieden stellen. Den Orthodoxen kann er nicht genügen; denn er hält nicht die ganze Bibel für ein offenes Buch, sondern nur den Kern. Den Liberalen ist andererseits auch der Kern schon zu viel. Die Gegner der wissenschaftlichen Freiheit müssen unmutig sein, daß es dem Assyriologen gestattet ist, babylonischen Quellen in dem offenbarten Buche nachzuspüren. Die Bekenner der Wissenschaft wollen sich nicht für ihre Forschung Schranken setzen lassen. Der Antisemit mag es nicht leiden, daß Moses und Abraham unter die Träger der Offenbarung aufgenommen werden, während der empfindliche Philosoph es nicht verwinden wird, daß der Kaiser seine Genugthuung darüber ausdrückt, daß durch die babylonischen Forschungen viel vom Nimbus des anderwählten Volkes verloren gehe.

Wilhelm II. wünscht die Aufrechterhaltung der biblischen Form vor allem der Kinder wegen. Der Gelehrte könnte Deligisch schließlich seinen Forschungsdrang die Fingel schlichten lassen, aber vor einem Publikum von Laien müsse er sich Rücksicht auf-erlegen. Kurz, die Religion muß dem Volk erhalten werden.

Nach seiner persönlichen Auffassung verbindet Wilhelm II. in nicht leicht verständlicher Weise die Offenbarungsidee mit einer Art internationaler Seelenwanderung. Die Offenbarung wählt sich in allen Zeiten und Völkern ihre menschlichen Träger. So gehört der uralte Babylonier Hammurabi — Deligisch' s Liebling — zu diesen Vollstreckern der Offenbarung, aber auch der hellenische Heide Homer, dessen Kaufman-Verse den Frommen in Trier ein Grauel sind. Ja die Offenbarung versenkt sich selbst in einen Antichrist wie Goethe und einen Kant, dessen Lebenswerk die Verjährung des Offenbarungsglaubens und der überweltlichen Moral war. Die seltsame Reihe, die mit Hammurabi beginnt undigt mit — Wilhelm I. Es ist zu erwarten, daß Herr Deligisch in seinem dritten Vortrage die Weisungen seines kaiserlichen Herrn entsprechend berück-sichtigen und es unterlassen wird, die Offenbarung anzurempeln. —

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 20. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag die zweite Beratung des Etats der Berg-, Sitten- und Salinenverwaltung erledigt. Noch einmal wurde ein langes und breites über die Vergarbeiter-Verhältnisse geredet, doch war von einem wirklichen Eintreten für die Arbeiter auf keiner Seite des Hauses etwas zu merken. Die Regierung richtet ihr Augenmerk weniger auf die Durchführung langst als notwendig erkannter Reformen, als vielmehr darauf, daß keine neuen Arbeiterunruhen entstehen; sie fürchtet, wie der Ober-Berghauptmann v. Belken in einer eisten Scharfmacherrede mitteilte, den Ausbruch eines neuen Streiks im Saarrevier. Nach der sonderbar provozierenden Rede dieses Regierungsvertreter könnte es fast den Anschein haben, als ob ein Streik in der Periode des wirtschaftlichen Niedergangs der Verwaltung gar nicht so unangenehm ist. Im übrigen ist aus der Debatte nur noch die Mitteilung des Ministers Müller erwähnenswert, daß die Regierung eine Reform des Knapp-schaftsklassen-Gesetzes zwar für geboten erachtet, daß aber diese Reform nur im Anschluß an die Reform des

Krankenkassen-Gesetz vorgenommen werden könne. Da keine Aussicht auf Erledigung der Novelle zum Krankenkassen-Gesetz in der laufenden Reichstags-Session besteht, soll die Novelle in der nächsten Session möglichst frühzeitig eingebracht und im Anschluß daran im Landtage eine Novelle zum Knappschafts-Kassen-Gesetz noch in derselben Session erledigt werden.

Sonnabend: Erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahn-Verwaltung und Eisenbahn-Etat. —

Das Wahlkartell.

Wir haben selten ein reineres Vergnügen genossen, als jenes, das uns durch die Veröffentlichung des nationalliberalen Kartell-Plans verschafft worden ist. Wir haben zu früh in die Geheimnisse des reaktionären Wahlkämpfers hineingeleuchtet — und nun kribbelt's in der Kartellpresse wirt und aufgeregt durcheinander.

Die Herren von der parteiamtlichen „Nationalliberalen Korrespondenz“ müssen lange geschwitzt haben, bis es ihnen gelang, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die ganze Geschichte des „Vorwärts“ vom Wahlkartell, soweit sie die nationalliberale Parteilinie angeht, beruht auf willkürlicher Kombination des sozialdemokratischen Organs“.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erreicht mit diesem „Demoni“ den Mut eines Jeditz, dem seine kanal-Zutragen erst durch unsere Veröffentlichung seiner Honorarunterschiede nachgewiesen werden mußten, oder auch des Stöder, der zunächst auch den Scheiterhaufenbrief abzuschwören suchte, bis er autographisch reproduziert wurde. Wir würden die „Nationalliberale Korrespondenz“ der wissenschaftlichen Unwahrheit, der frechen Lüge zeihen, wenn ihre „Erklärung“, näher betrachtet, nicht gänzlich inhaltslos wäre. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weiß sehr gut, daß die von uns mitgeteilten Einzelheiten aus dem nationalliberalen Kartellplan die nahezu wörtliche Wiedergabe des vom Vorstand resp. im Centralbureau der nationalliberalen Partei 1898 in ausgearbeiteten Entwurfs ist. Wir fordern die „Nationalliberale Korrespondenz“ auf, diese Behauptung klipp und klar abzuleugnen.

Ist somit unsere Veröffentlichung in jedem Punkt authentisch, so wird sie noch zum Ueberflus bekräftigt durch die wäp'schimpfenden Ablegungen der Kartell-Organen. Es ist sehr ergötzlich, wie sehr sich die Brüder schämen, sich zu ihrem Vande zu bekennen. Als das Kartell beim Vollkampf plögl'ich mit dem Antrag Kardorff anrückte, spottete Herr v. Kröcher über unsere Ueberraschung und höhnte die Sozialdemokraten, weil ihnen, die doch sonst alles wüßten, das Attentat nicht vorher bekannt geworden wäre. Jetzt hoffen wir uns die Anerkennung der Konserwativen errungen zu haben, daß wir rechtzeitig die Pläne signalisierten, und nun schimpfen sie und leugnen. „Die ganze Sache beruht auf Erfindung“ — behauptet die „Konserwatibe Korrespondenz“. Wir seien entweder „einer Mystifikation zum Opfer gefallen“ oder hätten uns die „Geschichte selbst aus den Fingern gezogen“. Allerdings behauptet auch die „Konserwatibe Korrespondenz“ die toll gewordene „Germania“: „Etwas Beleidigendes oder Ehrenkränzendes aber liegt unsres Erachtens doch darin nicht, daß man einer Partei die Absicht unterlegt, mit andern, wenn auch gegnerischen Parteien sich zu einem eminent nationalen Zwecke zu verbinden.“

Die „Germania“ aber fährt fort, wie eine Befessene zu rasen: „Der „Vorwärts“ wieder als Lügner entlarvt!“ Und sie schreit sich immer noch heifer nach „konkreten Thatsachen“. Die „Germania“ hätte nur notwendig gehabt, unsern Artikel abzudrucken, dann hätte sie die „konkreten Thatsachen“ in Hülle und Fülle gehabt. Aber sie unterließ es weislich, weil sie sich klar war, daß dann selbst ihre gläubigsten Leser über ihr rohes Geschimpf lachen würden.

Zu ihrer wüßigen Blindheit — wenn es nicht falsches Spiel ist — verhardt die „Freisinnige Ztg.“ Sie redet von einer lächerlichen Erfindung und sieht in unserer Veröffentlichung den Beweis, wie wenig die Sozialdemokratie in ihrem prophanhaften Selbstbewußtsein überhaupt Bescheid weiß über dasjenige, was in andern Parteien vorgeht. Die gut unterrichtete „Freisinnige Zeitung!“ Warum macht sich Herr Müller-Sagan nicht auf und fragt im Centralbureau der nationalliberalen Partei an? Der Mann jagt doch sonst so eifrig nach „Informationen“.

Die dreiste Ablegung der Kartellpläne ist natürlich lediglich aus dem Trieb der Selbsthaltung zu erklären. Wenn die Massen sehen, daß die vermeintlichen Gegner auf der Bühne hinter den Coulissen mit einander kosen, dann erkennen sie um so schärfer den gemeinsamen Feind in allen Richtungen und Zerspaltung der bürgerlichen Interessentrachtung.

Ueber die Bedeutung des Kartells hat ein nicht wieder kandidierender Centrumsführer, der von dem Kartell nichts wissen will, sich wie folgt geäußert:

Wenn es den Angehörigen dieser Politik der Sammlung, dieser Neuaufgabe des Kartells, gelingen sollte, für sich die Mehrheit in dem neuen Reichstag zu erlangen, so sei es um das gleiche, allgemeine Wahlrecht geschehen. Das Gesetz über die Abänderung des Wahlrechts zum Reichstage liege schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da, und es unterliege gar keinem Zweifel, daß es dem Reichstage vorgelegt werde, sobald ein bewilligungslustiger Reichstag vorhanden sei. Ebenso werde von einem solchen Reichstage unser Vereins- und Versammlungsgesetz abgeändert und eingeschränkt werden. Vorgehoben würden als Ziel der Sammlungspolitik allerdings rein wirtschaftliche Interessen, der Schatz der nationalen Arbeit usw., das aber seien nur Phrasen, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen.

Wird die „Germania“ auch diese Rede eines der Ihrigen ableugnen?

Deutsches Reich.

Der Termin der Reichstagswahlen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Die Reichstagswahlen sollen, wie uns aus mancherlei Quelle mitgeteilt wird, nicht, wie bisher verlautete, Mitte Juni, sondern schon in der ersten Juniwöche stattfinden.“ —

Gebaut wird er doch!

Es giebt zweierlei Kanalprojekte in Preußen: das eine ist dasjenige der Regierung, das in der Rhein-Elbe-Verbindung sein Hauptstück hat, aber zugleich den Osten bedeckt; das andre ist das Agrarier-Projekt, das nur in Ostelbien Wasserstraßen bauen will.

Die preussische Regierung hat im Jahre 1901 erklärt: die ganze Vorlage oder gar nichts! Die Minister haben beteuert: Gebaut wird er doch! Aber die preussische Regierung hat in den Jahren 1902 und 1903 nicht gewagt, auf ihrer Vorlage zu bestehen.

Auch die Junter erklären: Gebaut wird er doch! Rämlich ihr kanal, nicht der Kanal der Regierung und des preussischen Königs, sondern der Junterkanal. Und die Junter fordern dreist, da die Regierung ängstlich sich duckt.

Die Junter des preussischen Abgeordnetenhauses interpellieren die Regierung, wie es mit ihrem Junterkanal steht. Ihre Forderung lautet:

„Beabsichtigt die königl. Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat für 1904 Mittel in angemessener Höhe zur nachhaltigen Beilegung dringender Notstände in den Stromgebieten namentlich der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe zu fordern?“

Unterzeichnet ist die Interpellation von dem gesamten Chorus des ostelbischen Junkertums und der Landräte.

„Gebaut wird er doch!“ —

Der Sturz des Grafen Crailsheim.

Die plögl'iche Entlassung des Ministerpräsidenten von Bayern ist nicht, wie es zunächst schien und wie es auch die Münchener Presse auffaßte, ein Centrumsstog. Graf Crailsheim ist vielmehr das späte Opfer der — Swinemünder Entrüstungsdemepse.

Als der Reichskanzler in der ersten Etatslesung die Entschuldigung des Swinemünder Telegramms verurteilte, hatte er zugleich die Aufgabe, die Wirkung des Telegramms auf die Stimmung am bayrischen Hofe abzuleugnen. Er feierte in hohen Tönen die fortdauernd vor-trefflichen Beziehungen zwischen München und Berlin. Und Graf Crailsheim betätigte die höchste Diplomaten-solidarität, indem er die Bismarcksche Verschleierung der wirklichen Thatsachen durch ein besonderes Danktelegramm, das auch sofort veröffentlicht wurde, unterstützte. Dieses Verfahren des Ministerpräsidenten kostete ihm sein Amt. Ein Privattelegramm aus München kennzeichnet den Her-gang also:

Die Entlassung Crailsheims wurde durch die Veröffentlichung des Danktelegramms an den Grafen Bismarck veranlaßt. Es kam im Ministerium wegen dieses Telegramms zu Auseinandersetzungen, die übrigen Minister lehnten ab, ihr Einverständnis mit dem Telegramm zu erklären. Graf Crailsheim reichte darauf beim Prinzregenten sein Demissionsgesuch ein. Wegen Crailsheims Erwarten wurde dieses Gesuch sofort genehmigt. Der Prinz-Regent ist seit Swinemünde äußerst aufgebracht.

Ein weiteres Anzeichen, daß der Sturz Crailsheims nicht als ein besonderer Centrumsstog gelten kann, ist die Thatsache, daß der vom Centrum viel heftiger befohdete Minister des Innern v. Zeiligsch auf seinem Posten verbleibt.

Der Nachfolger des Grafen Crailsheim ist der Kultusminister v. Pöde wils, an dessen Stelle wahrscheinlich Regierungspräsident Hermann-Augsburg tritt. —

Die Krankenversicherungs-Novelle ist soeben auch dem Reichstag zugegangen. Soweit wir sehen, deckt sie sich fast völlig mit dem schon früher (s. Nr. 25 des „Vorwärts“) veröffentlichten Entwurf. —

Kräppelsteuer in Sicht.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ beabsichtigt das derzeit noch regierende Centrums-Finanzgenie, Herr Dr. Müller-Zulda, zum Militärretat eine Resolution einzubringen, in der er die Einführung einer Wehrsteuer beschwört. Es sollten also nach Herrn Müller-Zuldas Ansicht alle diejenigen, die nicht zum Militärdienst herangezogen werden, einer besonderen öffentlichen Abgabe unterliegen.

Während die Sozialdemokratie die Befassung der besitzenden Volksklassen durch direkte Reichsteuern verlangt, sollte also von der allerchristlichsten Partei jene direkte Steuer in Anregung gebracht werden, die wie keine andre die direkte Besteuerung der Armut ist. In den direkten Staatssteuern und den indirekten Reichsteuern würde dann für den Militärfreien resp. dessen Familie auch noch die direkte Reichsteuer treten.

Die Erfahrungen aller Länder, in denen die sogenannte „Kräppelsteuer“ besteht, haben gezeigt, daß diese Steuer entweder eine Lächerlichkeit oder eine Grausamkeit oder beides zugleich sein muß.

Befreit man Dienstuntaugliche mit vermindeter Erwerbsfähigkeit von der Wehrsteuer, setzt man die unteren Stufen der geringen Steuerfähigkeit entsprechend niedrig an, so erhält man einen Betrag, der die Erhebungskosten kaum deckt. Von einer wirklichen ausgiebigen Progressivbesteuerung der Besitzenden in diesem Rahmen kann keine Rede sein, weil das Einkommen der reichen jungen Leute, die ihrem Herrn Papa auf der Tasche liegen, steuerrechtlich nicht erfassbar ist. Wenn man aber nur die ganz Blinden oder völlig Gekrüppelten oder Sterbenskranken von der Wehrsteuer anschießt, und die unteren Stufen so hoch ansetzt, daß sich die Erhebung überhaupt lohnt, dann wird die Wehrsteuer eine Kontribution, wie sie grau-samer und gehässiger gar nicht gedacht werden kann.

Als im Jahre 1881 ein Wehrsteuer-Projekt der verbündeten Regierungen im Reichstage zur Debatte stand, da konnte Bismarck zu ihrer Begründung nichts andres vordringen als dies: „Zur Wehrsteuer hat das Gefühl Anlaß gegeben, welches sich des Muskeln tragenden Soldaten bemächtigt, wenn er einen seiner Meinung nach auch dienstuntauglichen Nachbar zu Hause bleiben sieht.“ Damals aber fand sich kein Mensch im ganzen Reichstage, der dieses angebliche „Gefühl des Muskeln tragenden Soldaten“ zu würdigen verstand, und die Vorlage wurde einstimmig abgelehnt. Juvor hatte Herr v. Schorlemer-Kist, der gepriesene Centrums-führer, erklärt:

Es handelt sich bei dieser Vorlage nicht um eine ausgleichende, sondern um eine neue, direkte, recht drückende Einkommensteuer. Die Wehrsteuer würde namentlich die ländliche Bevölkerung schwer belasten. . . . In vielen Fällen würde sie auch eine doppelte Belastung herbeiführen, namentlich für solche Eltern, welche schon mehrere Söhne in der Armee haben und außerdem noch für andere Wehrsteuer zahlen sollen. Ich muß nach wie vor in dem Gesehe nur eine neue direkte Steuer erblicken, die die ärmeren Klassen mehr bedrückt als die andern.

Damals stand das Centrum freilich erst in den ersten Anfängen der Regierungsfähigkeit, und man könnte sich nicht wundern, wenn es seither auch in diesem Punkte ausgelehrt haben sollte. Andererseits wird man erst abwarten müssen, ob Herr Müller-Zulda wirklich Ernst macht. Unmittelbar vor den Wahlen zum Protowäger und der schwindelhaften Witwenversicherung noch eine wirkliche und erste Kräppelbesteuerung zu setzen, das wäre doch ein verwünscht gescheiter Gedanke, den ein Menschenfreund auch einem Centrumsnomen nicht so ohne weiteres zutrauen darf. —

Berichtigung einer Berichtigung. Der Abg. Crüger hatte in der Sitzung des Reichstags vom 14. Februar behauptet, die Angabe des Genossen Bebel in seiner letzten Etatsrede, daß in der Weberei in Zillertal im Riesengebirge Wochenlöhne von 2—7 M. gezahlt würden, sei unrichtig und wolle dieses durch eine betreffende Mitteilung berichtigen, wonach höhere Löhne gezahlt würden.

Aus dem offiziellen stenographischen Bericht jener Sitzung ergibt sich, daß der Abg. Crüger eine Berichtigung der Erdmannsdorfer Arbeitergesellschaft vortrug, über die Genosse Bebel überhaupt kein Wort gesagt hatte. Die Berichtigung des Abg. Crüger war also sinnlos.

Eine nochmalige Erleuchtung bei Parteigenossen in Zillertal hat auch ergeben, daß die Angaben Bebels richtig sind, die auch bestätigt wurden durch eine Aeußerung eines liberalen Abgeordneten, die dieser unmittelbar nach jener Rede zu Bebel machte: „Sie sprachen vorher von den 2—7 Mark Wochenlohn, die die Zillertaler Weberei zahlt. Leider kann sie nicht mehr zahlen, ich bin einer der unglücklichen Aktionäre der Fabrik und habe seit Jahren keinen Pfennig Dividende erhalten.“ Eine Ansicht, die natürlich die Hungerlöhne nicht rechtfertigt. —

Herr v. Hehl und der Züricher sozialistische Finanzminister.

Herr v. Hehl hat in der Reichstags-Sitzung vom 13. Februar dem sozialistischen Finanzminister* des Kantons Zürich den Vorwurf gemacht, daß unter ihm der Kanton dem Bankrott nahe gekommen, ein Zustand, den er mit seiner progressiven Einkommensteuer herbeigeführt habe. Dagegen Genosse Pons in der nächsten Sitzung Herrn v. Hehl beehrte, daß der sozialistische Finanzminister, der erst seit zwei Jahren im Amt sei, nach einem Steuergefes arbeite, das schon länger als 30 Jahre bestche, möchten wir doch, dem Wunsche unsres Züricher Parteigenossen Ernst folgend, Herrn v. Hehl noch einige Belehrungen zu teil werden lassen.

Parteigenosse Ernst trat in das Amt des Finanzdirektors für den Kanton Zürich im Herbst 1899 und fand eine Steuergefesgebung vor, bestehend hauptsächlich in einer ungemein hohen Vermögenssteuer und einer vergleichsweise geringen progressiven Einkommensteuer. Indirekte Steuern bestchen im Kanton nicht. Auch besteht kein Deklarationszwang für Vermögens- und Einkommensteuer. Die Folge waren Steuerhinterziehungen in großer Maßstabe, die eine Erhöhung der Steuer auf das wirklich eingeschätzte Vermögen um so notwendiger machten und hier vielfach sehr ungerecht und hart trafen. Es entstand ein förmlicher Kampf zwischen den Vermögensbesitzern und der Steuerbehörde und viele der ersteren wandten den Kanton den Rücken, was wieder ungünstig auf die Steuerverhältnisse der übrigen Steuerzahler einwirkte.

Die Situation für unsern Parteigenossen wurde um so unangenehmer, als zu der Zeit, als er ins Amt trat, das Defizit im Kantonshaushalt sich herausstellte, teils infolge einer großen lokalen Grundstückerlöse, die mit der später einschwebenden allgemeinen Krise zusammentraf, teils infolge sehr erhöhter Mehrausgaben, die von seiten des Kantonsrats, bestätigt durch die Volksabstimmung, beschlossen worden waren.

Seit jener Zeit hat Parteigenosse Ernst unausgesetzt bei jeder Gelegenheit in der Regierung, im Kantonsrat und in seinen Finanzberichten auf die schlimme finanzielle Situation hingewiesen und vor Mehrausgaben gewarnt. Vergeblich.

Ein Züricher Finanzminister befindet sich mit seinen Kollegen nicht in der Lage eines monarchischen Ministeriums, das Beschlüsse ablehnt, die ihm nicht passen. In der kantonalen Republik ist die Regierung nur ausführende Behörde. Die Gesehe beschließt der Kantonsrat bezw. das Volk, und die Regierung hat sie ohne Widerrede auszuführen. Aber weder hat bisher ein Züricher Kantonsrat, noch bei der allgemeinen Volksabstimmung im Kanton die Sozialdemokratie die Mehrheit gehabt. Die bestehenden Gesehe und Einrichtungen sind also in erster Linie das Werk der bürgerlichen Parteien. Genosse Ernst hat seit nun Steuerreform-Gesehe ausgearbeitet, ob sie aber Gesehe werden, hängt weder von ihm, noch von der Sozialdemokratie ab.

Das weiß auch Herr v. Hehl ganz genau, denn er besitzt selbst in der Schweiz ein Gut und hält sich fast alljährlich längere Zeit dort auf. Da er aber die Sozialdemokratie haßt und in ihrer Bekämpfung nach dem Grundsatz: noblesse oblige! nicht zu handeln vermag, so suchte er ihr einen Zutritt zu verhehen, indem er unwahre Behauptungen über die Thätigkeit der Züricher Sozialdemokraten im deutschen Reichstage verbreitete. Er hält's mit der politischen Ehrlichkeit wie mit seiner angeblichen Begeisterung für die Sozialreform: er tritt nur dort für sie ein, wo sie seinen Interessen nicht schadet. —

Ein Stellvertreter Gottes auf Erden.

Halle, 18. Februar. (Eig. Ber.) Die grenzenlose Macht des Unteroffiziers, von der die Halle'schen Kriegsgerichtsrate nicht sonderlich erbaud gewesen sein mögen, offenbarte sich mit wünschenswerter Deutlichkeit in der Strafsache wider den Unteroffizier Kaspar Richtlin von der 7. Compagnie des 72. Infanterie-Regiments in Torgau. Der Angeklagte, der als Zweijährig-Zweijähriger eingetreten ist und im sechsten Jahre diente, hatte in der Zeit vom Oktober bis Dezember v. J. seinen Untergebenen gegenüber einen Terrorismus an den Tag gelegt, gegen den selbst das Kriegsgericht mit den allerstärksten Mitteln nicht ankämpfen konnte. Neben der brutalen Behandlung seiner Untergebenen hatte er diese unglücklichen Leute auch noch derartig beeinflusst, günstig für ihn auszusagen, daß der Verhandlungsführer seine ganze Kraft einsetzen mußte, um so und so viel Meinsche zu verhüten. Durch einen Irrtum seiner Vorgesetzten hatte der Angeklagte einmal die von ihm Mißhandelten sogar in seiner eignen Sache zum Termin geführt. Dabei hatte er gesagt: „Der Kriegsgerichtsrat laun Euch gar nichts und wenn er noch so streng vorgeht.“ Der Angeklagte war heute so „liebenswert“, dem Verhandlungsführer zu erklären, er habe die Untergebenen nur deshalb erjacht, nicht zu sagen, was er ihnen gethan habe, um dem Herrn Kriegsgerichtsrat ein Vergnügen zu ersparen.

Wie dieser Typus eines Soldatenpeinigens mit seinen Mannschaften in der Kaserne und auf den Exercierplätzen ungesungen war, davon hier einige Proben. Bei einer Stiefelkontrolle vor der Abendmahlsfeier hatte er seine Untergebenen „Rumpf vortwärts heugt“ machen lassen, und dabei hatte er die Leute mit den hinter ihnen stehenden Stiefeln auf das Gesicht gehauen. Ohrfeigen und Schläge mit der Scheide des Seitengewehrs auf die Hände, daß die Finger blau wurden, war für die armen Kerle nichts Seltenes. Mit Vorliebe bediente er sich eines Besenstieles, mit dem er die Mannschaften in die Kniekehlen schlug. Dem Neutraten Kaufmann, dem er den Befehl erteilt hatte, zwei Kameraden je eine Ohrfeige zu geben, langte er eine Ohrfeige herunter, weil Kaufmann, um seinen Kameraden nicht weh zu thun, die Ohrfeigen „nicht korrekt“ verabreicht hatte. Dem Musiketer Böhm, dem er in das Gesicht geschossen hatte, rief er, als dessen Nase blutete, die Worte zu: „Du Schwein, ich werde Dir die sozialdemokratische Gesinnung schon austreiben.“ Die „unmilitärische Gesinnung“ erblickte der Unteroffizier jedenfalls darin, daß die Nase „rot“ blutete.

Der größte Teil der Zeugen, etwa 13 an der Zahl, wollte in der Gegenwart des Peinigens mit der Wahrheit absolut nicht heraus. Sie sagten, sie hätten Angst vor dem Angeklagten, der ihnen gelegentlich einmal die Worte zugerufen hatte: „Für Euch wäre es am besten, man rennte Euch das Seitengewehr durch den Leib, damit Ihr von der Kaserne weg könnt.“ Das Gericht ließ nunmehr während der Vernehmung eines jeden Zeugen den Angeklagten aus dem Verhandlungs-saal führen. Der Verhandlungsführer freute sich nunmehr, daß die Vernehmung besser „klappte“. Warum geht es denn nun?“ erklärte er den Zeugen. Wenn der Unteroffizier antwosend war, häperte es aber wieder mit den Aussagen. In großer Erregung erklärte der Verhandlungsleiter darauf wiederholt: „Meine Geduld ist nun zu Ende, es sei ja kaum zu glauben, was in den Zeugen vorgehe.“ Die „Macht des Unteroffiziers“ machte einen höchst peinlichen Eindruck und in dieser peinlichen Situation wurde dann schließlich noch, obwohl die Prohibitoren doch von dem Geschehen unterrichtet waren, „wegen Gefährdung der militärischen Disziplin die Öffentlichkeit ausgeschlossen“. Später wurde öffentlich der Beschluß verkündet, das Gericht müsse die Sache in einer andern Zusammenkunft weiter verhandeln, da gegen den Angeklagten auch das Verbrechen der Verleitung zum Meinsche vorzuliegen scheine. —

Wahlvorbereitungen.

Für Kassel-Nelungen hat der nationalliberale Abgeordnete Erdmann eine neue Kandidatur abgelehnt. Die deutschsoziale Reformpartei hat für diesen Wahlkreis den Amtsrichter Rattmann aufgestellt.

Die „Kreuz-Zeitung“ teilt mit, daß Professor Dr. Kropatschka für den Reichstags-Wahlkreis Jand-Belzig nicht wieder kandidieren wird. Die „Kreuz-Zeitung“ sagt nicht, ob ihr Chef nur gerade in Jand-Belzig nicht wieder kandidieren will oder ob überhaupt dem Reichstag entziehen will. In Jand-Belzig allerdings dürfte ein nochmaliger konservativer Sieg schwer werden. —

Der venezolanische „Erfolg“

wird von der „Rhein.-Westf. Zig.“ noch einmal gewürdigt. Zunächst giebt sie einem in Mexiko ansässigen Deutschen, der ein Kenner der venezolanischen Verhältnisse sei, das Wort. Dieser Kenner schreibt über den „Erfolg“:

„Die schon heute erheblich, haben wir es fertig gebracht, Venezuela ganz in die Arme unserer gefährlichsten Konkurrenten auf diesem Kontinent der Nordamerikaner zu treiben, die bis ganz vor kurzem noch die Besten waren, und jetzt mit Schamzeln ihre Unbeliebtheit gründlich anschnügen werden. Was Europa auf diesem Kontinent durch solche Schürger in der Selbstpolitik verliert, ist kaum je wieder einzuholen, denn was hier der Amerikaner einmal besitzt, hält er fest! Aus solchen den nächsten Tagen entsprechenden Betrachtungen heraus, ist mir der ganze Prosa-Mänkelkrieg sehr unsympathisch. Ob es nötig war, ihn ins Werk zu setzen, um den Umfang und die Festigkeit der Monroe-Doktrin auf diesem Kontinent praktisch zu erproben, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls ist die Monroe-Tendenz hier in Amerika aber durch dieses Unternehmen nicht geschwächt worden, ganz im Gegenteil! Die dem Janee in den Schöpf vorerzählte Vermittlerrolle wird dessen Ansehen auf dem Kontinent nur erhöhen, ihn wirtschaftlich und handelspolitisch härten, und eine neue Staffel zur erfolgreichen Verdrängung europäischer Handels- und Erwerbsbestrebungen bilden. Wann werden wir in Berlin einmal praktische Politik lernen?“

Redaktionell bemerkt die „Rhein.-Westf. Zig.“ im Anschluß daran:

„Im Reichstage wird man es auf Seiten der nationalen Parteien wohl in alter nationaler Gleichgültigkeit wieder den Sozialdemokraten überlassen, die handgreiflichen Schwächen dieses ohne gründliche Heberlegung unternommen und schließlich in eine Sackgasse selbsterfahrenen Unternehmens zu kennzeichnen. Erst großartig als Vollzieher des Gerichts anzutreten und dann plötzlich unter taufend gewordenen Verwendungen vor den Nordamerikanern von ihnen sich zur Thür hinauskomplimentieren zu lassen, ist ein lässliches Bild von der Vorausicht der Selbstpolitik treibenden Diplomatie des großen Deutschen Reiches. Was wir mit allen Mitteln verhindern mußten, geschieht: hinter der nun geschlossenen Thür drücken sich die bisherigen Feinde, der venezolanische Hebelhüter und der schlaue Janee, die Hand. Für ein paar Millionen, die wir erhalten, haben wir unsere schismatischen Konkurrenten in Venezuela dauernd in den Sattel gehoben.“ —

Ausland.

Militarismus und innerer Feind.

Die militärischen Maßnahmen, die die holländische Regierung anlässlich des Eisenbahnstreits für notwendig erachtete, werden noch immer aufrecht erhalten, ja, sogar noch verstärkt, trotzdem der Betrieb der Eisenbahnen in keiner Weise gestört wird. Nach einer Mitteilung des „Nieuwen Rotterdam Courant“ sollen die in der vorigen Woche einberufenen Mannschaften, ca. 15.000 Mann, auf sechs Wochen im Dienst bleiben. Selbstverständlich bringt diese Einberufung auch wirtschaftliche Nachteile mit sich, namentlich für die verheirateten Leute, deren Familien teils bitter darunter leiden. Bereits haben verschiedene Versammlungen von Milizen und Alt-Milizen stattgefunden, wo gegen diese Maßnahmen protestiert und sie für völlig unnötig erklärt wurden. Der Regierung genügen aber offenbar die getroffenen Maßnahmen noch nicht, denn jetzt sind auch noch die Mannschaften des Aufgebots von 1902, die mit beschränktem Urlaub entlassen waren und zu den Regimentern der Festungsartillerie, dem Corps der Panzerfort-Artillerie, der Pontoniers, der Torpedisten und zu den Compagnien der Hospital-Soldaten gehören, unter die Waffen gerufen worden.

„Wie wir vernehmen“, schreibt „Het Volk“, „geht in Offizierskreisen das Gerücht, daß die Einberufung der Aufgebote mehr einer Mobilisierung als einer Maßregel zur Aufrechterhaltung der Ordnung diene. Die Mannschaften werden unter anderem mit Versperrungsmitteln versehen und vor allem wird Amsterdam mit seinen Forts besetzt. Das eine und andre wird in Verbindung gebracht mit einer Note, die vom deutschen Gesandten mit Rücksicht auf die Störung des internationalen Verkehrs überreicht worden sein soll. — Für die Richtigkeit des hier Mitgeteilten, das wir wiedergeben, wie es uns berichtet wurde, können wir natürlich nicht einschreiten.“ — Die Meinung, daß von deutscher Seite eine Beeinflussung stattgefunden hat, scheint aus folgender Stelle aus dem „Middelburger Courant“ zu Grunde zu liegen. Dem Blatt wird aus Haag geschrieben: „Man schreibt die Nachrichtenführung der Regierung nicht so sehr der Furcht, daß wiederum ein großer Streik kommt, zu, als vielmehr gewissen Winten, von jenseits der Grenzen empfangen, wo man nicht ohne Beunruhigung die jüngsten Vorgänge beobachtet hat, und dergleichen „schlechte Vorbilder“ nicht gern sich wiederholen sieht. — Wie verlautet, ist es mehr als wahrscheinlich, daß ein spezielles Gesetz zur Regelung der Arbeit bei den Eisenbahnen angekündigt werden wird.“

In einer Ansprache, die der Colonel-Garnisonskommandant in Amersfoort an die unter die Waffen gerufenen Aufgebote hielt, sagte er: „Wir stehen am Vorabend einer mühevollen Aufgabe. Wie Ihr wißt, ist durch einen Haufen unwilliger und anführerischer Schreier das ganze Land in Aufruhr gebracht. Es hat ein Zustand geherrscht, ärger als Anarchie. Damit muß die Regierung ein Ende machen. Ihr seid aufgerufen, wenn nötig die Ordnung zu schützen und wiederherzustellen. Ich hoffe, daß es nicht nötig sein wird. Sollte es aber nötig sein, dann rede ich darauf, daß Ihr alle eure Pflicht thut, daß Ihr, wenn Feuer kommandiert wird, nicht darüber hinweg, sondern treffend schießt.“ — Es fehlt offenbar nicht an Scharfmachern unter den höheren Militärs.

Außer durch diese militärischen Maßnahmen sucht man auch durch mehr oder minder gewaltsame Ausbreitung des Ordnungsverbandes von Eisenbahnerpersonal einen neuen Streik vorzubeugen. Dagegen und Weiter, die Vertrauensmänner der Föderation der Eisenbahner, teilen in „Het Volk“ mit, daß sie fortwährend aus dem Personal der beiden Eisenbahngesellschaften Briefe und mündliche Berichte darüber erhalten, daß die Arbeiter für die neuen „Ordnungsverbände“ sich nicht scheuen, einen Druck auf die Angestellten auszuüben, um sie zum Austritt aus der alten Organisation und zum Beitritt zu ihrer Organisation zu bewegen. Auf verschiedenen Stationen läßt man das Personal Schriftstücke unterzeichnen, worin sie erklären, entrüstet zu sein über den letzten Streik und geloben nie mehr streiken zu wollen. — Es wird also hier bei der Erpressung von Unterschriften nach bekannten deutschen Muster vorgegangen. Weiter, der Vorsitzende der Föderation der Eisenbahner, veröffentlicht in „Het Volk“ einen als „Ein warnendes Wort“ bezeichneten Artikel, worin er auf die Zwecklosigkeit dieser Bestrebungen hinweist: „Ich kann der Deffenlichkeit und allen, die daran interessiert sind, erklären“, schreibt er, „daß unsere Organisation noch unangefastet feststeht; ihre Kraft ist, nach dem letzten Streik und während der Propaganda für die Organisationen, die den Zweck haben, unsere Kräfte zu vermindern, mehr als verdoppelt. Noch ist unsere Organisation gesichert gegen jeden Sturmhauf, auch gegen den der

Streikbrecher. Wir gehen vorwärts und nicht zurück, und eine ernste Warnung gegen jede Herausforderung ist wohl am Platze, denn wenn, was ich nicht wünsche, ein Punkt in den aufgehäuften und stets vermehrten Brandstoff geworfen werden sollte, dann wird der Ausbruch um so stärker sein, je mehr man den Brandstoff aufrührt. Dann kann geschehen, was beim vorigen Mal noch durch unseren Einfluß verhindert werden konnte: ein allgemeiner Streik im Verkehrsweesen; nicht auf Befehl, sondern aus der inneren Bewegung selbst heraus, aber dann wird auch unser Einfluß fallen und ein Unglück unvermeidlich sein.“ —

Die holländische Zeitung „Telegraaf“ bringt folgende unglaublich klingende Mitteilung:

„Der deutsche Kaiser soll ein persönliches Schreiben an unsere Regierung gerichtet haben, worin er die Frage stellte, ob unsere Regierung dafür sorgen könne, daß der Briefverkehr aus Deutschland ungehindert vor sich gehen kann, da der Kaiser sonst selbst mit einem Zug kommen würde.“ Auch wurde behauptet, daß der Kaiser den Postdampfern, die unser Land mit der Briefpost anlaufen, eine Bemannung von Militärpersonen in Civil mitgeben wolle, die so ausgerüstet sein sollten, daß sie auch „handelnd“ auftreten könnten.“ —

In Utrecht fand dieser Tage eine von einem sozialdemokratischen Komitee veranstaltete Versammlung der unter die Waffen gerufenen Milizen statt, die außerordentlich zahlreich besucht war. Genosse Mendels schilderte den Kampf der Transportarbeiter und führte den Antebanden vor Augen, welche Rolle, wenn es nach dem Willen der Bourgeoisie ginge, das Militär dabei spielen sollte. Mit Begeisterung wurde eine bereits früher von Marineoffizieren und Matrosen gefasste Resolution angenommen, worin sich die Versammelten mit den Arbeitern solidarisch erklärten. —

Marokko.

Der Korrespondent des „Imparcial“ in Tanger erhielt aus Fez einen vom 15. d. M. datierten Brief, nach welchem die dem Sultan ergebenen Truppen am 11. 12. und 18. Februar einen Kampf zu bestehen hatten gegen einen Nachbartamm der Hiaines, ohne dabei jedoch mit dem Gros der Streitkräfte des Präzidenten zusammenzutreffen. So letzterer sich gegenwärtig aufhalte, wisse man nicht genau. Der Verlust der Truppen des Sultans sei bedeutend, der der Aufständischen noch größer. —

Der Pariser Korrespondent des „Standard“ erzählt, dem Minister Delcassé lege sehr viel daran, ein endgültiges Abkommen mit England über die Zukunft Marokkos zu treffen. Delcassé sei bereit, aus der französischen Wirkungskreis einen Strich längs der Küste zwischen Tanger und Ceuta auszuschließen, dessen Verwaltung eventuell Spanien anvertraut werden könne und in dem die Errichtung von Befestigungen verboten sein solle. Frankreich würde dann in dem übrigen Teile Marokkos, dessen schließlichen Besitz Delcassé als vitale Notwendigkeit im Interesse der Sicherheit und der Homogenität des französischen Reiches in Nord-Afrika betrachte, freie Hand haben. Der „Standard“ bemerkt in einem Artikel zu dieser Meldung, daß sein Korrespondent auch in der Lage sei zu erklären, daß Delcassé Lansdowne diese Pläne bereits unterbreitet habe. —

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus nahm nach langer Debatte das Gesetz betreffend die Erhöhung des Rekrutenkontingents mit 217 gegen 108 Stimmen in zweiter Lesung an und lehnte den Antrag Szirmaier (Zoc) auf Beibehaltung des Rekrutenkontingents in gegenwärtiger Höhe mit 213 gegen 109 Stimmen ab.

Nach längerer Debatte wird auch die dritte Lesung der Wehrvorlage mit großer Majorität angenommen. Die Sitzung wird hierauf um 2 1/2 Uhr nachts geschlossen. Die nächste Sitzung findet am 27. d. M. statt. —

Schweiz.

Stimmzwang.

Basel, 18. Februar. (Fig. Ver.) In dem Stimmzwang ist in Basel schon der Proporz gescheitert, weil die Radikalen den letzteren ohne den erbetenen nicht wollten und sie sich vom Stimmzwang besondere parteipolitische Vorteile versprochen. Etwas Neues ist der Stimmzwang in der Schweiz nicht, er besteht bereits in verschiedenen Kantonen, und zwar zum Teil mit Straffolgen für die Nichtstimmenden. In diesen Kantonen beträgt die durchschnittliche Beteiligung der Stimmberechtigten an den Wahlen und Abstimmungen 73 Proz., in jenen Kantonen mit Stimmzwang ohne Straffolgen 87 Proz., und in den Kantonen mit der völligen Freiheit der Stimmbeteiligung nur 52 Proz. Die Erfahrungen sind also dem Stimmzwang mit Straffolgen günstig. In Basel haben nun 1874 stimmberechtigter Bürger dem Großen Rat ein Initiativ-Begehren um Einführung des Stimmzwanges eingereicht und es wurde dasselbe nach lebhaften Debatten erhaben erklärt und der Regierung zur Prüfung überwiesen. Dafür erklärten sich die Sozialdemokraten und die Freijünger, dagegen die Konservativen, die von dem Stimmzwang ohne den Proporz nichts wissen wollen. Die Sozialdemokraten betrachten den Stimmzwang als den Vorkämpfer für den Proporz und darum schreibt der „Basler Vorwärts“: „Es lebe der Stimmzwang! Es lebe der Proporz!“ —

Ein demokratischer Fortschritt.

Zürich, 17. Februar. (Fig. Ver.) Der Kanton Argau, der in den vierziger Jahren und später an der Spitze der Freiheitsbewegung gestanden, ist seit Jahren unter dem ausschließlichen Regiment der herrschsüchtigen radikalen Geldadspolitiker ein politischer Sumpf, aus dem selten etwas Rechtes heraustritt. Endlich soll es wieder einen demokratischen Fortschritt geben, den die weitesten Volksschichten seit Jahren anstreben und zu dessen Erreichung ein Initiativbegehren mit den erforderlichen Unterschriften den kantonalen Behörden eingereicht wurde. Es handelt sich dabei um die Volkswahl der Regierung und der beiden Retreter des Kantons im Ständerat, die nunmehr fast in allen Schweizerkantonen besteht. Der Große Rat (Landtag) des Kantons Argau hat nun mit 89 gegen 38 Stimmen beizustimmen, dem Ratte ohne weiteres das Initiativbegehren zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Minderheit der 38 wollte zuerst die Ausarbeitung einer Vorlage durch den Großen Rat und die Volksabstimmung darüber vor derjenigen über das Initiativbegehren. Offenbar sind sie von jener Sorte Politiker, die immer etwas anderes wollen, als gerade zur Beratung steht, um so durch Verschleierung ihrer reaktionären Gesinnung immer und überall jeden Fortschritt zu erschweren oder zu verunmöglichen. An der Annahme des Initiativbegehrens in der Volksabstimmung ist wohl nicht zu zweifeln. —

Frankreich.

Zur Drehschiff-Affaire. Als Grund der Wiederaufnahme des Kampfes gab Jaurès gegenüber dem Redakteur des „Peuple“ die beleidigenden und lägerischen Angriffe der Nationalisten gegen die republikanischen Parteien an; diese müßten endgültig zum Schweigen gebracht werden. Er werde keine neuen Dokumente beibringen; wer sensationelle Enthüllungen erwarte, werde enttäuscht sein. Er werde lediglich durch die Zusammenstellung der Thatfachen und Daten den unumstößlichen Beweis führen, daß die Nationalisten und der Generalstab seit 1897 in der Drehschiff-Affaire eine monströse verbrochene Legende gewoben haben, die den Prozeß in Rennes und das ganze politische Leben beeinflusst habe. Der Mittelpunkt dieser Legende sei der Brief des deutschen Kaisers, bekannt unter dem Namen „Sendschreiben“. Dieses Sendschreiben ist das famose Vorderau, das angeblich die Kaiserin Elisabeth II. enthielt, welche beinahe

mit den Worten begonnen haben soll: „Diese Kanaille von Drehschiff...“ Bisher habe er (Jaurès) geglaubt, dieser angebliche Brief sei nur nebenbei in Frage gekommen; in Wahrheit sei dieser der hauptsächlichste Grund für die Verurteilung gewesen und habe seit 1897 dazu gedient, die Rehabilitation des unschuldig Verurteilten zu verhindern. Jaurès glaubt, daß die Debatten in der Kammer sofort nach Erledigung des Budgets einzusetzen werden; das würde also in den nächsten Tagen sein. —

Belgien.

Ein Manifest gegen den Alkohol. Die sozialistischen Deputierten der belgischen Kammer erlassen in „Peuple“ ein Manifest an ihre Parteigenossen und die Steuerzahler des Landes. In demselben wird Bezug genommen auf das Alkoholgezetz. Die höhere Besteuerung des Alkohols sei ein durchaus ungeeignetes Mittel, dem Alkoholmißbrauch zu begegnen. Die belgische Regierung verfolge mit der Besteuerung auch vielmehr den Zweck, auf Kosten der Armen das Staatsdefizit, das durch die ruinösen militärischen Rüstungen entstanden sei, zu beseitigen. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich selbst möglichst des Alkoholgeusses zu enthalten und eine umfassende Agitation gegen den Alkoholgebrauch zu entfalten, damit die Absichten der Regierung vereitelt werden.

Das Alkoholgezetz ist, wie der „Peuple“ mitteilt, bereits vom König unterzeichnet und wird in den nächsten Tagen im „Moniteur“ veröffentlicht werden. Mit berechtigter Bitterkeit bemerkt der „Peuple“ hierzu, daß Leopold II. diesmal nicht so lange Zeit gebraucht habe, wie beim Gesetz gegen die Spielhöllen. —

England.

Eine Reorganisation der Marine. Wie die Londoner Blätter berichten, werde die Admiralität demnächst eine Note veröffentlichen, in welcher der Plan einer völligen Reorganisation der englischen Kriegsmarine dargelegt werde. Die Verteidigungsflotte soll von den Auslandsgeschwadern und von der Reserve-Flottille gänzlich getrennt werden, die Geschwaderkommandanten werden von einander völlig unabhängig sein. —

Amerika.

Zur Wahlrechtung der schwarzhäutigen Staatsbürger. Eine Massenversammlung von Negern hat gestern Abend hier stattgefunden, in welcher 100 000 Negere-Wähler des Staates New York vertreten waren und in der Resolutionen gefaßt wurden, durch die dagegen Protest erhoben wurde, daß den Negern im Süden das Wahlrecht entzogen werden solle; auch wurde beschlossen, die gesetzliche Gültigkeit der neuen Konstitution von Virginia zu bekämpfen, durch die den Negern das Wahlrecht entzogen wird. Ferner wird in den erwähnten Resolutionen die Befestigung der durch den Präsidenten Roosevelt vorgenommenen Ernennung des Dr. Crum zu Steuer-Eintnehmer in Charleston gefordert, über die der Handelsausschuß des Senates ungünstig berichtet hatte. —

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Erner“.

Leipzig, den 20. Februar 1903.

Die heutige Verhandlung brachte nichts Neues. Die gestern nachmittags begonnene Verlesung der zwischen Schmidt (von der Treber-Gesellschaft) und Erner geführten Korrespondenz wird zunächst fortgesetzt. Erner schrieb im Jahre 1896 an Schmidt, die „Frankfurter Zeitung“ habe recht, wenn sie es ablehnt, daß Schmidt budumäßige Gewinne ansieht, die dem Reservefonds gutzuschreiben, als Dividende verteilen solle. Erner bemerkt hierzu: Dieser Brief hatte den Erfolg, daß Schmidt demgemäß gehandelt, d. h. fortan diese Gewinne dem Reservefonds gutgeschrieben hat.

Alsdann kommt zur Sprache, daß ein Trustkonglomerat mit einem Kapital von 5 Millionen Mark zwecks Hebernahme verschiedener Tochterbetriebe gegründet worden sei. Die Leipziger Bank habe aber schließlich allein die Tochterwerke gegen Zahlung von 3 Millionen Mark übernehmen müssen, und zwar 97 Proz. die Leipziger Bank, ferner je 1 Proz. Erner, Sachsenröder und Dodel. Die weiteren 2 Millionen seien in der Schwebe geblieben. Sachverständiger Bankier Plantz-Stapel bezeichnet die Hebernahme dieser Tochterwerke als parti als um so leichtfertiger, als bereits im April 1897 die böhmische Tochterunternehmung, die heute von allen, vor dem Konkurs stand. Es kam schon damals die Arbeitslöhne in Böhmen nicht bezahlt werden, so daß der böhmische Regierungskommissar an Schmidt schrieb: „Ich mache den Schwindel nicht mehr mit; wenn Sie nicht sofort eine Million Gulden beschaffen, melde ich Konkurs an.“ Schmidt sandte darauf sofort eine Million Gulden nach Böhmen, um den Konkurs abzuwenden. Das Geld hatte er selbstverständlich von der Leipziger Bank.

Im weiteren Verlauf des Prozesses kommt zur Sprache, daß das Berliner Bankenkonglomerat unter Führung Jakob Landau eine Provision von 800 000 Mark verlangt habe. Sachverständiger Kommerzienrat Siehtind bemerkt auf Befragen des Staatsanwalts Kunz, er sei der Meinung, Jakob Landau habe eine Provision von 800 000 Mark gefordert, weil er das Geschäft nicht habe machen wollen. Diese hohe Provisionsforderung hätte aber die Verwaltung der Leipziger Bank insig machen müssen. Zum mindesten hätte sie die Treber-Gesellschaft nicht mehr moralisch unterstützen dürfen.

Bankier Plantz-Stapel ist der Meinung, daß Jakob Landau die Emission habe ernstlich übernehmen wollen. Andersfalls hätte er das Anerbieten ja bloß ablehnen dürfen. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. u. c. bemerkt, Jakob Landau habe sich selbst um Hebernahme der Emission beworben. In einem Briefe machte Erner Schmidt Vorhaltungen darüber, daß er ohne Wissen der Verwaltung der Leipziger Bank eine Million Gulden an die böhmische Regierung gesandt habe. Dadurch habe das Vertrauen der Bank einen heftigen Stoß erlitten.

Auf Befragen bemerkt Erner, zunächst sei er vom Aufsichtsrat der Treber-Gesellschaft als Mitglied desselben abgelehnt worden. Später habe er die Wahl als Aufsichtsratsmitglied der Treber-Gesellschaft auf ausdrücklichen Wunsch des Aufsichtsrates der Leipziger Bank abgelehnt, da sein Aufsichtsrat von dieser Doppelstellung eine Interessenkonflikte befürchtet habe. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Die Berliner Handelskammer hat sechsen ihren ersten Jahresbericht erscheinen lassen. Da die Handelskammer erst seit April vorigen Jahres besteht, ist der Bericht über ihre Wirksamkeit ziemlich knapp gehalten. Auch die Heberliche über das Wirtschaftsjahr 1902 ist etwas mager ausgefallen. Die wichtigsten wirtschaftlichen Erscheinungen des Jahres werden nur oberflächlich geschildert; auf ihre Ursachen und ihre Bedeutung für die nationale Gesamtwirtschaft wird nicht eingegangen. Dagegen sind die Berichte über die Lage der einzelnen industriellen Branchen und des Handels mit deren Ergebnissen vielfach recht ausführlich und instruktiv. Auf einzelne dieser Darlegungen, die auch für den Arbeiter manches Interesse haben, werden wir noch zurückkommen.

Millionen-Unterfischung des Bankiers Burghalter. Das bereits mitgeteilte Gerücht, daß der Bankier Burghalter in Potsdam sich wegen zerrütteter Vermögensverhältnisse und begangener Veruntreuungen erhängt habe, findet Bestätigung. Die „Potsd. Korresp.“ weiß darüber zu melden:

Ganz gewaltige Veruntreuungen von Depozitgebern usw. hat der am Montag durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene 65jährige Bankier Friedrich Burghalter in Potsdam begangen. Er herrschte am Orte über die Affaire die denkbar größte Aufregung, da viele Personen, namentlich aus Adelskreisen, in errier Reihe aber die bisher gut fundierte Potsdamer Kreditbank, Aktiengesellschaft, bei dem Zusammenbruch des Burghalter'schen Bankhauses in Mit-Leidenchaft gezogen wurden. Nachdem eine in der Eile vorgenommene Revision der Geschäftsbücher und Depots ergeben hatte, daß sich Burghalter in der gewissenslosesten Weise an fremden Geldern vergriffen hatte, wurde am Donnerstag das seit ca. 40 Jahren bestehende Bankgeschäft geschlossen und der Konkurs angemeldet, der am Freitag

Vom Amtsgericht publiziert sein dürfte. Erst nachdem das Geschäft geschlossen war, stellten sich die Stunden des verstorbenen Bankiers ein, um nach ihren Depots zu fragen, mußten aber mit wenig tödlichen Ausfällen wieder fortgehen. Mit der Potsdamer Kreditbank stand Burghalter in ständigem Kontakt; er war Aufsichtsrats-Mitglied bei derselben. Man brachte ihm, der allgemein für einen Millionär galt, dort unbegrenztes Vertrauen entgegen und handigte ihm vielfach ohne genügende Sicherheit Effekten aus. Die Vorfälle über das tragische Ende des Bankiers ist deshalb bei diesem Bankinstitut ein großes, zumal man noch nicht genau weiß, wie hoch sich die Summe beläuft, um die Burghalter die Kreditbank geschädigt hat; man ist aber auf recht große Verluste gefaßt. Burghalter hatte u. a. das 200 000 M. betragende Vermögen des entmündigten und in einer Irrenanstalt untergebrachten Pflanzers Wilhelm Friese aus Werder a. S. zu verwalten. Dies Geld ist ebenfalls von ihm veruntreut worden. Wie hoch die Restsumme in dem Burghalterischen Bankgeschäft ist, steht noch nicht fest, man spricht von 3 Millionen Mark. Wo Burghalter dieses Geld gelassen hat, weiß man noch nicht und glaubt, daß er heimlich spekulierte, um den durch den Sandentrach erlittenen großen Verlust wieder auszugleichen. Den Sandentrach verlor Burghalter besonders nahe, da er gegen hohe Provision deren Papiere unterbrachte. Unbegreiflich erscheint es, daß der Profiteur Gladow nichts von dem Stand der Burghalterischen Verhältnisse gemerkt haben sollte. Daß der Verstorbenen in der letzten Zeit häufig in eigentümlicher Verfassung gesehen wurde, wird auf den überaus starken Genuß von Rotwein zurückgeführt. Nach den Affären Sanden, Henke (Nationalbank) und Burghalter ist in Potsdam das Vertrauen zu Bankiers und Banken recht erheblich erschüttert worden.

Der deutsche Export. Von agrarischer Seite wird mit Vorliebe auf die angeblich geringe Bedeutung des deutschen Exports hingewiesen. Unlängst ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, der Export nähme mit der Zeit relativ, d. h. im Verhältnis zur Bevölkerung ab. Demgegenüber berechnet Dr. Vögler in der soeben erschienenen Februarnummer der „Deutschen Wirtschaftspolitik“, daß von dem Werte der gesamten deutschen Ausfuhr auf den Kopf der Bevölkerung entfallen:

1885	70 Mark	1895	65 Mark
1890	67	1896	71
1891	69	1897	71
1892	67	1898	74
1893	63	1899	79
1894	64	1900	85
	59,5		

Österreichische Kreditanstalt in Wien. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, für das Jahr 1902 eine Dividende von 28 Kronen per Aktie (= 8 1/2 Proz. wie im Vorjahr) zur Verteilung zu bringen, 600 000 Kr. in den außerordentlichen Reservefonds zu hinterlegen und den Rest des Gewinnes im Betrage von etwa 178 000 Kr. auf das Gewinn- und Verlustkonto des laufenden Jahres zu übertragen. Eingerechnet mit in das Jahresergebnis ist der Gewinn an der Option der 125 Millionen Kronen österreichischer Kronenrente, im Betrage von 470 000 Kronen, ferner die Konversion der Galizischen Karl Ludwigsbahn-Prioritäten. Nicht mit zur Abrechnung gelangt ist dagegen der Nutzen aus der ungarischen Konversion der 4 1/2-prozentigen Anleihe, der insgesamt 14 Millionen beträgt, wovon 2,1 Millionen auf die Kreditanstalt entfallen. Ferner sind nicht verrechnet die Borsenbau-Anleihe und diverse ältere Geschäfte.

Der Bruttogewinn beträgt 16 976 436 Kr., davon erfordern die Ausgaben 7 055 744 Kr., so daß ein Reingewinn von 9 920 692,48 Kr. verbleibt, ca. 83 000 Kronen mehr als im Vorjahre. Die Einnahme an Zinsen weist einen Anstieg von mehr als eine Million Kronen auf, dagegen hat im Vergleich zum Vorjahre der Gewinn aus Effekten und Beteiligungen um beinahe 1/2 Million zugenommen, ebenso der Gewinn aus „Mieten und Diverse“.

Essener Bergwerksverein König Wilhelm. Nach dem Geschäftsbericht stellt sich der Bruttogewinn (mit 34 904 M. Vortrag) auf 8 850 528 M. Nach Abzug der Löhne, Inflation, Abschreibungen, Steuern usw. bleibt ein Reingewinn von 1 561 854 M. (im Vorjahre 1 759 473 M.). Vorge schlagen werden als Dividende auf die Stammaktien 12 Proz. (im Vorjahre 15 Proz.), auf die Vorkursaktien 17 Proz. (20 Proz.). Als Vortrag auf neue Rechnung bleiben 31 797 M.

Sociales.

Das Phosphorverbot in der Schweiz.

Im Hinblick auf die dem Reichstage vom Bundesrat gemachte Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Verwendung von giftigem Phosphor zur Zündholzfabrikation dürfte es für die Leser des „Vorwärts“ von einigem Interesse sein, etwas über die Ausführung dieses Verbots in der Schweiz zu erfahren.

In der Schweiz hatte man sich angesichts der Erfolglosigkeit aller Schutzmahnahmen in den Zündholzfabriken gegen die schreckliche Krankheit der Phosphornekrose zuerst entschlossen, das Uebel durch die Einführung des eidgenössischen Zündholzmultipols auszurotten. Allein in der Volksabstimmung wurde die Vorlage verworfen. Das war im Jahre 1895. 1898 wurde die Bekämpfung der furchtbaren Krankheit neuerdings in die Hand genommen und ein Gesetz geschaffen, das die Verwendung des giftigen Phosphors zur Zündholzfabrikation verbietet. Gegen das Gesetz wurde das Referendum nicht ergriffen, so daß dasselbe in Kraft gesetzt werden konnte.

Das Gesetz unterscheidet die gesamte Zündholzfabrikation ohne Rücksicht auf die Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter in zwei Kategorien. Die Fabrikation darf nur in solchen Räumen betrieben werden, die ausschließlich derselben dienen. Zur Erlangung der Betriebsbewilligung sind der Kantonsregierung die detaillierten Pläne der für den Betrieb zu verwendenden Räumlichkeiten einzureichen, ferner eine Darstellung der beabsichtigten Fabrikationsweise und der Zusammensetzung der Zünd- und Anstrichmassen, die Angabe der zu verwendenden technischen Einrichtungen sowie der in Aussicht genommenen Verpackung- und Transportweise des Fabrikats. Verboten ist nicht bloß die Fabrikation von Zündholz mit gelbem Phosphor, sondern auch die Einfuhr, Ausfuhr und der Verkauf von solchen. Die Einfuhr und Verwendung von gelbem Phosphor sind nur gestattet für wissenschaftliche, pharmaceutische sowie weiterhin für solche, der Gesundheit nicht schädliche Zwecke, für welche der Bundesrat eine besondere Bewilligung erteilt hat. Die Übertretung des Gesetzes wird mit Geldstrafen von 100 bis 1000 Frank bezw. von 50 bis 500 Frank bestraft, außerdem im Wiederholungsfall mit Gefängnis bis zu 3 Monaten und mit der zeitweisen oder dauernden Entziehung der Fabrikationsbewilligung.

Das Gesetz wurde sodann partienweise in Kraft gesetzt, in allen Teilen bis zum 31. März 1901.

Zur Prüfung neuer Fabrikationsrezepte bestellte der Bundesrat eine Expertenkommission aus 3 Chemieprofessoren und 3 Beamten der Fabrikinspektion, während den Vorsitz der Chef des Industrie-departements führt. Leider war die Tätigkeit der Kommission infolge seiner erfolglos, als sie von 17 ihr vorgelegten Offerten kein brauchbares Rezept herauszufinden vermochte. Schließlich wurde nach weiteren Verbesserungen ein Rezept, kurz das „französische“ genannt, für überall anzubereitende Zündhölzer acceptiert. Ende 1901 bestanden 4 Fabriken für schwedische Sicherheitszündhölzer und 17 Fabriken für überall anzubereitende Hölzer.

Die Zündholzfabrikanten, welche 1895 die Monopolvorlage, welche Entschädigungen vorgesehene, mit zur Verwerfung brachten, glaubten das neue Gesetz zu einem ergiebigen Werkzeug auf die Bundeskassette benutzen zu können. Dem Bundesrat importierte jedoch die gezwungene Veränderung des Werkzeuges nicht und er beantragte daher bei der Bundesversammlung die Abweisung des Entschädigungsbegehrens, welche sie auch beschloß.

Inzwischen ist tatsächlich durch das Phosphor-Verbot die schreckliche Nekrose ausgerottet worden. Ein im Jahre 1901 noch vorgelommener Erkrankungsfall hatte nach ärztlicher Feststellung seinen Ursprung in der Endzeit der Phosphorzündholzfabrikation. Die im übrigen bereits in der kurzen Zeit der Wirksamkeit des Gesetzes festgestellten verschiedenen Übertretungen wurden entsprechend geahndet. Vom Publikum meint gewiß niemand den gesundheitsgefährlichen Phosphorzündhölzchen eine Thräne nach.

Die Phosphorzündholz-Kommission beriet am Freitagvormittag die Entschädigungsfrage der Fabrikanten von Zündhölzern mit Weißphosphor. In mehrstündiger Debatte sprach sich die Mehrheit gegen jede Entschädigung aus, da, wie Gen. Wurm darlegte, dann jede Sozialreform, jede Einschränkung der Unternehmerrfreiheit mit einer Entschädigung aufgelöst werden müßte. Warum spreche man nicht davon, daß die durch die bisherige Fabrikation so schwer krank und elend gemachten Arbeiter eine Entschädigung dafür erhalten, daß der Staat sie so spät in Schutz nimmt. Erhalten sie doch nicht einmal eine Unfallrente, wenn sie an Phosphorvergiftung erkranken, sondern nur Krankenlohn auf 12, höchstens 20 Wochen.

Die Erörterung aller anderen Fragen wurde vertagt, bis die Kommission die Kasseler Fabrik beschäftigt hat, was wahrscheinlich Sonnabend, den 27. Februar der Fall sein wird. Bis zu Rückkehr von dieser Reise werden die Sitzungen der Kommission ausfallen.

Der Vorsitzende Dr. Dertel teilte noch mit, daß ein Fabrikant ihm versichert hat, die im geistigen Bericht erwähnte Mühle sei tatsächlich von der Art, wie sie in den Zündholzfabriken verwendet werden; eine andre Konstruktion als diese, die für gewöhnliche Fördernismühlen üblich ist, gebe es nicht. Das liege doch auf recht primitiven Einrichtungen schließ, die keineswegs den Ansprüchen genügen würden, die auch auf Grund der bestehenden Sonderbestimmungen für Fabrikation von Weißphosphorzündern zu schaffen sind. Ueberhaupt ist zu erwarten, daß wenn etwa das Verbot der Fabrikation von Weißphosphorzündern nicht zu Stande kommen sollte, eine nicht unwesentliche Verschärfung der bestehenden Schutzvorrichtungen eintritt.

Die Kaufmannsgerichte vor dem Ausschuss des Berliner Gewerbevereins.

In zwei Sitzungen nahm der Ausschuss des Berliner Gewerbevereins Stellung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Errichtung von Kaufmannsgerichten. In Anträgen an die Regierung wurden nur diejenigen Forderungen verdrückt, die auf den Geschäftsgang des Gewerbevereins von Einfluss sind. Es wurde gegen eine Stimme eines Arbeitgeber-Beisitzenden beantragt:

Die Regierung möge eine Bestimmung einfügen, die nach einem Beschlusse des Kaufmannsgerichts über seine Nichtzuständigkeit es ermöglicht, die Prozessakten dem nun zuständigen Gerichte (Gewerbegericht oder ordentliches Gericht) zu überweisen.

Ferner: Für gemeinsame Fragen des Handels und Gewerbes aus den Ausschüssen beider Gerichte einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden, bei dem die Parität gewahrt sein soll. — In dem dritten Antrag wird ersucht, die Bestimmungen der §§ 62—73 des Gewerbevereinsgesetzes betreffend die Errichtung von Einigungsämtern in das Gesetz über Kaufmannsgerichte zu übertragen.

In der sehr eingehenden Debatte wurde weiter Hochachtung in folgenden Fragen erzielt:

Ausdehnung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf die weiblichen Angestellten. Erhöhung der Berufungssumme auf mindestens 300 M.

Erweiterung der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts für alle Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 M.

Ausschluss der privaten Schiedsgerichte durch das Gesetz.

Zuständigkeit des Gerichts bei Streitigkeiten aus der Konkurrenzkauf.

Interstellung der Privatbeamten unter die Kaufmannsgerichte.

Erhöhung der Versäumnisfrist auf 8 Tage, der Berufungsfrist auf 3 Wochen.

Gegenüber den Bestrebungen der Rechtsanwaltschaft erklärten sich die Mitglieder des Ausschusses bestimmt gegen:

die Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte und gegen die Zulassung von Rechtsanwälten.

Verwaarloste Armenhändler.

Die ländliche Armenpflege in Bayern liegt noch sehr im Argen. Die Fürsorge für die Armen, die sich nicht mehr durch ihre Hände Arbeit ernähren können, liegt ganz in den Händen der Gemeinden, und die christlichen Bauern betrachten solche Pflanzlinge als eine Last, die man am besten sich baldmöglichst wieder vom Halse schafft. Ist jemand arbeitsunfähig und obdachlos geworden, so wird er im Gemeinde- oder „Hirtenhause“ untergebracht — ein Ort, der von den Armen mehr gefürchtet wird als die Hölle. Dem „Hirtenhäuser“ haftet das Brandmal der Schande an und er muß es sich gefallen lassen, auf der Straße von der Dorfgemeinde verspottet zu werden. Die Kost erhält der Armenhausinsasse vielfach noch im Zirkus, d. h. er hat sich zur Essenszeit heute auf dieser, morgen auf jener Hofstätte einzufinden, um die Abfälle des bäuerlichen Tischs entgegenzunehmen. Wird solch ein Geächteter krank, so kümmert man sich häufig gar nicht um ihn, und er ist vollständig hilflos, wenn sich nicht ein barmherziger Leidensgenosse seiner annimmt. Im vorigen Jahre kam es in einem oberpfälzischen Dorfe vor, daß ein Armenhändler tatsächlich verhungerte. Der Bürgermeister, ein früherer Centrums-Abgeordneter, und die Armenpfleger wurden deshalb zu Gefängnis verurteilt. Nicht lange darauf kam aus Niedermixberg bei Bamberg die Nachricht, daß dort gleichfalls ein Armenhändler verhungert sei. Die Verhörde leitete eine strenge Untersuchung ein und stellte folgendes fest: Die mit Obacht besetzte Frau harrt an Unterversorgung, hervorgerufen durch fortgesetzte Vernachlässigung in der Pflege. Sie lag wochenlang auf einem thätiglich zu Mist verwesten Strohsack und war mit Käsen und andern Ungeziefer reich bedeckt. An vielen Stellen des Körpers zeigten sich offene Wunden. Infolge der klaglichen Kost war das arme Weib zum Skelett abgemagert. Der Bürgermeister Lehner und die Gemeindevorsteherin Wenzel wurden in Niedermixberg und nun angeklagt, den Tod der Armenhändlerin durch Vernachlässigung verschuldet zu haben. Auch Niedermixberg ist ein streng „christlicher“ Ort und die frommen Bauern wählen durchwegs Centrum. Nach der katholischen Glaubenslehre begründen die „guten Werke“ ein Verdienst vor Gott und sind zur Erlangung der ewigen Seligkeit notwendig. Diese gutkatholischen Bauern scheinen demnach von der ewigen Seligkeit nicht viel zu halten.

Gegen die Mißstände in Bädereien.

An den Reichsanwalt und das herzogliche Staatsministerium ist vom Braunschweiger Gewerkschaftsrat folgende Petition abgegangen worden:

Infolge mehrfacher Beschwerden von Bädereigenen über Unsauberkeit usw. in den Bädereien sah sich das Generalkonsortium Braunschweig veranlaßt, sich in zwei Sitzungen, am 21. Oktober und 19. Dezember 1902, sowohl im Interesse der Gesundheit der in Bädereibetrieben beschäftigten Personen, als auch im Interesse der Konsumenten, d. h. einer sauberen Herstellung der Badewasser, mit diesen Zuständen zu beschäftigen.

Die Organisation der Bädereigenen hat im Jahre 1900 eine Enquete der Zustände in den Bädereien der Stadt Braunschweig veranstaltet, wobei auch hier unbillig, nach den Angaben der Gesellen vielerlei Mißstände aufgedeckt worden sind. Da die Mißstände auch heute noch in demselben Umfange bestehen, auch nicht abgehoben ist, daß dieselben von den Bädereibetriebs-Inhabern aus eigenem Antriebe abgeändert werden, so beauftragte das Gewerkschaftsrat Braunschweig Unterzeichneten, an das herzogliche Staatsministerium das dringende Erlausen zu richten, daß herzog-

liches Staatsministerium den Herren Bundesratsbevollmächtigten dahin Aufweisung erteilen möge, im Bundesrat des Deutschen Reiches zu beantragen, an das kaiserliche Reichsanwaltamt (Reichsanwalt des Innern) das dringende Erlausen zu richten, den nebst einer Sammlung von Gerichtsakten über Unsauberkeiten der Bädereien in den verschiedenen Städten Deutschlands in der Anlage befindlichen, vom Ministerium des Innern des Königreichs Preußen im Jahre 1900 angefertigten Entwurf einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Bädereien und Konbitorien in aller kürzester Frist für sämtliche Bädereien des Deutschen Reiches Gesetzkraft erlangen zu lassen.

Änderungen in der Berichterstattung über den englischen Arbeitsmarkt. Das Arbeitsamt macht in der soeben erschienenen Februar-Nummer der „Labour Gazette“ bekannt, daß von jetzt ab die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt eine veränderte sein werde. Bisher wurde eine allgemeine Uebersicht über den Arbeitsmarkt gegeben, der auf allen zugegangenen Informationen basierte; sodann folgten Artikel über einzelne Gewerbe und in dritter Linie die Berichte in geographischer Teilung. In Zukunft sollen die Berichte derart verfaßt werden, daß sich an den Bericht über die einzelnen Gewerbe sofort die Berichte aus den verschiedenen Teilen des Landes über das gleiche Gewerbe hier anschließen, so daß die einzelnen Interessenten alles in einem Artikel vereinigt finden.

Verfammlungen.

Sozialpolitik und Handlungsgehilfen. Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag in den Arminkallen Genosse Kallisi vor einer hauptsächlich von Frauen besuchten Versammlung von Handlungsgehilfen. Das sozialpolitische Verständnis der Regierung, so führte der Redner aus, dokumentierte sich recht drastisch in zwei neuen Gesetzesvorlagen, dem Entwurf betreffend die laumännlichen Schiedsgerichte und der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz. In beiden Fällen werden den Handlungsgehilfen zwar Pflichten aufgebürdet, aber keinerlei Rechte eingeräumt. So soll den Frauen zu den Schiedsgerichten kein Wahlrecht gewährt werden, noch viel weniger ist ihre Mitwirkung als Beisitzer in Aussicht genommen. Derselben sadenähnigen Gründe, die noch stets für die Entziehung der Frauen im öffentlichen Leben geltend gemacht wurden, sind auch bei diesem Gesetzentwurf der Regierung maßgebend gewesen. Jeder Kaufmann, der auch nur eine Angestellte beschäftigt, hat das Wahlrecht und kann als Beisitzer fungieren, die 225 000 Handlungsgehilfen dagegen können lediglich als „Objekt dieser Gesetzgebung“ in Betracht. Ganz ähnlich verhält es sich bei der neuen Krankenversicherungs-Novelle, nur mit dem Unterschiede, daß den Frauen die bis dahin gewährleisteten Rechte, an der Wahl und Kostenverwaltung teilzunehmen, auch noch genommen sind. Gegen eine derartige Gesetzgebung müßte entschieden Protest erhoben werden, denn sie bedeutet ein offenes Unrecht gegenüber den Arbeiterinnen. — An der lebhaften Diskussion beteiligten sich u. a. auch einige Mitglieder des „Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Vereins“, die wohl die Mitwirkung weiblicher Angestellter in den Krankenkassen billigen, sich aber in recht konsequenter Weise gegen deren Zulassung als Beisitzer der Kaufmannsgerichte erklärten. Selbstverständlich wurde ihnen auf ihre rüchständigen Äußerungen die gebührende Antwort erteilt. Besonderen Beifall fand eine Handlungsgehilfin, deren Ausführungen die Behauptungen der Gegner, die weiblichen Angestellten seien zum Beisitzeramt nicht befähigt, geradezu glänzend widerlegt wurden. Gegen wenige Stimmen wurde denn auch folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erhebt Einspruch gegen die vorgesehene Bestimmung in dem Regierungs-Entwurf über Kaufmanns-Gerichte, wonach die weiblichen Angestellten von dem Wahlrecht und der Wählbarkeit zu diesem Gerichte ausgeschlossen werden sollen. Sie erblickt hierin eine schwere Schädigung der Interessen der weiblichen Angestellten, die gleich ihren männlichen Kollegen ihre Pflichten der Treuepflicht und dem Staate gegenüber erfüllen müssen, und dennoch zur Rechtslosigkeit verurteilt werden. — Ferner legt die Versammlung Protest ein gegen die beabsichtigte Wahlentziehung der weiblichen Angestellten durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz. Die Thatsachen haben gelehrt, daß gerade die Teilnahme der Frauen an den Wahlen und Verwaltungen der Krankenkassen den wohlthätigsten Einfluss ausüben haben. — Die Gerechtigkeit und das Gesamtinteresse aller Angestellten unseres Berufes erheischen dringend die Teilnahme der Frauen an allen Verwaltungen und Abrechnungen. Wir erwarten daher von dem hohen Bundesrat und Reichstag, daß 1. die Bestimmungen über das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Kaufmanns-Gerichten gleichmäßig und ohne Unterschied des Geschlechts getroffen werden, 2. der durch die vorliegende Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz beabsichtigten Entziehung der weiblichen Angestellten ihre Zustimmung verweigern wird. Von den männlichen Angestellten erwartet die Versammlung, daß sie einigend bei Solidarität der Interessen mit aller Kraft in diesem Sinne thätig sein werden.“

Die Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ (E. G. m. b. H.) hielt am 15. Februar eine außerordentliche Generalversammlung ab. Sie führte aus, daß voranlässlich im Mai d. J. mit dem Bau der Häuser begonnen werden soll, damit die ersten Häuser im Oktober bezogen werden können; um dies zu ermöglichen, werden die Mitglieder aufgefordert, die Haftsumme sowie Sporeneinlagen soviel wie möglich bis 1. April zu entrichten. Weil die Verwaltungsgelder nicht ausreichen, wurde beschlossen, hierzu einen Beitrag von monatlich 10 Pf. vom 1. Januar 1903 ab zu erheben.

Brix. In der Versammlung des Wahlvereins am 13. d. M. sprach Dr. Silberstein über Sozialpolitik in der Gemeinde. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage wurden einige in Brix bestehende Mißstände besprochen und den Gemeindevorstellern die Sorge für deren Beseitigung empfohlen. Die Versammlung hatte das Ergebnis, daß sich 11 Mitglieder in den Wahlverein anschließen ließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Funentelegraphie.

Rom, 20. Februar. (W. T. G.) Deputiertenkammer. Zur Beratung steht eine von der Regierung eingebrachte Vorlage, betreffend die Anlage einer Station für Funentelegraphie nach dem System Marconi, die dazu dienen soll, eine Verbindung mit einer gleichartigen Station in Südamerika sowie mit den anderen bereits bestehenden oder künftig zu errichtenden Stationen herzustellen. Nachdem mehrere Redner sich sehr beifällig über die Erfindung Marconis ausgesprochen, erklärt der Minister für Posten und Telegraphen, Galimberti, Marconi beabsichtigt, aus der italienischen Station einen Mittelpunkt funentelegraphischer Stationen für die ganze Erde zu machen. Der Minister verliest eine Depesche Marconis, in welcher dieser der italienischen Regierung für die ihm zu teil gewordene Unterstützung seinen Dank ausspricht. Nach Annahme einer Tagesordnung, in welcher dem Wunsch Ausdruck gegeben wird auf baldige Herstellung einer funentelegraphischen Verbindung zwischen Italien und Argentinien, wird die Vorlage angenommen.

Obstruktion im amerikanischen Senat.

Und New York wird der „Frankf. Ztg.“ unter dem 20. Februar telegraphiert: Der Senat berammt Nachmittags an, um den Senator Morgan zu ernennen, der nunmehr seit zwei Wochen Obstruktion macht, indem er eine Rede in betreff des Panama-Vertrages hält, welche er bis zum Schluß der Session (4. März), auszuspinnen trachtet. Morgan erklärt, die Union solle keinen Vertrag mit Columbia abschließen, weil dort die Jesuiten die Regierung beherrschen.

New-York, 20. Februar. (W. T. G.) Im Clifton-Hotel zu Rapids (Iowa) ist Feuer ausgebrochen. 15 bis 20 Personen sollen umgekommen sein. Viele erlitten Verletzungen.

Reichstag.

263. Sitzung, Freitag, den 20. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Eingegangen ist die Krankenversicherungs-Novelle.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Titel Kosten der Maßregeln gegen die Reblaus-Krankheit mit der dazu vorliegenden Resolution Blanckenhorn (natl.).

Abg. Freix (El.): Die Resolution geht von der Voraussetzung aus, daß die elsäß-lothringische Verwaltung nicht ihre Pflicht zur Bekämpfung der Reblaus gethan habe. Das ist nicht der Fall. Die elsäß-lothringische Verwaltung thut in dieser Hinsicht das Menschensmögliche, sie hat seit dem Gesetz von 1883 bereits 3 1/2 Millionen für diesen Zweck aufgewandt. Die isolirte Unternehmung des Rebengeländes ist in Lothringen systematisch durchgeführt. Einzelne Maßregeln im Beobachtungsdienst sind ja vorgekommen, das liegt aber in der Natur der Sache. Falls exceptionelle Auswüchse zur Bekämpfung der Reblaus gemacht werden sollen, kann das nur Sache des Reiches sein, nicht des kleinen Landes Elsäß-Lothringen, das seit diesem Jahre auch ein Defizit zu verzeichnen hat. Hoffentlich werden zu dem in Berlin aufzunehmenden Reblaus-Parlament auch kompetente Vertreter Elsäß-Lothringens hinzugezogen werden. Die Resolution Dr. Blanckenhorn scheint nach der gefassten Erklärung des Grafen Posadowsky gegenstandslos; vielleicht wird sie zurückgezogen werden.

Abg. Baumann (C.): Ich halte die Resolution Dr. Blanckenhorn für vollberechtigt. Auch im unterfränkischen Weinbaugebiet hat die Reblaus im vorigen Herbst ihren Einzug gehalten, und es ist zu befürchten, daß sie immer weiter um sich greift.

Abg. Dr. Deinhard (natl.): Was zum vorigen Jahre glaubten wir noch mit der Reblaus-Krankheit fertig werden zu können, ohne die Hilfe des Herrn Reichslandwärters in Anspruch nehmen zu müssen. Während dessen hat die Seuche einen sehr großen Umfang angenommen. Die Ausführung des Gesetzes von 1883 hat allerdings in Elsäß-Lothringen viel zu wünschen übrig gelassen, wenn auch neuerdings etwas mehr geschieht. Die Ueberwachung muß schärfer werden, jetzt wird dort deutsch regiert. (Heiterkeit.)

Abg. Wetterlé (El.): Die elsäß-lothringische Verwaltung hat in der Bekämpfung der Reblaus durchaus ihre Pflicht gethan. Aber natürlich genügen die 1000 M., die für das ganze Reich zu Maßnahmen gegen die Reblaus in das Budget eingesetzt sind, absolut nicht. Das Reich muß weit höhere Summen aufbringen. Elsäß-Lothringen ist dazu finanziell nicht im Stande.

Gesch. Ober-Regierungsrat Hallen:

Durch die heutigen Ausführungen des Dr. Deinhard ging das Gefühl des Mißtrauens gegen die elsäß-lothringische Regierung. Diese Regierung hat aber alles gethan, was irgendwie zur Bekämpfung der Reblaus beitragen konnte. Redner legt im einzelnen dar, welche Maßnahmen gegen die Verseuchung der elsäß-lothringischen Weinberge ergriffen worden sind.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Cahensly (C.), Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), Lutz (wildloun), Freix (Elsässer), Dr. Deinhard schließt die Diskussion. Die Resolution Blanckenhorn (natl.) wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bei Titel „Aufwendungen für Einrichtungen im Interesse von Handel und Gewerbe“ (50 000 M.) wünscht

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), daß die „Mitteilungen für Handel und Gewerbe“ redaktionell so gestaltet werden mögen, daß die Presse sie direkt zur Belehrung des Publikums benutzen könne. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft“ (75 000 M.) tritt

Abg. Herold (C.) für Bildung einer Korporation ein, die statistische Erhebungen zur Ermittlung der Preise für landwirtschaftliche Produkte vornehmen soll. Am geeignetsten dafür wäre der deutsche Landwirtschaftsrat, doch könnten auch Vertreter von Handel und Gewerbe zugezogen werden. Redner wünscht Unterstützung dieser Arbeiten durch das Reich.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Auch die linke Seite des Hauses hat gewiß ein großes Interesse an statistischen Erhebungen, aber wir wünschen nicht, daß man Mittel des Reichs einer rein agrarischen Korporation wie dem Landwirtschaftsrat zur Verfügung stellt. Wenn die Notiz des „Vorwärts“ von heute morgen richtig ist, so ist ja die Angelegenheit schon erledigt dadurch, daß Graf v. Posadowsky dem notleidenden Blatte des Herrn Ausland „Der Getreidemarkt“ 50 000 M. jährliche Subvention zugesichert hat. Solche statistischen Erhebungen sind Sache des Reichsstatistischen Amtes, aber nicht des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: An der Preisbildung des Getreides ist nicht nur die produzierende Landwirtschaft, sondern auch der Handel und das Mähdengewerbe interessiert. Bei Bildung einer solchen Vereinigung, wie sie Herr Herold wünscht, müßte daher darauf Bedacht genommen werden, daß die verschiedenen Interessengruppen in angemessenem Verhältnis beteiligt sind. Für eine amtliche Unterstützung solcher Veröffentlichungen über die Getreidepreise würde unerlässliche Voraussetzung sein, daß diese Veröffentlichungen sich von jeder Polemik fern halten und nur Thatsachen-Material bringen. Bisher ist von mir kein Fonds zugewiesen worden und ich war dazu auch nicht in der Lage, weil ich nicht die etatsmäßigen Mittel besitze.

Abg. Freix (fr. Sp.): Ich bin über die Rede des Abg. Herold einigermassen erstaunt gewesen. Wie soll man es machen, daß die Preise immer ganz stabil sind? Das von ihm verlangte Verfahren ist sehr unpraktisch. Man würde immer post festum kommen. (Sehr richtig! links.) Die paar Mitglieder des Handelsstandes, die man die Güte haben will hinzuzuziehen, werden wahrscheinlich nichts zu sagen haben. Früher hatte man im Getreideterminhandel ein festes den Stand der Getreidepreise genau angezeigendes Instrument, das leider durch das Verbotsgesetz vernichtet worden ist. So giebt uns das Verlangen des Abg. Herold nur eine Mahnung, den Getreideterminhandel wiederherzustellen. (Bravo! links.)

Abg. Herold (Centr.): In der von mir gewünschten Korporation müßten neben der Landwirtschaft auch der Handel und die Mülerei vertreten sein. Ich bezwecke nur die Schaffung eines zuverlässigen Nachrichtendienstes. Daß die Getreidepreise nicht stabil sein können, weiß ich ebenso gut wie Abg. Freix. Aber seit der Abschaffung des Terminhandels haben die Schwankungen der Getreidepreise an Intensität abgenommen.

Abg. Graf Schwerin-Löwig (L.) unterstützt die Anregung des Abg. Herold. Es handelt sich dabei nicht, wie der „Vorwärts“ meint, um ein Interesse des Herrn Ausland noch, wie Herr Südekum meinte, um ein Interesse des Bundes der Landwirte, sondern um die Schaffung einer deutschen Sektion einer in Paris domizilierenden internationalen Kommission zur Ueberwachung der Getreidepreisbewegung. Solche Feststellungen liegen auch im Interesse der Konsumenten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es müßte zunächst die Gewähr geboten werden, daß eine solche Stelle völlig objektiv und ohne irgendwelche handelspolitische Tendenzen ihre Aufgaben erfüllen würde. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so ist die Reichsregierung nicht in der Lage, irgend eine Unterstützung zu geben. Bisher ist keine solche Unter-

stützung bewilligt, die Sache ist noch vollkommen res imperfecta.

Abg. Dr. Köpcke-Kaiserslautern (W. d. L.): Es wäre merkwürdig, wenn der Staatssekretär sich der Forderung des Abg. Herold widersetze. Auch in andern Berufsgruppen sind ja ähnliche Unternehmungen vorhanden. Ich erinnere an die „Blätter für Handel und Industrie“. Gegenüber andern Ländern sind wir in dieser Beziehung sehr im Rückstande. In England z. B. ist eine derartige Preisstatistik sehr entwickelt. Die Karte ist natürlich auch hier wieder nicht bereit, die einfachsten Forderungen der Landwirtschaft zu erfüllen. Aber wir wollen uns von der Karte nicht umgarnen lassen. (Unruhe links.) Ich freue mich, daß diese Anregung vom Centrum ausgegangen ist. Das wird der Regierung, bei der ja jetzt die goldene Mittelstraße sehr beliebt ist, die Zustimmung dieser Angelegenheit um so leichter machen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): Die Herren haben das Barometer der Börse selbst zerplatzen und nun beklagen Sie die Folgen. (Lachen rechts.) Ich habe nichts dagegen, wenn das Reichsstatistische Amt eine Statistik der Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte vornimmt, aber die Aufgabe ist nicht leicht zu lösen. Für Ihre Voraussetzung, daß seit der Aufhebung des Terminhandels die Schwankungen der Getreidepreise nachgelassen hätten, werden Sie schwerlich Beweismaterial beibringen können. (Ho! rechts.)

Abg. Herold (C.): Ich habe niemals eine Kommission verlangt, welche die Getreidepreise macht, sondern einen Verein, der Nachrichtenmaterial sammelt, das Produzenten und Konsumenten zur Orientierung dienen kann. Das Statistische Amt kann eine solche Arbeit nicht machen, dann würden die Nachrichten zu spät kommen.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Herr Herold hat zugegeben, daß das Statistische Amt mit seinen Nachrichten zu spät kommen würde, weil es sehr vorsichtig vorgehen müßte. Wir wünschen aber eben nicht, daß eine solche Statistik von der Landwirtschaft aus in unzuverlässigerweise veranstaltet wird.

Abg. Freix v. Wangenheim (L.): Für die Herren der Linken ist ja alles was mit dem Umde der Landwirte in Verbindung gebracht werden kann, ein Werk des Teufels. (Heiterkeit.) Solche Statistiken, wie wir sie wünschen, bestehen bereits in Amerika und England. Daß die Schwankungen der Getreidepreise mit Aufhebung des Terminhandels sich vermindert haben, ist eine ganz bekannte Thatsache. Ich begreife nicht, daß der sonst so sachverständige Herr Gothein das bestreiten kann. Seit er nach Vommern gegangen ist, scheint seine Zeit doch allzu sehr in Anspruch genommen zu sein.

Abg. Freix (fr. Sp.): Dadurch, daß die Herren die Behauptung über die Wirkung der Aufhebung des Terminhandels immer wiederholen, wird sie nicht richtiger. Einen Beweis für dieselbe haben Sie bisher nicht erbracht. (Lachen rechts.)

Abg. Graf Schwerin-Löwig (L.): Herr Freix ist sehr schlecht orientiert, es erscheinen jedes Jahr graphische Darstellungen über die Preischwankungen, die unre Behauptung unabweisbar beweisen. Die Thatsache, daß die Preischwankungen abgenommen haben, ist auch bisher nie von der Linken bestritten worden. In Amerika ist die Statistik so ausgebildet, daß sich sogar der Getreide-Anbau danach richtet.

Abg. Gothein (fr. Sp.): Ich habe bereits dargelegt, daß ich durchaus für eine solche Statistik bin, wir fürchten nur, daß die Sache tendenziös gestaltet wird, deshalb wollen wir sie dem Statistischen Amt überlassen.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Reichs-Schulkommission“.

Abg. Dr. Pahnke (fr. Sp.): Diese Kommission müßte mehr als bisher Gelegenheit nehmen, sich mit den Verhältnissen einzelner Schulanstalten zu befassen. So steht das ritterschaftliche Lehrerseminar in Lübeck in Mecklenburg auf einem ganz außerordentlich niedrigen Niveau. Es werden den zukünftigen Lehrern dort nur die allerersten Kenntnisse vermittelt. Als Redner darauf näher auf die mecklenburgischen Verhältnisse eingehen will, wird er vom Vizepräsidenten Basing mit der Bemerkung unterbrochen, daß das nicht im Zusammenhang mit dem Etatstitel stehe.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Ich möchte anregen, die Befugnisse der Reichs-Schulkommission in der Richtung zu erweitern, daß sie nicht nur Mißstände zu konstatieren, sondern auch die Macht hat, Abhilfe zu schaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch ein Reichsgesetz müßten die Mindestforderungen, die an die Volksschule zu stellen sind, festgelegt werden. Weiterhin müßte vielleicht ein Reichs-Schulamt errichtet werden, das auf die Durchführung dieser Mindestforderungen Bedacht zu nehmen hätte. Der Einwand, den mir im vorigen Jahre der Staatssekretär machte, eine solche Einrichtung würde sich nicht treffen lassen ohne Aenderung des Artikel 4 der Reichsverfassung, ist nicht stichhaltig. Wir ändern ja in jeder Session des Reichstags diesen Verfassungartikel, indem wir den Einzelstaaten Befugnisse nehmen und sie dem Reiche geben. Das war zum Beispiel beim Toleranzantrag des Centrums der Fall, und wird der Fall sein bei der in Aussicht gestellten Reichs-Verkehrsordnung für Automobile. Wenn der Staatssekretär sich mit den Schulverhältnissen im Deutschen Reich so eingehend befaßt wie mit der Sozialpolitik, würde er meiner Ansicht sehr bald zustimmen. Bei den höheren Schulen sorgen ja die daran interessierten besitzenden Klassen selbst für die Durchführung der zu stellenden Forderungen. Bei den Volksschulen ist das nicht der Fall. Für die kann nur das Reich sorgen. In Mecklenburg, wo das Bürgerthum gar keinen Einfluß hat, sind nicht einmal die höheren Schulen zufriedenstellend, wie aus einem Artikel der Lehrer an den höheren Schulen Mecklenburgs hervorgeht, in dem es heißt: „Laßt alle Hoffnung fahren, die Ihr eintretet.“ In diesem Aufsatze werden weiterhin die jungen Amtsgenossen öffentlich vor dem Eintritt in den mecklenburgischen Schuldienst gewarnt, weil die Regierung nicht die Macht hat, eine angemessene Befoldung der Lehrer durchzuführen. Wenn das an den höheren Lehranstalten der Fall ist, um wie viel schlimmer muß es dann an den Volksschulen sein. Das Reich hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das dringendste Interesse, Minimalforderungen für das Volksschulwesen durchzuführen.

Das Reich muß wirtschaftlich auf der Steuerkraft der breiten Massen, die die Volksschulen besuchen. Das beste Mittel, um diese Steuerkraft zu nähren, ist die Hebung des Volksschulwesens. Auf den mecklenburgischen Volksschulen wird heute noch nicht mehr gelehrt, als was nach dem Gesetz von 1821 für die Bildung eines Tagelöhners als notwendig angesehen wurde. Nach der mecklenburgischen Verfassung selbst ist es also ganz unmöglich, auf dem Wege der Landesgesetzgebung eine Besserung herbeizuführen. Es muß deshalb hier unbedingt die Reichsgesetzgebung eintreten.

Es wandern alljährlich mehr Lehrer aus Mecklenburg aus, weil sie das abhängige Verhältnis nicht ertragen können. Wenn das Reich nicht bald Besserung schafft, werden im nächsten Jahre nicht 10 Proz., sondern 20 Proz. der Lehrstellen unbesetzt sein. Wie sind denn die Gehaltsverhältnisse an den Volksschulen? Die Geldentschädigung ist sehr gering, dafür müssen die Lehrer Landwirtschaft treiben täglich sieben bis acht Stunden, ein Minimalgehalt bekommen sie nicht.

Vizepräsident Basing: Ich kann nicht zugeben, daß Sie auf die materielle Lage der Lehrer in einem Einzelstaate eingehen, das hat mit Ihrer Forderung eines Reichsgesetzes, das Minimalforderungen für die Volksschule aufstellt, nichts zu thun. (Unruhe links.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Ich sehe nicht ein, daß hier ein Zusammenhang nicht besteht.

Vizepräsident Basing: Ich erkläre Ihnen, daß ich keinen Zusammenhang finden kann.

Abg. Herzfeld (Soz.): Ich werde doch wohl noch das Recht haben, zu konstatieren, welchen Zusammenhang die Sache hat, die ich vortrage.

Vizepräsident Basing: Ja, aber nicht das Recht der Kritik an meiner Geschäftsführung.

Abg. Herzfeld: Ich habe auch keine Kritik üben wollen, ich wollte nur sagen, weshalb es zur Begründung meiner Forderung unbedingt notwendig ist, auch auf Landesbehörden einen Zwang auszuüben, Zustände zu schaffen, welche Minimalforderungen erfüllen, als indem man die bestehenden Zustände schildert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Basing: Ich bleibe dabei, daß die materielle Lage der Lehrer mit der Frage des Reichsgesetzes, das Sie wünschen, in keinem Zusammenhang steht.

Abg. Herzfeld: Ich habe vorher ausgeführt, daß 10 Proz. der Lehrstellen nicht besetzt sind und wollte ausführen, woher das kommt.

Vizepräsident Basing: Die Nichtbesetzung einzelner Lehrstellen hat mit Minimalforderungen für Volksschulen nichts zu thun. Es handelt sich um wissenschaftliche Minimalforderungen. Damit steht die materielle Lage der Lehrer nicht im Zusammenhang. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herzfeld: Ich habe vorher gesagt, daß es eine Minimalforderung sein soll, daß genug Lehrer vorhanden sind. Um zu zeigen, weshalb es nötig ist, daß das Reich einträte, um diese Minimalforderung zu erfüllen, ist es nötig, zu zeigen, woran es liegt, daß 10 Prozent der Stellen nicht besetzt sind.

Vizepräsident Basing: Ich wiederhole, daß ich das nicht zulassen werde.

Abg. Herzfeld: Es ist ja im vorigen Jahre hier im Reichstage besprochen worden.

Vizepräsident Basing: Das ist kein Grund, es jetzt zu wiederholen. (Große Heiterkeit! links.) Abg. Sattler (natl.): Laß es genug sein des grausamen Spiels!

Abg. Herzfeld: Herr Sattler, Ihre Worte zeigen, wie sich die Nationalliberalen zur Volksschule stellen. Ich will nur konstatieren, daß es eine große Anzahl von Lehrern giebt, welche 408 M. und andre, welche 500 bis 600 M. Jahres-einkommen haben.

Vizepräsident Basing: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie nunmehr zum erstenmal zur Sache.

Abg. Dr. Herzfeld: Nach den statistischen Feststellungen der mecklenburgischen Lehrer selbst ist es ganz einleuchtend, daß 10 Prozent der Stellen unbesetzt sind, 800 Mark in einem Jahre für einen Lehrer ist... (Große Heiterkeit rechts.)

Vizepräsident Basing: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen bei einem weiteren Abweichen von der Ordnung des Hauses aufmerksam. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Herzfeld:

Ihr Lachen (nach rechts) beweist nur, auf welcher Kulturstufe Sie stehen. Wenn Sie lachen, wo Forderungen der Volksschule begründet werden, so zeigen Sie dadurch, daß Ihnen an der Kultur des deutschen Volkes nichts gelegen ist. Ähnlich wie auf dem Lande steht es in der Stadt. Hier bekommen aber die Lehrer wenigstens ein Minimalgehalt. Herr Pahnke hat ja schon erwähnt, daß sie als Endgehalt (Große Heiterkeit rechts.) Vizepräsident Basing steht mit der Glocke in der Hand) nicht so viel erhalten, wie ein Gerichtsvollzieher als Anfangsgehalt bekommt. Wie es mit den Pensionen steht, mit der Versorgung der Rekruten, das sind alles Dinge, welche der Herr Präsident vorzutragen nicht gestattet. (Heiterkeit.) Aber ich möchte trotzdem den Herrn Staatssekretär bitten, sich mit diesen Dingen zu befassen. Trotz des Lachens der Herren vom Centrum und der Nationalliberalen glaube ich, daß der Staatssekretär finden wird, daß die Kultur des Reiches es erfordert, daß man sich mit diesen Dingen beschäftigt. Der deutsche Reichslandwärtler sagte, es fehlte an Kräften für die schnelle Fortführung der Socialreform. Nun, dann hat er auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Schule solche Leute heranzieht, und daß wir endlich ein Gesetz bekommen, welches Minimalforderungen für die Volksschule enthält. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Rettich (L.): Ich verzichte darauf, Herrn Dr. Herzfeld auf seine Ausführungen über die mecklenburgischen Lehrerverhältnisse zu antworten; ich müßte sonst die Rede wiederholen, die ich im vorigen Jahre bei der dritten Lesung gehalten habe. Sagen will ich nur, daß er mit Uebertreibungen gearbeitet hat, die ihm in Mecklenburg niemand abnehmen wird, so mit der, daß ein Lehrer mit seiner Frau und seinem Knecht sechs, acht Stunden täglich landwirtschaftlich zu arbeiten habe. Weichen Sie uns mit solchen Uebertreibungen vom Leibe! (Bravo! rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Herr Herzfeld hat meinen Zwischenruf falsch verstanden. Ich tief ihm zu: O, laß es genug sein des grausamen Spiels. Damit meinte ich seinen Kampf mit dem Präsidenten. Ein solcher Kampf zwischen einem Abgeordneten und einem Präsidenten, das getragen ist vom Vertrauen der Mehrheit, ist immer ein grausames Spiel für den Abgeordneten. Herr Herzfeld hat meinen Juris zu verstanden, es hätte ich damit eine unfreudliche Bemerkung gegen die mecklenburgischen Lehrer gemacht. Das ist mir nicht eingefallen.

Abg. Dr. Pahnke (fr. Sp.): Von Herrn Rettich hätte ich etwas mehr erwartet. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Auf: Wir haben nichts erwartet.) Er schweigt und stimmt damit der bisherigen Verwaltungspraxis im mecklenburgischen Schulwesen zu, wonach die ritterschaftlichen Schulen nur die Aufgabe haben, Tagelöhner zu erziehen. Die Vertretung von Kulturinteressen darf Herr Herzfeld nicht für seine Partei ausschließen in Anspruch nehmen; er muß uns mit einschließen. Er meinte, für diese Schulzwecke brauchten wir eine Verfassung für Mecklenburg nicht. Ich schäme den Wert einer konstitutionellen Verfassung höher. Das Reich kann höchstens eine bestimmte Mindestleistung den deutschen Volksschulen vorschreiben; sonst wird in absehbarer Zeit die Volksschule Sache der Einzelstaaten bleiben. Die städtische und die Landbevölkerung in Mecklenburg ist jetzt ausgeschlossen von jedem politischen Recht.

Vizepräsident Basing: Das gehört doch wirklich nicht zum Etat! Abg. Dr. Pahnke (fortfahrend): Der kleine Mann in Mecklenburg muß die Möglichkeit erhalten, durch seine politischen Vertreter die Interessen seiner Kinder und der Volksschule zu wahren. (Bravo! bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.):

Herr Rettich hat heute wieder einmal die Stellung des mecklenburgischen Bundesrats-Vollmachtigen übernommen. (Heiterkeit.) Herr Rettich ist ja ein Vertreter der Ritterschaft. (Abg. Rettich ruft: Nein!) Er sagt: Nein! (Heiterkeit.) Es ist in der That eine merkwürdige Erscheinung, daß ein Mann, der in Mecklenburg mit der Ritterschaft sehr wenig im Zusammenhang steht, sich veranlaßt fühlt, hier für die Ritterschaft einzutreten. (Abgeordneter Rettich: Hat er gar nicht gethan.) Während der mecklenburgische Bundesrats-Vollmachtige wiederum durch Abwesenheit glänzt! Herr Rettich warf mir Uebertreibung vor. Hier heißt es aber in einem Ausschnitte aus der „Mecklenburgischen Schulzeitung“: „So werden für gewöhnlich durch die Vieh- und Landwirtschaft etwa acht Stunden täglich für den Lehrer und die Lehrerin in Anspruch genommen. Es kommt auch vor, daß der Lehrer gleichzeitig als Kirchendiener die Kirchenglocken zu besorgen, die Kirche und den Friedhof zu reinigen hat usw.“ (Gör!

Wel! bei den Socialdemokraten.) Das genügt wohl! (Rufe bei den Socialdemokraten: O ja!) Die Behauptungen des Herrn Reichlich werden in Mecklenburg nur lächelndes Erstaunen hervorrufen. Dr. Sattler hat seinen Juris in dem Sinne ausgelegt, den ich ihm nachsagen kann. Aber nicht Worte, sondern Thaten beweisen, und Dr. Sattler hat sich immer gegen die Hebung des Volksschulwesens in den polnischen Landesteilen Preußens gekämpft. Wenn die Nationalliberalen für Volksschulen das selbe Interesse wie für die Börse hätten, hätten wir heute in Preußen eine bessere Volksschule. (Ho! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Ein Mitglied dieses hohen Hauses hat einmal das geflügelte Wort gesagt, vom Bundesratstisch höre man nichts von Schweigen. (Geisterleit.) Das möchte ich diesmal nicht. Die Abwesenheit des mecklenburgischen Bundesrats-Bevollmächtigten scheint mir entschuldigbar. Er konnte unmöglich voraussehen, daß bei diesem Titel über die Volksschule in Mecklenburg gesprochen werden würde. (Widerspruch bei den Socialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Die Reichs-Schulkommission hat nur die einzig in militärischen Interesse liegende Aufgabe zu prüfen, ob die das Berechtigungszeugnis zum einjährigen Dienst gewährenden Bildungsanstalten den an sie zu stellenden Anforderungen genügen. Das mecklenburgische Volksschulwesen steht weder mit der Reichsverfassung noch mit der Reichs-Schulkommission in irgend einem Zusammenhang. (Zustimmung rechts.)

Koch ein kleiner Staatsrechtlicher Gehirns.
Bei der Gründung des Deutschen Reiches haben die einzelnen Bundesregierungen auf ganz bestimmte abgegrenzte Souveränitätsrechte zu Gunsten des Reiches verzichtet. Weder Bundesrat noch Reichstag können beliebige diese Voraussetzungen der Gründung des Reiches verändern. Falls der Bundesrat solche Beschlüsse faßt, wird es stets nur mit Zustimmung desjenigen Einzelstaates geschehen, um dessen Rechte es sich im speziellen Falle handelt. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Na, na, na! — Geisterleit.) Bitte, weisen Sie mir Fälle nach, wo das nicht der Fall gewesen ist! Es wird gar nicht daran gedacht, durch ein Reichsgesetz eine Verfassungsänderung für Automobile zu erlassen, sondern derartige Beschlüsse werden durch Übereinstimmung der Bundesstaaten gefaßt. Es sollen durch solche Übereinstimmung für alle Bundesstaaten gleiche Grundzüge festgelegt und übereinstimmende Polizeiverordnungen erlassen werden. Das ist keine Aenderung der Reichsverfassung. Ich halte es aber für ganz ausgeschlossen, daß etwa das Volksschulwesen der Kompetenz des Bundesrates unterstellt würde. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Preußen wäre der erste Staat, der dagegen lebhaften Widerspruch erheben würde.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Wohnt Dr. Herzfeld in Ameron oder auf einer weisfremden Insel, daß er behaupten kann, ich hätte die Hebung der Volksschule in den polnischen Landesteilen verhindert? Oder hat er sich in die mecklenburgischen Verhältnisse so verkannt, daß er nichts von dem bemerkt, was in Preußen vorgeht? (Geisterleit.) Was meinen Zwischenruf anlangt, so verbitte ich mir die Unterstellung, als hätte ich ihn auf die Verhältnisse der Volksschule bezogen.

Abg. Dr. Bachmike (frs. Bg.): Auch Fürst Bismarck hat die Rechte der Einzelstaaten stets ängstlich gewahrt. Trotzdem lag ihm der Gedanke einer mecklenburgischen Verfassung keineswegs fern. Er wurde in den sechziger Jahren einmal ungeliebt und gab dem mecklenburgischen Regierungsvertreter zu verstehen: „Nun macht aber endlich, daß ihr vom Fleck kommt. Ich kann dem Drängen des Reichstages und der öffentlichen Meinung nicht länger widerstehen.“ Auch das Centrum hat doch im vorigen Jahre durch den Abg. Kirch erklärt, falls Mecklenburg in künftigen Dingen nicht endlich fortschreite, müsse man an eine Einwirkung von Reichswegen denken.

Abg. Dr. Herzfeld (Zoc): 90 Proz. der Lehrer in den polnischen Landesteilen verstehen kein polnisch. Was hat Herr Sattler und seine Partei gethan, um diesen Zustand zu beseitigen? Die Klassen sind überfüllt, viele Kinder müssen Jahre lang auf Aufnahme warten. Was hat Herr Sattler und seine Freunde dagegen gethan? Die Erklärung der Regierung beweist nur wieder, daß wir in einem Klassenstaat leben, denn für die höheren Schulen haben wir ja schon ein Gesetz, das Minimalforderungen enthält, für die Volksschule aber will man nichts thun. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky wiederholt seine Erklärung, daß die Reichs-Schulkommission lediglich darüber zu wachen habe, daß die Schulen, welche das einjährig-freiwillige Berechtigungszeugnis gewähren, ein bestimmtes Mindestmaß von Kenntnissen vermitteln. Das liegt auf einem ganz andern Gebiet als Mindestforderungen in Bezug auf die Gehaltsverhältnisse der Lehrer. Für eine Erweiterung der Befugnisse der Reichs-Schulkommission besteht nicht die geringste Aussicht. Vor allem wird der größte Bundesstaat Preußen dafür nicht zu haben sein; die Verhältnisse in den einzelnen Staaten sind zu verschieden. In Preußen bemüht man sich seit 30 Jahren vergeblich, ein Volksschul-Gesetz zu schaffen.

Abg. Sattler (natl.): Auf die Verhältnisse in den polnischen Provinzen gehe ich nicht ein. Im übrigen bleibe ich dabei, daß meine Partei stets für die Interessen der Volksschule eingetreten ist. Damit schließt die Diskussion.

Personlich bemerkt
Abg. Reichlich (L): Auf Herrn Bachmikes Rede konnte ich schon deshalb nicht antworten, weil ich sie nicht gehört habe. Im übrigen rede ich, wenn ich will und schreibe wenn ich will. (Geisterleit links.) Wenn aber Herr Bachmike aus meinem Schweigen etwa Zustimmung herauslesen sollte, so lege ich dagegen Verwahrung ein.

Der Titel wird bewilligt.
Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.

Erklärung.)

Durch Unwohlsein verhindert, den Sitzungen des Reichstages in den letzten Tagen beizuwohnen, war es mir auch unmöglich, den niedrigen Verdächtigungen, die in der gestrigen Sitzung der Christliche Hofprediger a. D. Abg. Stöder gegen mich schleuderte, gebührend zu antworten.

Obgleich nun die Parteigenossen Reichhaus, Wurm, Ledebour und Singer dem Hofprediger a. D. genügend dienen und ihm antworteten, was geantwortet werden mußte, sehe ich mich doch noch zu einer sachlichen Darstellung der behandelten Angelegenheit veranlaßt, weil diese nur von mir gegeben werden kann.

Auf Grund einer Reichstags-Rede, die ich in der Session 1896 bis 1897 hielt, wurde ich durch die Oberstaatsanwaltschaft als Zeuge im Tausch-Prozess vorgeladen. Ich sagte vor Gericht unter Eid aus, was ich bereits in meiner Reichstags-Rede erwähnt hatte, daß die Hezereien und Treibereien, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre gegen den Kaiser, den Reichskanzler Grafen v. Caprivi und den Staatssekretär Freiherrn v. Marschall in Scene gesetzt wurden, in dem sehr einflussreichen und gut bezahlten Agenten der politischen Polizei Normann-Schumann eine Hauptstütze gefunden hätten, der in dem in Paris erscheinenden „Memorial Diplomatique“ entsprechende Korrespondenzen veröffentlicht habe.

Normann-Schumann fand es für angemessen, noch während oder unmittelbar nach Abschluß des Tausch-Prozesses Deutschland zu verlassen und sich auf seine Luzerner Villa zurückzuziehen. Von hier aus verbreitete er alsdann ein gedrucktes Pamphlet, in dem er den Freiherrn v. Marschall, den Geh. Regierungsrat

Samann und mich des Meineids im Tausch-Prozess bezichtigte und von der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage gegen uns forderte.

In der That hielt es der Oberstaatsanwalt Drescher für angemessen, in bezug auf meine Person dem Verlangen des geflügelten Polizei-Agenten Normann-Schumann nachzukommen und eine Vernehmung eintreten zu lassen. Das Endresultat war, daß der Oberstaatsanwalt mich in Kenntnis setzte, daß zu einer Weiterführung der Untersuchung wegen Meineids keine Veranlassung vorliege, er aber auf Grund des von mir beigebrachten Beweismaterials die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung gegen Normann-Schumann eingeleitet habe und mich ersuche, ihm das bezügliche Beweismaterial zu überlassen.

Diese Untersuchung schwebt bis heute, weil Normann-Schumann es für gut fand, Deutschland fern zu bleiben und nur heimlich ab und zu hierher nach Berlin zurückkehrte. So erst im Oktober vorigen Jahres.

Hiernach ist also sonnenklar, daß die immer wieder von Normann-Schumann erhobene Beschuldigung wider mich — die ein Teil der schweizer Presse wiedergab —, ich hätte einen Meineid begangen, eine grobe Verleumdung ist. Normann-Schumann weiß, daß die Staatsanwaltschaft seine Denunziation als haltlos zurückgewiesen hat, Herr Stöder aber hat sich zum Kolporteur dieser groben Verleumdung gemacht, indem er sie gestern im Reichstag wiederholte.

Der Abg. Stöder mußte sich sagen, daß diese Beschuldigung Normann-Schumanns eine Verleumdung ist, weil, wenn auch nur ein Schein von Wahrscheinlichkeit für diese Beschuldigung vorhanden gewesen wäre, die Staatsanwaltschaft längst die Verfolgung meiner Person beantragt hätte.

Aber Herr Stöder hat seine moralische Qualität selbst am besten getwert, als er von meinem Freund Singer zu einem Widerruf seiner Beschimpfung aufgefordert, erwiderte:

„Wenn Herr Singer von mir fordert, ich soll konstatieren, daß ich den Abgeordneten Bebel nicht des Meineids für fähig halte, so will ich das sehr gern thun, wenn die Herren erklären, daß sie mich dessen auch nicht für fähig halten.“

Das genügt zur Beurteilung des Herrn Stöder.
In dem Prozeß, der zwischen mir und Normann-Schumann schwebt, handelt es sich nicht um die Frage: ob ich einen Meineid geschworen habe — diese Frage ist entschieden —, sondern darum, ob ich Normann-Schumann bezichtigte, der Verfasser der berüchtigten Humenbrieft zu sein, die von Luzern nach China gesandt wurden, um von dort nach Deutschland verbreitet zu werden. Auf die Klage, die Normann-Schumann hierüber gegen mich erhob, habe ich mit der Gegenklage auf seine immer wiederholten Verleumdungen gegen mich geantwortet.

Schöneberg, den 19. Februar 1903.

A. Bebel

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Die Sitzung am Freitag wurde vollständig ausgefüllt mit der Debatte über die Militär-technische Hochschule. Die Militärverwaltung wies darauf hin, daß die Bedeutung der Technik für die Armee eine sehr große sei und immer größer werde. Neben der allgemeinen Technik habe sich im Laufe der Zeit eine besondere Militärtechnik herausgebildet, die umfangreiche Sondergebiete umfasse. Mit Rücksicht hierauf sei es notwendig, daß das wissenschaftliche Niveau des Offiziercorps unfrer technischen Waffen, dem Fortschritt und der hohen Bedeutung der allgemeinen Technik entsprechend, gehoben werde und daß außerdem für jeden einzelnen militärischen Zweig eine gewisse Zahl von Offizieren in bester Weise ausgebildet werden. Deshalb soll jetzt eine militärtechnische Hochschule im Anschluß an die vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin errichtet werden. Die Dauer des Studiums an der neuen Anstalt soll auf drei Jahre bemessen werden. Jedes Jahr sollen 50 Offiziere angenommen werden, so daß sich schließlich die Zahl der Hörer auf 150 belaufen werde. Die dauernden Ausgaben für diese Anstalt werden vom Jahre 1906 jährlich ca. 311 000 M. betragen. Für das nächste Jahr sind 115 000 M. an dauernden Ausgaben und außerdem als einmalige Kosten für Bearbeitung der Entwürfe zu einem ballistischen Laboratorium 10 000 M. gefordert worden. Die Centrums-Abgeordneten Gröber und Spahn traten für die neue Anstalt ein, schlugen aber eine Aenderung der Benennung dieser Anstalt in: „Anstalt für militärtechnische Lehrzweige“ vor, weil dadurch festgelegt werde, daß sich der Unterricht in dieser Anstalt nur auf die Fragen der Militärtechnik erstrecken dürfe. Der Kriegsminister erklärte sich mit dieser Aenderung einverstanden. Abg. Paschke will lediglich eine zweckentsprechende Erweiterung der technischen Hochschule in Charlottenburg. Die Freiheit der Wissenschaft erfordert die völlige Unabhängigkeit der Lehrer, wie sie bei einer militärischen Oberleitung nicht möglich sei. Durch die Erweiterung der technischen Hochschule werde sowohl die Entwicklung dieses Instituts gefördert als auch das von der Heeresverwaltung erstrebte Ziel in der besten Weise erreicht. Diesen Ausführungen schloßen sich andre Redner an. Fortsetzung der Debatte am Dienstag. —

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. In die Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ tritt an Stelle des nach Nürnberg übersiedelten Genossen Eberhard Genosse Ferner-Berlin ein.

Unser Parteigenosse Stadthagen befindet sich, wie aus einer soeben von ihm eingetroffenen Mitteilung hervorgeht, so wohl, daß er in den nächsten Tagen wieder nach Berlin zurückkehren wird.

Aus der argentinischen Arbeiterbewegung.

Die socialdemokratische Partei von Argentinien hat ihren Kampf nach zwei Fronten zu führen, einmal gegen die reaktionäre Regierung, ein andermal gegen die Anarchisten. Die letzteren sind in ziemlich großer Anzahl in den Gewerkschaften vertreten. Im November v. J. war gelegentlich des großen Ledermarktes in Buenos Aires, in dem die Exportgeschäfte erledigt werden, ein Streik der Träger und Paaler ausgebrochen; sie forderten die 9stündige Arbeitszeit (anstatt 14) und Anerkennung der Gewerkschaft. Die Hafenarbeiter und Zuhrlente unterstützten den Streik, indem auch sie die Arbeit niederlegten. Da die öffentliche Meinung den Streikenden sehr günstig war, so wäre der Ausstand zweifellos zu Gunsten der Arbeiter entschieden worden. Da kamen die Anarchisten dazwischen, verübten mehrere unmäßige und widerständige Gewaltthatigkeiten und forderten durch Flugblätter die Arbeiter zum Generalausstand auf. Die Folge davon war, daß das geängstigte Epichbürgertum die Regierung zu Maßnahmen gegen die Arbeiter drängte. Die Socialisten suchten zu retten, was zu retten war; in einem Manifest forderten sie die Arbeiter auf, den Beschluß bezüglich des Generalausstandes aufzugeben und sandten eine Delegation an den Präsidenten. Die letztere wurde nicht empfangen und bei den Arbeitern drangen die Vorstellungen der Socialisten ebenfalls nicht durch. In der Nacht vom 22. November vollierte die Kammer das „Heimatsgesetz“, ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Danach konnten alle „verdächtigen“ Fremden des Landes verwiesen werden. Am nächsten Tage wurde über Stadt und Provinz Buenos Aires und Santa Fe der Belagerungszustand verkündigt, die socialistischen Zeitungen wurden verboten, ihre Druckereien, das Volkshaus, die Bureaus der Gewerkschaften und der politischen Partei wurden von der Polizei durchsucht und geplündert. Alle als Socialisten be-

kannten Fremden wurden entweder verhaftet oder des Landes verwiesen, und das Militär besetzte alle öffentlichen Plätze.

Jetzt ist der Belagerungszustand wieder aufgehoben, aber noch diese Socialisten leben im Exil oder schmachten in den Gefängnissen. Der Generalstreik ist natürlich verloren und die Unternehmer triumphierten; die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse hat sich verschärft. Auf der einen Seite haben die brutalen Maßnahmen der Regierung aber nicht vermocht, die socialistische Bewegung niederzuschlagen, das Centralorgan der Partei hat sogar einen großen Ausschuß von Abonementen zu verzeichnen und alle Partei-Organe enthalten eine energische Thätigkeit, um die Scharte wieder auszuweihen. Die Anarchisten aber fahren fort, die socialistische Partei zu beschimpfen und zu verleumdern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung eines Anarchistenarztes wurde der verantwortliche Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, Genosse Leim-peters, zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Zur Warnung für Auswanderer teilt das „Hamb. Echo“ folgenden Fall mit: Ein junger Hamburger, Paul Sch., der vor einiger Zeit in New-York eingewandert und arbeitslos war, meldete sich im verflohenen Herbst auf nachfolgendes Inserat in der „Staatszeitung“ hin: „Männer, 200 deutsche, polnische, ungarische, slowische, für Kohlengruben, auch 10 Maschinen-Käufer; behändige Arbeit; guter Lohn. Kommt sofort reisefertig. J. Herx, 2 Carlisle Str., nahe Rector Str.“ Bei der genannten Schiffs- und Arbeitsagentur wurde dem Arbeitssuchenden eröffnet, daß die Chesapeake u. Ohio Coal Co. tüchtige Leute für ihre in Baghette County, West-Virginia, gelegenen „Aush. Run“-Kohlengruben brauche. Der Agent versprach ihm an-geloblich einen Tagelohn von 5/—6 Dollar, wöchentliche Auszahlung, freie Hinreise und nach zwei Monaten Arbeit freie Rückreise. Sch. der lange Zeit arbeitslos gewesen, ließ sich überreden und wurde mit einer Reihe Andrer von der Agentur nach West-Virginia gesandt. Aus Briefen, welche der Mann seitdem an seinen in Nr. 1018 Ave. A. lebenden Bruder, Max Sch., schrieb, geht klar hervor, wie es ihm in West-Virginia erging, und sei dies zur Warnung hier mit- geteilt. Er schreibt, daß, trotzdem er nun schon nahe an zwei Monate in den Gruben arbeitet, es ihm noch nicht möglich war, auch nur einen Cent bares Geld zu bekommen. Die Company hat ein Wert-markensystem eingeführt, welche den Vergleuten anstatt baren Geldes gegeben werden. Diese Marken werden nur in den „Company Stores“ angenommen und haben anderwärts keinen Wert. Die Arbeiter sind dadurch gezwungen, alle ihre Bedürfnisse in den Gesell-schaftsniederlagen bei erhöhten Preisen einzukaufen, wodurch die Company einen doppelten Profit aus der Arbeitskraft ihrer An-gestellten erzielt. Sein Tagelohn, so behauptet er, war niemals, wie versprochen, 5/— bis 6 Dollar, sondern nie höher als 2 Dollar pro Tag, und ist die Höhe des Lohnes von der Härte der Kohlen ab-hängig. Wenn die Kohlen hart sind, kann ein Arbeiter kaum genug verdienen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Sch. war in letzterer Zeit tränklich und der harten Grubenarbeit nicht gewachsen. Er wollte deshalb nach New-York zurück. Aus diesem Grunde ver-suchte er, wie er schreibt, zu wiederholten Malen, von der Gesellschaft sein Guthaben von 30 Dollar in barem Gelde zu bekommen, doch so oft er auch mit seiner berechtigten Forderung vor die Beamten der Company trat, wurde ihm bedeutet, daß er ja kein Geld brauche, da er ja alles, was er nur immer wünschen möge, in den Gesellschafts-niederlagen mit den Marken kaufen könne. Auf Ellis Island erklärt man freilich, daß keine Einwanderer mehr nach den Gruben in West-Virginia gesandt werden würden, allein, wie aus der Eingangs citierten Anzeige hervorgeht, finden die Kohlenbarone Mittel und Wege, sich die Opfer ihres Ausbeutungssystems in anderer Weise zu verschaffen.

Berlin und Umgegend.

Zum Väterstreik bei Goldacker.

In unsre gestern abgedruckte Aufschrift hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Statt „Vätermeistern“ muß es heißen „Vadmeistern dieses Betriebes“.

Im übrigen: Herr Goldacker berichtigt, aber wie. Auf den ersten Satz der Berichtigung wollen wir nicht mehr eingehen da wir uns dazu schon gestern erklärt hatten. Daß am Sonntag-abend, dem zweiten Abend des Streiks, alle Schichten voll besetzt gewesen seien, erklären wir trotz der Berichtigung für un-wahr. Wir wollen Herrn Niemann das Gedächtnis ein wenig schärfen. Er weiß doch wohl noch, daß am genannten Abend fünf bis sechs Gesellen, die teilweise schon zu arbeiten angefangen hatten, nach kurzer Zeit die Arbeit wieder hinwarfen und ihre Papiere zurückverlangten. Abends, kurz vor 9 Uhr, als eben gerade wieder drei Mann weggegangen waren, arbeiteten im Betriebe ganze neun Mann. Hieran stützte der Buchhalter, Herr Niemann, angsterfüllt zu dem Schuhmann vor der Thür mit den Worten: „Herr Wachtmeister, Herr Wachtmeister, was soll denn das noch werden, die holen uns ja die ganzen Leute weg; da haben wir morgen ja wieder keine Ware!“ Kann sich Herr Niemann wirklich nicht mehr entsinnen? Daß vom Montagabend an sich genügend Streikbrecher fanden, haben wir nicht bestritten; doch hat von den 44 Streikenden sich noch nicht ein einziger zu Streikbrecher-diensten herbeigelassen.

Weiter soll das Geschäft nicht zurückgegangen sein. Herr Gold-acker wird doch nicht behaupten wollen, daß Geheimräte oder andre Leute vermöhten Gannens seine Kundenschaft bilden, denen es völlig gleich ist, wie er mit seinen Leuten umspringt? Nein, die Kund-schaft dieses Herrn besteht fast nur aus Arbeitern und diese haben ihm schon deutlich fühlen lassen, wie sie über ihn und die Maß-regelung denken.

Wenn sich das Geschäft noch gehoben hat, warum bemühte sich Herr Goldacker so krampfhaft, dem Publikum mittels der Plakate Unrichtigkeiten aufzutreiben? Er hat dieselben auch schleunigst wieder einzuziehen müssen, denn er sorgte damit nur noch für größeres Be-lanntwerden seines Vorgehens. Herr Goldacker mag sich drehen und wenden, wie er will. Wir sagen abermals: Die Entlassung unfres Vertrauensmanns war eine Maßregelung und infolge Nichtbeachtung dreier Paragraphen des Vertrages vom 12. d. M. ein grober Vertragsbruch. —

Die Arbeiterchaft Berlins aber bitten wir, uns in diesem Kampfe gegen Unternehmerwillkür ihre moralische Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Der Vorstand des Väterverbandes.

Die Arbeiter der Firma Wig u. Genest haben gestern Abend den Bericht der Kommission entgegengenommen. Betriebsdirektor Müller hat der Kommission erklärt, daß Ueberstunden in dem Betriebe von Zeit zu Zeit notwendig seien. Von dem humanitären Standpunkt, der die Arbeiter bewege, zu Gunsten arbeitsloser Kollegen die Ueber-stundenarbeit abzuschaffen, könne sich die Direction nicht leiten lassen. Was die Behandlung seitens der Meister anbelange, so sei diesem nicht zu betargen, wenn sie Arbeiter, von denen sie in Versammlungen angegriffen werden, einfach entlassen. Thatsächlich ist denn auch wieder ein Kommissionsmitglied von seinem Meister durch Ab-züge derartig drangsalirt worden, daß es seine Entlassung nehmen mußte. Nach lebhafter Aussprache beschloß die Versammlung, daß, wenn von heute (Sonnabend) ab die Ueberstunden nicht im Fortfall kommen, abteilungsweise die selben zu verweigern sind.

Die Konferenz der Gesellenausschüsse.

Auf am 15. d. M. im Gewerkschaftshause tagte und in der 38 Annungen durch 180 Ausschußmitglieder vertreten waren, beschäftigte sich in ihrem ersten Teile mit der Vornahme einer Statistik über das Lehrlingswesen in Berlin. Herr Dr. Große er-läuterte einen den Anwesenden zu diesem Zwecke vorliegenden Frage-bogen in eingehendster Weise. Nach lebhafter Diskussion erklärte man sich mit der Vornahme der hierzu notwendigen Arbeiten ein-

berstanden und verpflichtete sich, die ausgefüllten Fragebogen bis zum 15. März der Kommission zuzulassen.

Hierauf gaben Korbmacher Bartel und Tischler Romien Bericht über die Verhandlungen der Handwerkskammer, das reaktionäre Gebaren der die übergroße Majorität bildenden Arbeiter sehr verurteilend. Ohne die Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen, hat man sich ganz nach berühmten Mustern eine Geschäftsordnung gegeben, die es den Gefellenvertretern ihrer geringen Zahl wegen unmöglich macht, selbständige Anträge zu stellen. Die Redezeit ist selbst für Referenten bei Begründung sachlicher Anträge auf nur 10 Minuten festgelegt. Die für die Wehrzahl der Vereine festgesetzte Lehrzeit von drei Jahren wird illusorisch gemacht durch Bestimmungen, die es dem Lehrmeister ermöglichen, durch Gewährung ganz geringfügiger Entschädigungen dieselbe bis auf vier Jahre zu verlängern.

Die Diskussion zeitigte zahlreiche Klagen und erwies, daß ähnlich dem Verhalten in der Handwerkskammer auch in den einzelnen Zünften verfahren wird. Systematisch werden den Gefellenvertretern die künmerischen Rechte genommen, die das Handwerkergesetz ihnen einräumt, und Beschwerden an die Aufsichtsbehörden hatten bisher nur in den allergeringsten Fällen Erfolg.

Nachdem dann noch auf die im April fälligen Ersatzwahlen für die Handwerkskammern hingewiesen wurde, wurde die Konferenz mit dem Hinweis, alle Uebergriffe der Zünftenvorstände an die Adresse der Kommission: Otto Weis, Engel-Ufer 15, Zimmer 35, zu berichten, geschlossen.

Die Kalkpoker, Spanner, Cementierer und Hilfsarbeiter haben einem mit dem Verbands der Gips-, Cement- und Zementbaugeschäfte vereinbarten Tarifverträge ihre Zustimmung gegeben. Derselbe tritt am 1. April an Stelle des mit diesem Zeitpunkt ablaufenden alten Vertrages in Kraft. Die wesentlichen Bestimmungen des neuen Vertrages sind folgende: Der Stundenlohn beträgt: Für Kalkpoker 80 Pf., für Spanner 67 1/2 Pf., für Cementierer 60—62 1/2 Pf., für Spanner und Kleider 62 1/2 Pf., für Einschäler und Substräger 55 Pf., für Hilfs-Cementierer und Hilfs-einschäler 50 Pf., für Hilfsarbeiter 45 Pf. Die Arbeitszeit ist dieselbe wie bei den Maurern. Die Arbeiten sollen möglichst im Zeitlohn ausgeführt werden. Auf jedem Bau muß, soweit es angeht, eine verschleißbare Rade vorhanden sein. Ueberstunden werden mit 25 Proz. und Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag per Stunde gezahlt, jedoch sollen an einem Tage möglichst nur zwei Ueberstunden gemacht werden. Die Nacharbeit unterliegt, wenn Tag und Nacht 2 Kolonnen arbeiten, der freien Vereinbarung und soll nur in äußerster dringenden Fällen zur Anwendung gelangen. Wenn irgend möglich, sollen die Leute, die tagsüber beschäftigt waren, durch eine Nachkolonne abgelöst werden. Außerhalb Berlins und der Vororte wird das volle Jahrgeld vergütet. Bei Arbeiten außerhalb der Vorortzone wird eine einmalige Hin- und Rückfahrkarte 3. Wagenklasse bezahlt. Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. Lohn für außerhalb unterliegt einer jebeimaligen gegenseitigen Vereinbarung. Der Vertrag gilt auf ein Jahr.

Aktion Tischner, Niete und Sattler aller Branchen. In der Taschen- und Koffer-Fabrik von Paul Fahrman, Louise-Ufer 12, haben die dort beschäftigten Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

In der Militär-Effekten-Fabrik von G. Becker u. Co., Michael-Straße 29 a, haben sämtliche dort beschäftigten Accordarbeiter wegen der geradezu skandalösen Preise, welche auf die sogenannten Arbeiten der Spandauer Artillerie-Werkstatt gezahlt werden, die Arbeit niedergelegt. — Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattler-Verbandes.

In **Färbenwalde** wurden, wie uns von dort geschrieben wird am Montag die Forme der Temper- und Stahlgiecherei G. Chorus infolge schlechter Accordpreise gezwungen, die Arbeit niedergulegen. Es wurde ihnen gesagt, wenn sie die Arbeit für den angebotenen Preis nicht machen wollten, könnten sie gehen. Es befinden sich 6 Mann daher außer Arbeit und ersuchen alle Kollegen dafür zu sorgen, daß der Zugang ferngehalten wird. Die hiesige Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes versuchte auf friedlichem Wege eine Einigung; der Vertreter der Firma lehnte es aber ab, eine Erhöhung der Preise zu versprechen.

Deutsches Reich.

Den **streifenden Offenbacher Schriftgießern** haben sich jetzt auch ihre Frankfurter Kollegen angeschlossen, indem sie am Donnerstag gleichfalls die Arbeit niederglegten. Die Arbeit ruht also jetzt in allen Betrieben des Frankfurter-Offenbacher Gießereiringes. Die Unternehmer hatten den Gehilfen zur Beilegung des Offenbacher Ausstandes und zur Zurücknahme der Kündigung in Frankfurt folgendes Angebot gemacht: 8 1/2 stündige Arbeitszeit und 27,50 M. Wochenlohn für Schriftgießer. Die Lehrlingskassa lehnten die Unternehmer ab, außerdem verlangten sie, daß die bestehenden Tarife in den nächsten fünf Jahren nicht geändert werden dürften. — Mit diesem Angebot erklärten sich die Arbeiter nicht einverstanden. Sie forderten Anerkennung der Lehrlingskassa und Ausdehnung der Zugeständnisse auf die Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter. Um diese Forderungen durchzusetzen, wurde am Mittwochabend der Ausstand beschlossen.

Der **Streitbrecherfang**, der in Breslau versucht wurde, ist zwar durch die Beendigung des Ausstandes in Bremerhaven gegenstandslos geworden, immerhin ist es interessant, den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit zu erfahren. Nach der Streitbrecherversammlung im Breslauer Gewerkschaftshaus hatten sich doch etwa 100 Arbeitswillige auf dem Bahnhof eingefunden, die auf die Order zur Abfahrt nach Bremerhaven warteten. Im letzten Augenblick erst war es unfern Genossen gelungen, Flugblätter unter den Arbeitswilligen zu verteilen, worin ihnen für die Dauer des Streiks eine Unterstützung von 2,50 M. pro Tag zugesichert wurde. Es war vorausgesetzt, daß, weil die Aufführung erst im letzten Augenblick erfolgte, die meisten der Arbeitswilligen doch abreisen würden. Um diese wenigstens noch am Ort ihrer beabsichtigten Tätigkeit von Streitbrecherdiensten abzuhalten, hatten sich einige organisierte Breslauer

Arbeiter mit anwerben lassen. Sie wollten, in Bremerhaven angelangt, den Trupp nach dem dortigen Gewerkschaftsbureau führen, um die Leute noch im letzten Augenblick dem Lloyd zu entreißen. Der gut angelegte, von der Umsicht unferer Genossen zeugende Plan gelangte aber nicht zur Ausführung, weil inzwischen die Nachricht eintraf, daß man die Streitbrecher nicht mehr brauche, weil der Streik beendet war. Nun verlangten die Angeworbenen eine Entschädigung von 5 M. pro Mann, die ihnen der Agent dann auch zahlte. So hat der Versuch, schließliche Streitbrecher nach Bremerhaven zu befördern, dem Norddeutschen Lloyd die Kleinigkeit von 500 M. gekostet.

Der **Jahresbericht für 1902 des Gewerkschaftsvereins Nordhausen**, der soeben gedruckt erschienen ist, weist an gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 1874 Mitglieder in 19 dem Kartell angehörenden Organisationen auf. 1901 waren es 1855 Mitglieder. Von Ausländern erwähnt der Bericht den Niesenkamp der Tabakarbeiter, der wohl einen teilweisen Erfolg hatte, bei dem aber circa 100 Mann ausgesperrt blieben, darunter Arbeiter, die 20—30 Jahre in den Fabriken gearbeitet hatten. Am 1. Juni wurde das Gewerkschaftsbureau, in welchem wöchentlich dreimal Sprechstunden gehalten werden, eröffnet und erstreckt sich dasselbe allgemeiner Beliebtheit. Neu gegründet wurden die Zehnhellen der Zimmerer und Müller; erstere mit 45, letztere mit 24 Mitgliedern. Auf Anregung des Gewerkschaftsvereins wurde der nunmehr ins Leben getretene Konsumverein gegründet. Die Arbeitslosen wurden zweimal gezählt. Im November waren von 1000 gezählten Personen 203 arbeitslos, im Januar bei 1688 Personen 357. An Einnahmen hatte das Kartell insgesamt 1300,49 M., an Ausgaben 833,49 M. Der Bericht konstatiert, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliederstand nicht gesunken, im Gegenteil in einigen Organisationen gestiegen ist.

Ausland.

Der **Jahresbericht der Gewerkschaftskommission des Reichs** für das Jahr 1902 konstatiert, daß die Tätigkeit der Kommission im Berichtsjahre eine sehr rege gewesen ist. Das Organ „Die Gewerkschaft“ wurde in 54 000 Exemplaren in deutscher und 2400 Exemplaren in tschechischer Sprache gratis an die der Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen abgegeben. Die Gesamtsumme der Einnahmen betrug 31 430 Kronen 19 Heller, wovon aus Monatsbeiträgen a 3 Heller sich allein 30 961 Kronen 69 Heller ergaben. Im Durchschnitt wurden monatlich für 86 004 Mitglieder Beiträge entrichtet. Die Gesamtausgaben betragen 35 007 Kronen 94 Heller. Der Abgang wurde dem Reservefonds entnommen. — An Streikunterstützung hat die Gewerkschaftskommission im Berichtsjahre geleistet: 1000 Kronen für den Streik in Triest, 600 Kronen für den Schuhmacherstreik in Pola, 300 Kronen für die streikenden Perlmutterdrechsler.

Soziale Rechtspflege.

Die **jugendlichen Arbeiterinnen des Kürschners Willer** hatten ihre Arbeitszeit von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Da sie Sonnabends um 8 Uhr aufhören mußten, wurde von ihnen verlangt, an drei Tagen der Woche bereits um 7 Uhr mit der Arbeit zu beginnen, damit die Sonnabends verlorene gehende Zeit wieder herauskomme und „die Mädchen keinen Schaden hätten“. Zwei der Mädchen verweigerten dies und wurden darauf mit den Worten entlassen: wer sich nicht den Anordnungen des Arbeitgebers fügen wolle, der könne gehen. Fräulein S., eine der Entlassenen, klagte beim Berliner Gewerbegericht gegen Willer auf Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz war jedoch der Meinung, daß die Klägerin gemäß der Aufforderung des Beklagten um 7 Uhr hätte zur Arbeit kommen müssen. Man redete dem Vater der Klägerin so lange zu, bis er die Klage zurücknahm.

(Dies eigentümliche Verhalten erklärt sich wohl daraus, daß der Gerichtshof der irtümlichen Auffassung war, es handle sich hier um eine allgemeine Verlegung der Arbeitszeit auf die Stunden zwischen 7 Uhr früh und 7 Uhr abends. Der Berichterstatter.)

Verfammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Donnerstag im Alten Schützenhause seine Generalversammlung ab. Seit der letzten Versammlung haben sich 11 Personen zur Aufnahme gemeldet; sie wurden für aufgenommen erklärt. Darauf berichtete der Vorsitzende Juch über die Tätigkeit des Vorstandes im verfloffenen Quartal. Der Vorstand hat seine Hauptaufgabe darin erblickt, die Agitation im Kreise zu pflegen und gemeinsam mit den Bezirksführern durch Hausagitation und kleine Versammlungen recht erfolgreich gewirkt. Die Mitgliederzahl ist von 868 auf 1011 gestiegen. Unliebsame Vorgänge beim Begräbnis eines Mitgliedes haben den Vorstand veranlaßt zu beschließen, daß nur dann ein Kranz gesendet wird, wenn von der Familie des Verstorbenen nichts dagegen eingewandt wird. Die Klassenverhältnisse des Vereins haben sich sehr günstig gestaltet. Wie der Kassierer Liepmann berichtete, betragen die Einnahmen im verfloffenen Quartal einschließlich eines alten Bestandes von 810,01 M. 8433,17 M., die Ausgaben 2246,26 M., so daß ein Bestand von 1186,91 M. verbleibt. An den Parteivorstand wurden 650 M. abgeliefert, für Agitation 100 M. ausgegeben und für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde 50 M. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. — Den Bericht der Vertrauensleute gab Juch. Die Volksversammlungen im fünften Kreise waren außerordentlich zahlreich besucht, die Säte erwiesen sich als zu klein. In Zukunft soll danach getrachtet werden, daß möglichst in zwei Lokalen Versammlungen veranstaltet werden. Die Agitation für die Gewerbe- und Arbeiterwahl der Arbeitgeber im 29. Wahlbezirk hat keinen großen Erfolg gehabt, ungefähr ein Drittel der Stimmen wurden für unsern Kandidaten abgegeben. Es stellte sich bei der Wahl heraus, daß manche Parteigenossen, die dem Befehl nach wahlberechtigt sind, nicht wählen konnten, weil sie nicht in der Wähler-

liste aufgeführt waren, was den Genossen wiederum eine Mahnung sein sollte, vor jeder Wahl rechtzeitig die Wählerliste einzuliefern. — Von der Preßkommission berichtete Weis. Der Stand unferer Presse ist wohl niemals so befriedigend gewesen wie jetzt. Die beispiellose Hege, die gegen den „Vorwärts“ getrieben wurde, hat jedenfalls zu dem gewaltigen Aufschwung beigetragen. Die Zahl der Abonnenten ist auf 69 948 gestiegen, wovon circa 63 000 auf Berlin kommen. Die Zahl der auswärtigen Abonnenten stieg in den letzten vier Monaten von 3000 auf 7000. Daß der Ueberfluß des „Vorwärts“ im letzten Quartal trotz der Steigerung der Auflage nicht größer ist als früher, ist auf die durch den Umzug und die Neuausstattung der Redaktionsräume verursachten Ausgaben zurückzuführen. Die Buchabteilung rentiert sich jetzt bedeutend besser als früher. Beschwerden größerer Art haben der Preßkommission nicht vorgelegen. — Von den Vertretern der Lokalkommission wird mitgeteilt, daß vor kurzem eine Konferenz von Vertretern aus der Provinz Brandenburg mit der Lokalkommission stattgefunden hat, wobei besonders die Lokalfrage in den Vororten und der Provinz erörtert wurde. Im 5. Kreise sind inzwischen 2 neue Lokale freigegeben: „Zur Hochschule“ in der Luisenstr. 55, und die „Tonhalle“ in der Friedrichstraße. In der Tonhalle wird am nächsten Mittwoch eine Versammlung stattfinden, wo der Reichstags-Abgeordnete Kairiel spricht. Der Bericht der Agitationskommission mußte bis zur nächsten Versammlung verlagert werden, weil der Vertreter Stögle zu einer sehr wichtigen Sitzung der Kommission abgerufen worden war.

Unter Vereinsangelegenheiten gab Weis, um einen Gerücht, das gegen ein ehrenwertes Mitglied ausgestreut wurde, die Spitze abzuwehren, folgende Erklärung ab: „Auf Grund sowohl mündlich wie schriftlich gänzlich entstellter Wiedergabe von Ausführungen, die ich in einer erweiterten Vorstandssitzung gemacht habe, hat ein Gerücht Verbreitung gefunden, das geeignet ist, den seit langem im fünften Wahlkreise thätigen Genossen Scholle in seiner Ehre auf das empfindlichste zu kränken. Ich erkläre hierzu in Einverständnis mit Scholle und unter Bestätigung des gesamten Vorstandes, daß die von mir gemachten Angaben vollständig der Wahrheit entsprechen, aber auch nicht das geringste enthalten, was zur Begründung oder Verbreitung eines so nichtswürdigen Gerüchts hätte Anlaß geben können.“

Des Weiteren machte Liepmann darauf aufmerksam, daß in mehreren Bezirken des Kreises noch sehr viel Agitation geleistet werden muß, um die Wahl unfers Kandidaten zu sichern, und fordert die Mitglieder auf, die Abteilungsleiter in ihrer Tätigkeit fleißig zu unterstützen.

Der **Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises** hielt am Dienstag zwei Mitgliederversammlungen ab, eine für Gesundbrunnen bei Schirm in der Ladstraße, die andre für die Schönhauser Vorstadt im Prater. Beide Versammlungen waren gut besucht. In Schirms Saal sprach Reichstags-Abgeordneter Rosenow über „Das allgemeine Wahlrecht, seine Freunde und seine Feinde“. Redner ging auf die Entstehung des jetzigen Reichstags-Wahlrechts ein und verwies auf die Erfolge, welche die Sozialdemokratie durch dasselbe erzielt hat. Diese Erfolge seien den Gegnern schon seit langem ein Dorn im Auge, deswegen verlangt ein Teil von ihnen, besonders die Konservativen, die gänzliche Beseitigung des Wahlrechts und den Ausschluß der Arbeitervertreter aus den Parlamenten, der andre Teil aber, bis zu den „unentwegten“ Freisinnigen, liebt ängstlich mehr oder minder mit den Entrechtungsplänen der Reaktionsäre. Nur die Angst vor den kommenden Wahlen hat sie diesmal noch von einer Beschränkung des Wahlrechts zurückgeschreckt. Für die Arbeiter heißt es, auf der Hut zu sein und ihre Stimme für die Sozialdemokratie abzugeben, denn nur diese ist die Hüterin des Wahlrechts.

Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. Im Prater referierte Genosse Kaliski über: „Demokratischer Liberalismus“. Anknüpfend an den Verrat der Freisinnigen Volkspartei gelegentlich der bekannten Vorgänge bei Beratung der Zollvorlage ging Redner auf die historische Entwicklung des deutschen Liberalismus ein und zeigte, daß die Angst vor der Arbeiterklasse und der Mangel an Konsequenz der Reaktion gegenüber den völligen Verfall des Liberalismus bewirkt haben. Schon die bevorstehenden Wahlen geben der Arbeiterschaft Gelegenheit, den Todeskampf des Liberalismus wesentlich abzukürzen, denn an dem gänzlichen Verschwinden desselben verliere in Deutschland niemand etwas. — Auch hier fand keine Diskussion statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Februar 1903, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung „Freireligiöse Vorlesung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fräulein Ida Wilmann: „Die Inquisition in Deutschland“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (Mittels Berlin 3.) Mitgliederversammlung am Samstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr bei Berger, Reichensbergerstr. 157: Kassenbericht und Wahl eines Beitragsammlers.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand um	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 0° C. = 32° F.	Stationen	Barometer hand um	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. 0° C. = 32° F.
Swinemünde	764	SW	5	heiter	4	Saparanda	702	SB	4	wolkig	1
Hamburg	765	SW	7	bedeckt	4	Petersburg	748	SW	3	bedeckt	0
Berlin	768	SW	3	heiter	2	Fort	770	SB	1	bedeckt	7
Frankf./M.	774	SW	2	wolkig	0	Abberden	—	—	—	—	—
München	777	SW	2	wolkig	2	Paris	778	SW	3	bedeckt	2
Wien	775	SW	3	wolkig	8						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. Februar 1903. Einmal kühl, zeitweise anlassend, jedoch sehr unbedeutend mit einzelnen Regen- oder Hagelschauern und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung
in Lichtenberg, Friedrichsstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen R. Rein: über: Die wirtschaftliche und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mittwoch, den 25. Februar, Blumenstr. 38:
Vorstandssitzung.
Der Madenball findet am 7. März in Stellers Schulden, Kopenfirke 29, statt. [145/10] Der Vorstand.

Centralverband der Maschinisten und Keizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Sonntag, den 22. d. M., nachm. 5 Uhr, bei Boltz, Ritterstr. 75:
Versammlung. Die Tagesordnung wird in derselben bekannt gegeben. 138/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher Amt VII, 353.
Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Sipp):
General-Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, eines Revisors, eines Revisors und dreier Bureaubeamten. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — **Laufzettel werden zu dieser Versammlung nicht verteilt.**
Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß in nachfolgenden Lokalen Zahlstellen errichtet sind: Restaurant Brückke, Quisenstr. 29; Restaurant Nitz, Warschauerstr. 74; Mariendorfer Cigarrengeschäft Basso, Chausseestr. 68.
Uraniantheater sind noch zu haben zur Vorstellung am 22. d. M. Die zum Umtausch eingelieferten Mitgliedsbücher können abgeholt werden. Die Ortsverwaltung. 112/8

Brotts Gesellschafts-Haus.
Erkner am Dameritz-See.
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmen Aufenthalten. 2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Schatz für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 417/2

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bilderrahmenmacher.
Montag, den 23. Februar 1902, abends, 8 1/2 Uhr, bei Strauß, Ritterstraße 123: 78/30
Branchen-Versammlung.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Obmann.

Obst's Festäle, Schöneberg.
Meiningerstr. 8. Martin Lutherstr. 51.
Einem geehrten Publikum bringe ich hiermit meine Lokale in empfehlende Erinnerung. Jeden Sonntag von 4 Uhr ab: 622/2
Grosser Ball.
4 Billards, 2 Kegelbahnen. Im Tunnel angenehmer Familien-Aufenthalt. Um gütigen Zuspruch bittet Ernst Obst.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 21. Februar:
Anfang 3 Uhr:
Luisen. Der Weindiebener.
Anfang 4 Uhr:
Carl Weiss. Der Rattenfänger von Hameln.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Troubadour.
Nacht.
Schauspielhaus. König Heinrich der Fünfte.

Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Dormschöen.
Lefling. Der blinde Passagier.
Neues. Die Fliege. Vorher: Der Oberlehrer.

Reizend. Luft (Loute).
Westen. Der Freischütz.
Central. Das Mädchen von der Heilsarmee.

Thalia. Der Cameliönkel.
Belle-Alliance. Am Telephon.
Nacht: Cupido u. Co.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Wohltätige Frauen.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater). Jugend.
Carl Weiss. Das letzte Gebot.
Vorher: Wie denken Sie über Drehfus?

Buntes. Die Kinder der Excellenz.
Luisen. Die Waldschneidener von Berlin.

Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Rotkrone.
Hofes. Kafiris Hochzeit.

Metropol. Reuefisch! Allerneuestes!
Casino. Cavalleria rusticana.
Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Treibl. Stettiner Sänger.

Vassage-Theater. Spezialitäten.
Vassage-Panoptikum. Spezialitäten.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: Elektrische Wellen und Strahlen.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: Elektrische Wellen und Strahlen.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Neu! Miss Karri
die schöne Titowirte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5.
Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.
Ganz Berlin zerbricht
sich den Kopf über
Aja die schwobende
Jungfrau.
Mysteriöses
Theaterstück in
1 Akt.
The three Devils: Die
Wettfahrt im Todesring.
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.

Heute Sonnabend 8 Uhr:
Nakiris Hochzeit.
Um 9 1/2 Uhr: 8 allererste Spezialitäten.
Um 10 1/2 Uhr: Original-Cake-Walk.
Reut! Neu!
Robert Steidl auf d. Düngeboden.
Sonnabendnachm. 3 Uhr, Frau Luna.
ermäßigter Preise:
Vorher: Sensationelle Spezialitäten
und Original-Cake-Walk-Tänzer.
Sonnabend: Nakiris Hochzeit.
In allen Vorstellungen: Haradin
elektrisches Ballett.

Casino-Theater

Volksringstr. 37.
Sonnabend 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neue Debüts!
Molly Verch! Raponé!
Dazu: Bonne Alessy.
Unteroffizier Lehmann
Cavalleria rusticana.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Ein Sohn
des Volkes, dazu Luste, sämtl. Spec.

Carl Weiss-Theater.

Nachmittag 4 Uhr, Stübervorstellung
10, 25 und 40 Pf.
Der Rattenfänger von Hameln.
Abends 8 Uhr zum letztenmal:
Das letzte Gebot.
Vorher:
Wie denken Sie über Drehfus?
Sonntag 3 Uhr: Der Leiermann
und sein Hefegeld. 8 Uhr: Preciosa.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse
und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Die
Liebeskammer.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:
Cupido & Co.
Schwank mit Gesang und Tanz in
3 Aufzügen.

Buntes Theater

Königsplatzstr. 88.
Abends 8 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung
zu ermäßigten Preisen (Parkett
1,60 M.)
Neu einstudiert:
Die Kinder der Excellenz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohltätige Frauen.
Lustspiel in 4 Akten v. Ed. Arronge.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Montagabend 8 Uhr:
Wohltätige Frauen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtes Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von
Max Halbe.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohltätige Frauen.
Montagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C., Dragonerstr. 15. Telefon: Amt III Nr. 5028.
Sonntag, den 22. Februar, vorm. 10 Uhr, in Cohns Festsälen, Benthstr. 20:
Außerordentliche General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Bericht der Rechner-Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, betreffend die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1903/1904. 3. Beschließendes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Alle Mitglieder müssen antwefend sein.
Der Vorstand.

Cirkus Schumann

Sonnabend, den 21. Februar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Benefizvorstellung
für den einzig dastehenden vor-
wiegendsten Radfahrer der Welt
Mr. Diavolo
mit seinem unkopierbaren Akt
Looping the Loop.
Am 27. Februar unwiderruflich
letztes Auftreten.
Ausserdem die besten Kunst-
Specialitäten und neuen Debüts
sowie Direktor Alb. Schumanns
neueste Kreationen.
Die lustigen Heidelberger.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags Clown-Vorstellung
sowie die reizende Pantomime:
Pierrots Weihnachtsen mit dem
Bombonregen. In beiden Vor-
stellungen Looping the Loop
und die neuen Debüts.

WINTERGARTEN

Aus dem interessanten
Februar-Programm
Circling the Circle.
Otto Reutter.
Les Darts
etc. etc.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Heute wegen Privat-Festlichkeit
Geschlossen!
Sonntag: Die Räuber.
Montag: Herrgottschneider
von Ammergau.

Bernhard Rose-Theater

Badstrasse 58.
Sonntag, den 22. Februar 1903:
Das Mädch ohne Geld.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von
D. F. Berg und Ed. Jacobson.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Dienstag, den 23. Februar (Fastnacht):
Ein Sommertag
in der Jungfernhede.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt. 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab.
und Sonntag Tanzkränzen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 7.
Wochentags 8 Uhr.
Zum Schluß, neu:
O die Schamare,
normales in
Mitteln von Weigl.

Zum Pechvogel.

Weiß- u. Gartrisch-Bier-Lokal.
Paul Litke, Warschauerstr. 61.
Bilard, Vereinszimmer.

Cirkus Busch.

Sonnabend, den 21. Februar 1903,
nachmittags 3 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung
mit ausgesuchtem Festprogramm.
Abends 7 1/2 Uhr: Parade-Vorstellung
zum Benefiz für den Schulreiter
Herrn Burkhardt-Foetli.
Boeren. Seelöwen. Dahomey.
In beiden Vorstellungen:
Die grossartig. Elefanten-Schauspiele.

Steidl-Theater

Einigen-
straße 132. Crand-
burger Thor.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Urkomische Solree
der
Steidl-Sänger
Neues Programm! Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrung 1 M.
Täglich: Nachmittags 4 Uhr:
Mons. Lojals
Cirkus-u. Affentheater
Entree 50 Pf., Sperrung 1 M.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
**Grosser
Bock-Trübel.**
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambrius
mit Gefolge.

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.**
Nach jeder Solree:
Tanz-Kränzen.
Gott ist dot.
Sensationsspektakel.
Säle zu Festlichkeiten.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommendanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Havorland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus
Franz-Budholz.
Heute: Boobierfest.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und Tanz.

BLUTARMEN-KRANKEN

ärztlich
empfohlen
1-Flasche
1.50 und
2 Mark.
**FEURIG
SÜSSER
KRAFT-ROTHWEIN**
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle
des Gerichtschemikers
Dr. C. Bischoff.

Land 2 Wf.

pro Woche Abzahlung, Barzelle
840 am 300 R., nur mündlich, ver-
kauft Herronymy, Blumenstr. 79.

60 000 Ctr. Kohlen

verf. Josef Fischer billig ab sein. beid.
Lagerplatz Brombergerstr. 19, Haupt-
geschäft, Remingtonstr. 10, Zweig-
geschäft.
100 St. Bestenb. Brilt. nur 50 Pf.
100 St. Riesenlöcher 70
Die best. Kohlen a. d. Westfälische.
100 St. Riesenlöcher 70 nur 70 Pf.
1 Ctr. Braunkohlen nur 65
1 engl. Anthracit nur 1,75 R.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen zur Nachricht,
dass unser Kollege
Wilhelm Schmidt,
Umkehrer, am Mittwoch früh
gestorben ist. 6182
Seine feinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 22. d. Mts., nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Freiwilligen Friedhofs in der
Gabel-Allee aus statt.
Die Kollegen
der Pianoforte-Fabrik
von Julius Pfaffe.

Kunststofferei

von 2962*
Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48. Duergeb. hochpart.

Einsegnungs-ANZÜGE

ein- u. zweireihige Form, hochelegant u. tadellos sitzend.
Vollständiger Ersatz für Massarbeit.

Die Preise sind je nach Größe.

Anzug	aus feinem, schwarzem Satin-Kammgarn, 12 R. an.
Anzug	aus solidem, schwarzem Crêpe-Cheviot, 12 R. an.
Anzug	aus feinem, schwarzem Rips-Kammgarn, 15 R. an.
Anzug	aus ganz vorzüglich, schwarzem Diagonal-Cheviot, sehr praktisch, von 16 R. an.
Anzug	aus gutem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, sehr elegant, von 18 R. an.
Anzug	aus gutem, schwarzem Kammgarn in schwerer Qualität, von 21 R. an.
Anzug	aus mittelmäßigem, schwarzem Satin-Kammgarn, sehr beliebt, von 21 R. an.
Anzug	aus hochfeinem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, sehr vornehm, von 21 R. an.
Anzug	aus elegantem, schwarzem Rips-Kammgarn, sehr bewährte Qualität, von 23 R. an.
Anzug	aus bestem, schwarzem Kammgarn-Cheviot, hochelegant, von 26 R. an.
Anzug	aus hochelegantem, schwarzem Twill, prima Qualität und sehr vornehm, von 30 R. an.
Anzug	aus hochfeinem, schwarzem Kammgarn, sehr elegant, von 30 R. an.
Anzug	aus sehr gutem, schwarzem Tuch-Kammgarn, vollständiger Ersatz für Tuch, von 30 R. an.

Hochelegante Massanfertigung bis zu den allerfeinsten Qualitäten.

Carl Stier,

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
BERLIN SO., Oranienstrasse 166.
Prachtvolle Qualität, ausgezeichnete Haltbarkeit, beste Verarbeitung, vornehme Ausstattung und tadelhafter Sitz ist das Kennzeichen meiner Fabrikate und kann ich mich erlauben, in jeder Beziehung an der Spitze der Leistungsfähigkeit zu stehen.
Die Preise sind billig, streng fest u. geschieht der Verkauf nur gegen Bar.

Schmökewitz, Restaurant Seddinsee.

Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, vis-a-vis der Berliner Schwiel, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfz.
A. Noack.

5. Siebengebirgs Geld-Lotterie.

Ziehung 4. März d. u. folgende Tage, 12.000 Gewinne
im Betrage von **450.000 Mark bar.**
Die Hauptgewinne sind: 613L
100.000, 60.000, 40.000, 20.000, 10.000 M. etc.
1/2 Lose a 4 M., 1/4 a 2 M. (Porto und Liste 30 Pf. extra)
empfehlen u. versenden auch gegen Nachnahme und Briefmarken
Berlin W. 8,
Werner & Co., Bank-Friedrich-Str. 198/199,
Geschäft, Ecke Krausen-Strasse.

Seltenes Angebot.

Infolge überaus günstiger Waren-Abschlüsse durch Kassa-Zahlung sind wir in der Lage,
Teppiche, Gardinen, Portieren
zu spottbilligen Preisen zum Verkauf zu stellen.

Teppichhaus Adler & Co.

20-21 Königstrasse 20-21 beim Rathaus
nur im alten bekannten Lokal an der Jüdenstrasse.

bewährteste Nahrung für

**Kufeke's Kinder-
mehl** gesunde u. magen-
darmkranke Kinder.

Zur gefl. Kenntnissnahme!

Reiner werter Standhaft zur gefl. Nachricht, dass ich am heutigen Tage ein
zweites Geschäft: **Grosse Frankfurterstr. 116,** an der
für Herren- und Knaben-Garderobe, Monatssachen,
Arbeiter-Garderobe etc. eröffne. 6402*
Um geneigten Zuspruch bittet
J. Wand, 1. Geschäft: Prinzenstrasse 17,
an der Wallerbarstr.

Ein politischer Arbeiterkongress.

London, 18. Februar. (Fig. Ver.)

Etwa 240 Delegierte der dem Komitee für Arbeitervertretung angehörenden Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen versammeln sich morgen (Donnerstag, den 19. Februar) in Newcastle zu ihrem dritten Jahreskongress.

Das Komitee für Arbeitervertretung (Labour Representation Committee = L. R. C.) ist bekanntlich noch eine sehr junge Körperschaft. Es entstand am 27. Februar 1900, also vor kaum drei Jahren, infolge einer Resolution des Trades-Unions-Kongresses von Plymouth 1899, ein besonderes Komitee zu schaffen, das die Aufgabe haben sollte, die Arbeiter politisch zu organisieren.

Offenbar infolge der gewerkschaftsfeindlichen Richterurteile nahm das L. R. C. in den letzten Monaten einen beispiellos raschen Aufschwung. Es traten ihm eine große Zahl von Gewerkschaften bei, darunter 130 000 Textilarbeiter von Lancashire, so daß das Komitee gegenwärtig rund 870 000 Gewerkschaftsmitgliedern zählt.

Es ist selbstverständlich, daß das Wachsen des politisch-professionellen Bewußtseins nicht gleichen Schritt halten konnte. Diese ganze Bewegung ist überhaupt eine instinktive. Die Gewerkschaften fühlen, daß mit der wirtschaftlichen Organisation noch nicht alles getan sei. Sie wollen den Gang der gesetzgebenden Maschine beeinflussen. Aber auf welche Weise? Ueber diesen Punkt herrscht noch viel Unklarheit. Und es ist interessant zu sehen, was der unmittelbare Grund dieser Unklarheit ist. Die britischen Arbeiter gehen von der am nächsten liegenden Thatsache aus. Die ihnen am besten bekannte Organisationsform ist die Gewerkschaft. Diese fassen sie auch als eine politische Einheit auf. Sie wollen in erster Reihe ihren Gewerkschaftsgenossen helfen und nicht den Arbeitern als Klasse. Die Mechaniker, die Eisenbahner, die Driechträger u. a. stellen nicht einfach Arbeiterkandidaten auf, sondern die Vertreter ihrer speziellen Arbeitszweige. Da nun diese Arbeiter in keinem Wahlkreis so zahlreich vertreten sind, daß sie aus eigener Kraft siegen könnten, so meinen sie, daß sie die bereits bestehenden Partei-Organisationen — liberal oder konservativ — zu Hilfe nehmen müßten. Denn einfach Geld für Wahlen ausgeben, ohne auf Erfolg rechnen zu können, das wollen die Gewerkschaften nicht. Wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß eine einzige Wahl in England mindestens 10 000 £ kostet. Würden die Arbeiter die politische Agitation den Gewerkschaftskartellen überlassen, so wäre die Frage leichter zu lösen. Allein die Trades-Councils spielen eine untergeordnete Rolle. Sie sind oft nur das flinke Rad am Wagen.

Dieser Konflikt zwischen den Interessen der Gewerkschaft und der ganzen Arbeiterklasse ist ein Konflikt zwischen politischer Loslösung und politischer Abhängigkeit der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien. Das L. R. C. wird von 14 Ausschussmitgliedern geleitet. Davon sind acht für Unabhängigkeit. Wie mir heute von einigen Führern des Komitees gesagt wurde, wird die Mehrzahl der Delegierten in Newcastle für Unabhängigkeit, das heißt für den politischen Klassenkampf stimmen. Es kann dort zu einer Spaltung kommen. Der Kampf wird ausbrechen bei der Beratung des Antrags, dem Abgeordneten Mr. Richard Bell, dem Sekretär der Eisenbahner und Vorsitzender des L. R. C., ein Tadelvotum zu erteilen wegen seines Zusammengehens mit den Liberalen; ferner bei der Beratung der neuen Satzungen, von denen die zweite lautet: „Der Zweck des L. R. C. ist die Wahl von Kandidaten, die sich verpflichten, eine besondere Gruppe im Parlament zu bilden, mit eignen Einseitigern und einer eignen Politik.“ Von den eingelaufenen dreißig Resolutionen sprechen sich die meisten für strikte Unabhängigkeit aus. Ebenso charakteristisch sind die Schlusssätze des soeben veröffentlichten Jahresberichts:

„Die Beendigung des Krieges und die Zunahme der Arbeitslosigkeit geben der politischen Arbeiterbewegung eine Gelegenheit, die sie zu ihren Gunsten ausnützen könnte, wenn wir einig bleiben und wenn wir wissen, was wir wollen. Das Komitee blickt dem kommenden Jahre erwartungsvoll entgegen. Die Angriffe auf das Gewerkschaftswesen werden fortgesetzt; die Trusts dehnen ihre Macht aus; die Presse wird mehr und mehr das Mundstück des vereinigten Kapitals. Wir sind überzeugt, daß der Weg, den wir der organisierten Arbeiterklasse zeigen, der einzige ist, der mit Sicherheit betreten werden kann.“

Dieser vielversprechende Geist, der die Mehrheit des Komitees erfüllt, ist vielfach der unermüdbaren Tätigkeit des Abgeordneten Keir Hardie zu verdanken. Sein Wochenblatt „Labour Leader“ hat in den letzten Monaten eine gute prinzipielle Haltung gezeigt. Der Klassenkampf wurde mehr denn je betont, was auch von der sozialdemokratischen „Justice“ in lobenswerter Weise anerkannt wurde. Kein Wunder, daß die liberalen „Daily News“ in Keir Hardie einen gefährlichen sozialistischen Revolutionär erblickt. In ihrem Leitartikel vom 16. d. M. über den Kongress des L. R. C. schrieb sie: „Keir Hardie bemüht sich, den Abgeordneten Bell als einen Verräter aus der Arbeiterbewegung hinauszujagen. . . . Man darf nicht annehmen, daß Hardie ein Tory sei. Er haßt die Thesen der konservativen Regierung ebenso herzlich wie wir, aber je mehr die Tories sündigen, desto mehr ist er entschlossen, eine Regierung der Liberalen unmöglich zu machen. Aut Caesar, aut nullus — entweder der Carlton Club oder die Unabhängige Arbeiterpartei. Er will kein Kompromiß gestatten, und da seine Partei aus eigener Kraft nicht siegen kann, wird er zum Helfer der Tories. Er spielt ein abwartendes Spiel; er ist bereit, eine nationale Katastrophe zu riskieren, um den Sturz der ganzen gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen. Sein Ziel ist, eine liberale Regierung unmöglich zu machen. Dies schließt eine ununterbrochene Herrschaft der Tories ein. Er will, daß die Tories anscheinend werden; er will einen Toryismus ohne Maske und ohne Furcht vor einer Abrechnung. Er hält die Liberalen in Schach,

damit die Konservativen immer schamloser in der Reaktion werden und immer tiefer vom Seldje der Herrschaft trunken, bis sie betrunken in einen schweren Schlaf verfallen. Dann — glaubt er — werde die Zeit sein, sie rücksichtslos niederzuknüeten und die Fahne der Unabhängigen Arbeiterpartei siegreich auf den Wällen aufzuspflanzen. Sein Ziel ist nicht Reform, sondern die Revolution. Und dieses Ziel will er erreichen durch die Tories, die unser Leben in eine Krise hineintreiben, wo die Revolution unvermeidlich wird. Nach seiner Ansicht müssen Klassenherrschaft und Plünderung bis zu den äußersten Grenzen getrieben werden, ehe das englische Volk erwacht, um seine Rechte zu fordern und die bestehende Ordnung hinwegzujagen. Mit einem Worte, Hardie gestattet es sich, zeitweilig das Instrument der Tories zu werden, um am Ende das Instrument der Revolution sein zu können.“

Aus diesem Erguß spricht die grenzenlose Furcht, die der ganzen britischen Bourgeoisie in den Knochen sitzt. Man spricht hier nie von der sozialen Revolution, aber man denkt immer an sie. England wäre am reifsten für eine sozialistische Umwälzung, wenn nur die Arbeiter endlich den Klassenkampf organisieren wollten. Die Bourgeoisie würde dem Proletariat keinen Widerstand leisten können. Sie lebt nur noch von der politischen Unreife der Arbeiter. Wäge der dritte Jahreskongress des L. R. C. das politische Bewußtsein der britischen Arbeiterklasse fördern und kräftigen. Ein Erwachen des arbeitenden Großbritanniens würde den Anbruch des Vollerfrühlings bedeuten. —

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom Freitag, 20. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller.

Die zweite Lesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Prietze (natl.) schildert die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter als günstig, wünscht aber höhere Gehälter der unteren Beamten der Bergverwaltung.

Minister Müller bezeichnet die gegenwärtige Finanzlage als wenig geeignet zur Erfüllung solcher Wünsche.

Abg. Gostein (fr. Bg.): In Zeiten hoher Kohlenpreise seien die Löhne keineswegs in einem entsprechenden Verhältnis gestiegen, wie das Kohlenyndikat behauptet habe. Die Verunreinigungen müsse von den Berg- und Medizinalbehörden mit allen Mitteln unterdrückt werden. Bisher sei hier manches veräumt.

Minister Müller: Ich werde in neue, ernsthafte Prüfungen über die weitere Ausgestaltung der Wohlfahrts-Einrichtungen auf den fiskalischen Bergwerken eintreten. Aufsicht haben wir uns von den Privatbetrieben wohl nicht überflügeln lassen, wenngleich wir in dieser Beziehung nicht voll auf der Höhe stehen. Ich bin allerdings bei meiner oberflächlichen Reise aufs angenehmste überrascht worden durch die vortrefflichen Einrichtungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter, die ich in den privaten Betrieben gesehen habe.

Abg. Schmieding (natl.): Die Löhne der Bergarbeiter befinden sich in steigender Tendenz. Es scheint mir ganz ungerechtfertigt, daß man die jetzige Lage der Bergarbeiter ausbeutet, um bei dieser Gelegenheit andre Forderungen wie die der Arbeiter-Delegierten durchzudrücken.

Abg. Gamp (ff.): Von einer allgemeinen Intoleranz der Bergwerks-Besitzer gegenüber den Arbeitern kann keine Rede sein. Es mag ja vereinzelt vorkommen, daß einmal ein Unterbeamter einen Bergarbeiter unangemessen behandelt, aber man darf das doch nicht verallgemeinern.

Abg. Stödel (Centr.): Es liegt im Interesse der Bergwerksverwaltung, daß die Arbeiter gut behandelt werden. Es sind keineswegs immer die schlimmsten Arbeiter, die Klagen über unangemessene Behandlung erheben.

Abg. Dasbach (C.) bringt Beschwerden der Arbeiter der königlichen Bergwerksdirektion Saarbrücken über schlechte Behandlung seitens des Bergwerksdirektors zur Sprache. Ein Verlaß der Arbeiter-Vertrauensmänner, die Angelegenheit zu regeln, sei gescheitert, weil ihr Gesuch um Verhandlung über die Beschwerden in gemeinsamer Sitzung ohne Antwort blieb. Die Abhaltung einer Versammlung der Vertrauensmänner wurde vom Direktor untersagt, die Einkerker wurden als Friedensstörer bezeichnet. Das Verbot der Versammlung ist nicht gerechtfertigt, denn die Vertrauensmänner der Bergleute bleiben preukische Staatsbürger und haben das Recht, sich zu einer Versammlung zu vereinigen. Er bitte den Minister, einen Beamten nach dem Saarrevier zu schicken, der dort einmal eine gründliche Revision abhält und sich von den Arbeitern sagen läßt, was sie drückt. Die Arbeiter sind dort keine Sozialdemokraten, es sind gutgeschulte Arbeiter, sie mögen manche unberechtigte Wünsche haben, viele ihrer Beschwerden sind aber berechtigt.

Oberbergbauhauptmann v. Selsen erwidert, er kenne den Fall nicht, werde ihn aber untersuchen. Er glaube aber, die Sache liege tiefer. Seit dem Streik vor zehn Jahren herrsche ja Ruhe im Saarrevier. Er habe jedoch das unbestimmte Gefühl, daß da nächstens wieder einmal der Versuch gemacht werden soll, die Melodie anzustimmen: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ Sollte diese Melodie wirklich wieder anzustimmen versucht werden, so könne man es der Direktion nicht verdenken, wenn sie scharf antworte und, wenn nötig, fest zureife. (Beifall rechts.) Die Verwaltung sei weit entfernt, den Arbeitern das Koalitionsrecht verschänken zu wollen. Man habe den Arbeitern die Wahl von Vertrauensmännern gestattet, damit sie mit der Direktion zusammen beraten können. Vertrauen müsse aber mit Vertrauen belohnt werden, wenn die Vertrauensmänner nun eine Generalversammlung sämtlicher Vertrauensmänner einberufen, um zu beraten, wie sie ihren Einfluß und ihre Befugnisse erweitern könnten.

Personlich bemerkt

Abg. Dasbach (C.), daß sein ganzes Streben auf Verhütung der Gemüter gerichtet sei.

Leim Titel „Böhsfahrtszweck“ tritt

Abg. Bettscha (C.) entschieden für eine Reform des Knappschaffswesens ein.

Minister Müller erwidert, auch die Regierung gebe die Reformbedürftigkeit zu. Die Möglichkeit dazu hänge aber ab von dem Erlasse der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz. Die Novelle hat den Bundesrat passiert und wird voraussichtlich bald an den Reichstag kommen. Ich habe aber meinerseits einen berechtigten Zweifel, ob der Reichstag noch die Absicht hat — und die Zeit — eine derartige komplizierte Sache zu erledigen. Die Novelle zum Knappschaffsgesetz werden wir dem Landtag noch im nächsten Jahre vorlegen, wenn der Reichstag die Krankenversicherungs-Novelle rechtzeitig erledigt hat.

Abg. Hirsch (fr. Bg.) weist darauf hin, daß einzelne Knappschaffs-Lassen wegen Mangels an Mitteln aufgelöst seien und die ehemaligen Mitglieder dieser Klassen nur auf Armenunterstützung angewiesen seien. Diesen Leuten müsse bei der Reform zu ihrem Rechte verholfen werden, da sie doch jahrelang Beiträge gezahlt hätten.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (1. Gesetzentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises Gelsenkirchen. 2. Gesetzentwurf betr. die Schaffung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahn-Verwaltung. 3. Zweite Lesung des Eisenbahn-Etats.)

Schluß 3/4 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Wir machen auf die am Montag, den 23. Februar stattfindende Volksversammlung in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, aufmerksam, in derselben wird Genosse Mollenbuh über das Thema referieren: „Womit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen Arbeiterstimmen gefangen werden?“ Jeder Parteigenosse muß zur Stelle sein. Der Vorstand.

Die Gründung eines Wahlvereins für Friedenau soll dort in der am Dienstag, 24. Februar, abends 8 Uhr bei Grube, Kaiser-Allee, Ecke Stubenrauchstraße, stattfindenden Volksversammlung erfolgen. Wegen der wichtigen Tagesordnung, als Statutenberatung, Vorstandswahl und Lokalfrage, ist es Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen. Das Komitee zur Gründung eines Wahlvereins für Friedenau: P. Schmidt, Königsbergstr. 14; Max Flieg, Rheinstr. 21; G. Bernsee, Kirchstr. 15.

Lokales.

Das Armenwesen im Stadthaushalts-Etat für 1903.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde bei der Generaldebatte über den Entwurf des Stadthaushalts-Etats für 1903 von einem Redner des Freisinn hervorgehoben, daß der Armen-Etat „ortgesetzt gestiegen sei und auch diesmal wieder eine beträchtliche Erhöhung erfahren habe. Sollte daraus der Schluß gezogen werden, daß die Stadt Berlin mit ihrer Fürsorge für die Armen nicht lerge? Thatsächlich bleibt unsre städtische Verwaltung mit den Aufwendungen, die sie für das Armenwesen macht, leider noch weit hinter dem Bedürfnis zurück. Im übrigen ist ja das, was man so unter kommunaler Armenpflege versteht, nur ein flüchtiger Rotbehelf für eine weitblickende, auf Förderung der Bevölkerungswohlfahrt abzielende Sozialpolitik der Kommune. Wenn Berlin beispielsweise mehr für das öffentliche Gesundheitswesen thäte, wenn die Gemeinde die Verbesserung des Wohnungswezens in die Hand nähme, wenn zugleich darauf Bedacht genommen würde, daß in Zeiten des Arbeitsmangels wenigstens die Stadtverwaltung nach Kräften für Arbeitsgelegenheit sorgt, dann würde so mancher unserer Mitbürger vor Not und Verarmung bewahrt bleiben.“

Diesmal sollen für das gesamte Armenwesen 13 642 660 M. ausgegeben werden (697 216 M. mehr als 1902). Die Einnahme ist auf 1 552 300 M. veranschlagt (155 226 M. mehr), der erforderlich werdende Zuschuß auf 12 090 360 M. (541 900 M. mehr). Die Armenverwaltung braucht für den ihr zugewiesenen Teil der Armenpflege nach Special-Etat 20 allein 10 068 000 M. (gegen das Vorjahr 8 573 300 M. mehr), wovon 804 500 M. (87 500 M. mehr) durch Einnahmen, meist aus Unterstützungsverstärkungen, und 9 263 500 M. (849 800 M. mehr) durch Zuschuß aufgebracht werden sollen. Aus diesen Beträgen werden namentlich die Almosen und Pflegegelder sowie die Extra-Unterstützungen gezahlt, zusammen 8 002 000 M. (380 000 M. mehr als 1902). Zu den hier angeführten Ausgabeerhöhungen sagt der Statentwurf: „Durch die anhaltend ungünstige wirtschaftliche Lage wird der Specialetat 20 vorzugsweise betroffen; die Folgen treten namentlich bei den Ausgaben für einmalige und besondere Unterstützungen sowie den Erstattungen nach auswärts in die Erscheinung.“ Diese offizielle Konstatierung des von unsrem Stadtfreisinn bei andren Gelegenheiten so oft abgelesneten Notstandes leitet im Etat 20 noch an mehreren Stellen wieder. Sie hat indes den Magistrat nicht abgehalten, beim Bau-Etat fräftige Streichungen vorzunehmen und dadurch zu weiterer Verminderung der Arbeitsgelegenheit beizutragen. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung will bekanntlich diesem Beispiel folgen und noch weiter streichen.

Auch die Anstalten für Armenpflege erfordern wieder mehr. Angeseht sind für die Sichenanstalten 821 700 M. Ausgabe (21 700 M. mehr), 108 740 Einnahme (5440 M. mehr), 712 960 M. Zuschuß (16 260 M. mehr), für das Obdach 482 500 M. Ausgabe (12 800 M. mehr), 54 500 M. Einnahme (11 463 M. mehr), 428 000 M. Zuschuß (2342 M. mehr), für das Arbeitshaus 663 300 M. Ausgabe (97 856 M. mehr), 219 000 M. Einnahme (29 983 M. mehr), 443 700 M. Zuschuß (67 873 M. mehr). Als tägliche Durchschnittsfrequenz erwartet der Statentwurf für das Familienobdach 400 (100 weniger als der Etat 1902), für das nächtliche Obdach die gewaltige Zahl von 2000 (1000 mehr!), ferner für das Arbeitshaus 2400 (550 mehr!). Man kennt im Magistrat die ganze Größe des herrschenden Notstandes, aber zu wirklicher Welampfung wird nichts gethan. Am Bau-Etat wird, wie gesagt, tapfer gestrichen — wer dann keine Arbeit findet, mag ins Obdach gehen und im Arbeitshaus enden. Das ist die Sozialpolitik des kommunalfreisinn!

Die Waisenpflege, d. h. die Fürsorge für verwaltete oder sonst hilflose sowie für verwaistete Kinder, steht im Etat mit 1 607 160 M. Ausgabe (178 465 M. mehr), 364 960 M. Einnahme (70 840 M. mehr), 1 242 200 M. Zuschuß (105 625 M. mehr). Hier sind gleichfalls wieder höhere Frequenzen angenommen. Mit Recht; denn die Erfahrung früherer Jahre hat gezeigt, daß in Zeiten der Not stets auch die Waisenpflege mehr als sonst in Anspruch genommen wird.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats

verhandelte in ihrer letzten Sitzung über einen Antrag verschiedener Vereinigungen von Handlungsgehilfen betreffend die Einführung völliger Sonntagsruhe für die Angestellten in Fabrik-, Engros-, Spedition- und Kantgeschäft für den Stadtkreis Berlin.

Der Referent, Stadtrat Dr. Weigert, nahm dem Antrage gegenüber eine ablehnende Stellung ein, indem er sich dabei auf die Gutachten der Kaufmannschaft bezog, der Handelskammer folgte. In etwa zwei Dritteln der betreffenden Geschäfte würde jetzt schon an den Sonntagen nicht mehr gearbeitet; wo die Sonntagsarbeit noch nicht ganz abgeschafft sei, beschränke sie sich auf nur etwa 2 bis 3 Stunden. Es gäbe Firmen, welche die Sonntagsruhe nicht völlig entbehren könnten, besonders solche, die in übersichtlichen Handelserkehr ständen. Hier gelte es oft, eingegangene dringende Depeschen Sonntags zu erledigen, wenn nicht schlimme Schädigungen der betreffenden Firma eintreten sollen. Nicht durch Zwangsbestimmungen solle man das, was Sitte und Gewohnheit geworden sei, zu besitzigen suchen.

Der Korreferent, Stadtverordneter Borgmann, trat für den Antrag der Handlungsgehilfen ein. Die Sonntagsarbeit betrachte er nicht als „Sitte und Gewohnheit“, hier gelte es vielmehr, eine arge Unsitte aus der Welt zu schaffen, welche man in Berlin schon längst hätte beseitigen sollen. Leipzig und Nürnberg seien uns in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangegangen, indem dort die Sonntagsruhe im Sinne der Antragsteller mit gutem Erfolge längst zur Einführung gekommen sei. Reichweite Berlin denselben Weg, so werde dies vorbildlich für eine ganze Reihe anderer Städte sein.

Stadtverordneter Haas äußerte sich in ähnlichem Sinne. Wenn der gute Wille auch bei den Interessenten vorhanden sei, würde die Einführung der Sonntagsruhe sich leichter durchführen lassen, als jetzt von den Gegnern derselben behauptet werde. Ausnahmsbestimmungen würden jedoch kaum zu umgehen sein. In Speditionsgeschäften z. B. werde man die Sonntagsarbeit nicht ganz entbehren können.

Nachdem noch mehrere Redner sich an der Diskussion beteiligt hatten, beschloß die Deputation gegen 4 Stimmen, dem Magistrat zu ersuchen, dem Antrage der Handlungsgehilfen entsprechend, ortshaltende Bestimmungen zu treffen, mit der Maßgabe, daß als notwendig sich erweisende Ausnahmen zugelassen werden.

Ein Antrag der Fleischer-Zunft, über den Magistrats-Affessor Alberti referierte, forderte die Ergänzung der Zustimmung ihres Ausschusses zu einem Zunftbeschluss auf zeitweilige Ausschließung von Gesellen aus dem Arbeitsnachweis der Zunft. Nach den Ausführungen des Referenten sei es vorgekommen, daß Fleischer-Gesellen, statt die ihnen vom Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeit anzunehmen, den ihnen übergebenen Nachweiszettel an andere arbeitslose Kollegen weiterzugeben bzw. verkauft haben. Die Zunft behauptet, daß sich arbeitslose gefunden hätten, die bis 10 Mark für solchen Zettel gezahlt haben. Diesen Uebelstand will nun die Zunft dadurch beseitigen, indem sie beschließen hat, daß Gesellen, welche den ihnen übergebenen Arbeitsnachweiszettel an andere abtreten bzw. verkaufen, auf die Dauer von 3 Monaten von der Benutzung des Arbeitsnachweises der Zunft ausgeschlossen werden sollen. Der Ausschuss hat sich geteilt, diesem Zunftbeschluss zuzustimmen. Diese Zustimmung soll nun auf Antrag der Zunft von der Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbehörde ergänzt werden. Wie der Referent anführte, sei der Ausschuss-Ausschuss bereit gewesen, einer Ausschließung auf die Dauer von 6 Wochen zuzustimmen, womit aber die Zunft nicht zufrieden war.

Der Antrag der Zunft fand in der Gewerbe-Deputation lebhaften Widerspruch. Fast allseitig wurde die Ausschließung von Gesellen auf 3 Monate als eine zu harte Strafe bezeichnet. Nicht jeder, so wurde ausgeführt, hätte sich wohl 10 Mark für einen von ihm nicht benutzten Arbeitsnachweiszettel zahlen lassen. Die meisten hätten sich wohl nur die selbst an die Zunft gezahlten Gebühren wieder erstatten lassen, wenn sie den betreffenden Zettel an andere Kollegen weitergeben. Letzteres sei ja an und für sich nicht zu verurteilen. Richtiger wäre es, wenn solche Zettel, welche von dem für welchen sie ausgestellt wurden, nicht benutzt werden, wieder an den Arbeitsnachweis zurückgegeben würden, gegen Widerstattung der dafür gezahlten Gebühren. Die Eingabe der Zunft sei so mangelhaft abgefaßt, so wurde mehrfach hervorgehoben, daß es schwer sei, sich ein klares Bild zu machen. Es sei daher notwendig, vor der Beschlußfassung weitere Nachreden zu veranstalten.

Unsre Genossen, Stadtverordnete Pasner und Borgmann und Bürger-Deputierter Tuhauer, bekämpften den Antrag der Zunft ganz energisch. Ersterer wunderte sich, daß der Ausschuss sich mit einer Ausschließung der betreffenden Gesellen auf die Dauer von 6 Wochen einverstanden erklärt haben soll. Auch diese Frist sei, wenn man eine Ausschließung überhaupt gutheißen könnte, noch eine viel zu lange.

Borgmann und Tuhauer halten es für verkehrt, die Gesellen, und gar wie die Zunft will, nur diese allein zu bestrafen. Eine viel größere Schuld treffe die Schlichtermeister selbst. Auf den Arbeitsnachweiszetteln sei doch jedenfalls der Name des dem Meister ausgeschickten Gesellen angegeben. Wenn die Meister hierauf keine Rücksicht nehmen, sondern jeden beliebigen Vorzeiger eines solchen Zettels einstellen, so haben sie allein es zu verantworten, wenn mit diesen Zetteln Schaden getrieben wird. Wenn man es für richtig halte, hierfür Strafen einzuführen, so hätten die Meister, welche durch ihr Verhalten solche Zustände geradezu herbeiführen, die Strafe verdient, da sie als die Hauptschuldigen zu betrachten seien. Wenn von Mißbrauch des Arbeitsnachweises und der Arbeitsnachweiszettel gesprochen worden sei, so befände sich dieser „Mißbrauch“ auf Seiten der betreffenden Meister.

Die Gewerbe-Deputation beschloß hierauf, die Beschlußfassung über den Antrag der Zunft auszusetzen und weitere Auskunft von der Zunft einzufordern. Sache der Gesellen würde es nun sein, auch ihre Ansicht der Gewerbe-Deputation wissen zu lassen.

Erweiterung der Aufgaben der städtischen Webeschule. Der Magistrat hat in seiner Sitzung am Freitag auf Antrag der Deputation für das Fachschulwesen beschlossen, eine Abänderung des § 10 der Satzungen für die städtische Webeschule eintreten zu lassen, die zugleich eine Erweiterung der Aufgaben der Schule bezweckt. Es soll gleichzeitig Unterricht für die Konfektionsbranche eingerichtet werden. In Zukunft würde sich die Ausbildung erstrecken auf: auf Konfektion für Engros-, Versand- und Konfektions-Geschäfte. Sie sollen vielseitig unterrichtet werden in der Herstellung aller Waren und Artikel, die in Berlin für diese Branchen von Wert sind; ferner Musterzeichnen, die mit dem Entwurf von Mustern für die Stoff- und Konfektionsbranche vertraut zu machen sind. 3. Arbeitspersonal für die Wäsche- und Kleider- sowie Mäntel- und Besatz-Konfektion, für die Posamentiererei und Stiderei. 4. Arbeitskräfte für die von der Stofffabrikation noch übrig gebliebene Stiderei.

Dagegen soll fortfallen der Fabrikanten-Kursus, weil für die Fabrikanten genügend Gelegenheit durch die Textil-Fachschulen gegeben sei, sich zu unterrichten. Unberührt von dieser neuen Organisation bleibt der Unterricht der Abend- und Sonntagsschüler. Für diese soll nach wie vor Gelegenheit gegeben werden, sich in allen Zweigen zu unterrichten, die für Angestellte in Berlin von Nutzen sind.

Mit der Aufstellung und Einrichtung von Baracken in verschiedenen Berliner Krankenanstalten dürfte, um den Mangel an Freibetten abzuheben, in der allernächsten Zeit begonnen werden.

Vertrag hat der Magistrat den Antrag der städtischen Verkehrsdeputation, eine städtische Straßenbahn vom Falkenplatz durch die Weierburger-, Elbinger-, Danzigerstraße und weiter durch die Bernauerstraße nach dem Sietziner Bahnhof und von dort mit einer Abzweigung nach dem Wedding Ringbahnhof zu bauen und in eigener Regie zu betreiben. Es sollen noch weitere Unterlagen, Rentabilitätsberechnungen usw. bis zur endgültigen Beschlußfassung über die Pläne beigebracht werden.

Ein braver Kampfgenosse ist in dem Klavierarbeiter Wilhelm Schmidt dahingeshieden. Schmidt, unter den Genossen des sechsten Kreises allgemein unter dem Namen „Leufelschmidt“ bekannt, gehörte zu denjenigen Genossen, die weniger öffentlich hervortreten, aber desto eifriger im Stillen ihre ganze Kraft in der selbstlosesten und aufopferndsten Weise dem proletarischen Massenkampf widmen. Längere Zeit gehörte Schmidt der Agitationskommission der Provinz Brandenburg an, auf welchem Posten er in seiner Weise für die Ausbreitung unserer Ideen propagandistisch thätig war.

Die Beerdigung findet Sonntagmorgens 2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofs der Freireligiösen Gemeinde — Pappel-Allee — aus statt.

Die Erzählungen von sozialdemokratischem Terrorismus, welche der konservative Renommier-Arbeiter Graveur Kluge neulich in der Versammlung im zweiten Wahlkreis vorbrachte, werden von der „konservativen Korrespondenz“ als schmachhaftes Futter für die reaktionäre Presse verbreitet. Ob an diesen Erzählungen etwas Wahres ist, das weiß die „konservative Korrespondenz“ natürlich nicht, und da Herr Kluge es wohlweislich vermied, anzugeben, wann und wo er die von ihm zum besten gegebenen Abenteuer mit Sozialdemokraten erlebt hat, so sind auch wir nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob seine Erzählungen reine Phantasiegebilde sind, oder ob sie vielleicht ein Körnchen Wahrheit in sich schließen, welches in der Einbildung des Erzählers zum üppigen Baume emporgehoben ist. Es kennzeichnet die Gespenstlichkeit der konservativen Presse, wenn sie unbewiesene Behauptungen, sofern dieselben sich gegen die Sozialdemokratie richten, mit Behagen verbreitet.

„Fliegende Zauberlinsler.“ Im Laufe der Jahre sind mehrere typische Straßenszenen Berlins, wie beispielsweise der „fliegende Buchhändler“, mehr und mehr verschwunden. Die Neuzeit jedoch hat mit dem Wachstum der Großstadt neue Straßenszenen geschaffen, von denen viele ebenfalls des originellen Charakters nicht entbehren. Zu diesen zählen auch neuerdings die „fliegenden Zauberlinsler“. An den frequentesten Straßenecken Berlins pflegen sie zu meist in den Mittagsstunden bei einem mit einer Holzplatte überdeckten kleinen Wagen ihre Kunst zu zeigen und das Publikum dadurch zum Kauf der ausgelegten „Zauberapparate“ zu veranlassen. Am „beschränkten“ sind tiefengroße Würfel mit tief-schwarzem Grunde. Der

„Straßenlinsler“ zeigt den herbeigeströmten Leuten den „Zauberwürfel“, läßt ihn verschwinden und bringt denselben unter allgemeiner Spannung schließlich aus irgend einem Out der Umfliegenden ans Tageslicht. Ein anderer „fliegender Zauberlinsler“ macht wieder mit seinem „Zauberstab“ recht nette Geschäfte. Das Ding ist ebenfalls von mystischer Schwärze. Der „Linsler“ fährt damit unter dem Hut, hinter den Ohren, im Haar, auf der Brust u. d. d. d. draußen Angekommene heranzu und holt überall immer — Goldstücke zum Ergötzen der Zuschauer hervor. Alle diese amüsanten Scharfächer sind zahlreich Liebhaber, denn sie kosten durchschnittlich nur 10 Pf.

Fernsprecher-Statistik. Während des Jahres 1901 sind innerhalb des Reichs-Telegraphengebietes über mehr als 757 1/2 Millionen Gespräche durch den Fernsprecher geführt worden. Die von außerhalb des Reichs-Telegraphengebietes veranlaßten Gespräche sind hierbei nicht in Berechnung gezogen. Täglich wird der Fernsprecher im Reichsgebiete 2086171 mal in Anspruch genommen. Auf jede Anschlußleitung entfallen täglich 7,9 Gespräche. Die Benutzung der Fernsprecher-Einrichtung ist natürlich in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Am lebhaftesten ist sie in den Ober-Postdirektionsbezirken Breslau und Hamburg mit 11,6 Gesprächen auf die Leitung. Nahezu ebenso viel nämlich 11,2 Gespräche, werden im Bezirk Frankfurt a. M. geführt. Es folgt der Kölner Bezirk mit 9,6 Gesprächen und dann erst Berlin mit 9,5, alle übrigen Bezirke nehmen den Fernsprecher weniger in Anspruch. So werden im Bezirk Dresden 8,2, Magdeburg 8,5, Chemnitz 8,4, Leipzig 8,6 Gespräche täglich geführt. Am wenigsten werden die einzelnen Fernsprechanschlüsse im Ober-Postdirektionsbezirk Weh beansprucht, wo nur 2,4 Gespräche täglich geführt werden. Von den Städten mit den größten Fernsprechnetzen führt natürlich Berlin die meisten Gespräche, 381751 täglich. An zweiter Stelle steht Hamburg mit 223115 täglichen Gesprächen, es folgen Frankfurt a. M. mit 108380, Köln mit 88275 und Leipzig mit 58931 Gesprächen auf den Tag. Zur Vermittlung dieser Anzahl von Gesprächen sind 8981 Beamte männlichen und weiblichen Geschlechts erforderlich. Der Ober-Postdirektionsbezirk Berlin erfordert allein 1919 Personen, Hamburg 770, Dresden 437, Leipzig 285, Breslau 227 usw.

Unschuldig verhaftet. In unsrer Nummer vom 12. Februar berichteten wir über den in einem Warenhaus zu Neuruppin verübten Einbruchsdiebstahl, dessen Täter hier in Berlin verhaftet seien. Leider hat auch ein Unschuldiger aus Anlaß dieses Falles schwer büßen müssen. Ein früher in dem Warenhaus angeestellt gewesener Schneider K. geriet, obgleich er völlig unbescholten ist, in Verhaft und wurde in seiner Wohnung in der Hochmeisterstraße am Mittwoch voriger Woche von zwei Kriminalbeamten festgenommen. Zum Unglück wollte ein Drohnenfischer, dem K. gegenübergestellt wurde, diesen als einen der Leute, die sich durch den Transport der gestohlenen Sachen verdächtig machten, wiederkennen haben, und so kam es, daß K. bis zum Donnerstag dieser Woche in Haft gehalten wurde. Erst dann wurde er ohne alle Formlichkeit aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit entlassen. Leider giebt es dank unsrer rückständigen Gesetzgebung keine Möglichkeit, den unschuldig verhafteten Mann für die schweren Verluste, die ihm und seiner Familie durch die Untersuchungshaft erwachsen sind, schadlos zu halten. Die Schädigung trifft Herrn K. noch besonders schwer, weil er herzleidend ist; er ist infolge der ihm widerfahrenen Seelenqualen so schwer mitgenommen, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Eine Bente von 1200 Mark machte gestern ein Taschendieb, welcher an der städtischen Pfandkammer zu „arbeiten“ pflegt. Die Handelsfrau Albenauer aus Charlottenburg, welche häufig die städtische Pfandkammer besucht, um für ihr Erdbelegeschäft bei Zwangsversteigerungen Erwerbungen zu machen, befand sich auch gestern dort und nahm aus ihrem Portemonnaie, in welchem sich 1200 Mark in Banknoten und Gold befanden, ein Zwanzigmarsstück, um eine Zahlung für einen eben erworbenen Gegenstand zu leisten. Frau A. steckte dann die Geldtasche der Bequemlichkeit halber in ihren Pompadour, ein Vorgang, der von einem Taschendiebe vernünftlich beobachtet wurde. Mit einem geschickten Griff öffnete der Dieb den Pompadour und nahm das wertvolle Portemonnaie an sich, ohne daß Frau A. in dem lebhaften Gedränge, welches in dem Versteigerungssaal herrschte, hiervon etwas bemerkte. Die Handelsfrau entdeckte nach etwa 5 Minuten den Diebstahl, doch war der Verbrecher mit seiner Bente bereits verschwunden.

Die Taschendiebe scheinen übrigens eine ganz besondere Thätigkeit in der Pfandkammer zu entwickeln, denn schon vor einiger Zeit wurde einer Handelsfrau dortselbst ein Portemonnaie mit 400 M. Inhalt gestohlen. Vergestern beobachtete ein Handelsmann einen solchen Langfinger, wie er die Jalousie einer Besucherin der Auktionshalle einer Unternehmung unterwarf. Verwunderungswürdig ließ der Mann den Dieb ruhig „arbeiten“, ohne dessen Festnahme zu veranlassen, weil ihm, wie der Händler selbst erklärte, die Sache nichts angehe. Bei der großen Zahl von Spitzbuben, Neppern und andern Verbrechern, die sich täglich in der Pfandkammer einfänden, erdient eine ständige kriminalpolizeiliche Hebermasse dringend erforderlich.

Der gewohnte Jahreseinkbruch, den Diebe bisher stets im Februar in die chirurgische Fabrik von Engmann, Charitéstr. 4, ausführten, sollte in der letzten Nacht mit Erfolg wiederholt werden. Seit mehreren Jahren hatten die Langfinger dort stets größere Beträge erbeutet und glaubten schon, ein gewisses Recht auf den jährlichen Tribut zu besitzen. Als sie nun vor etwa 14 Tagen bei dem Abbruch die Erfahrung machen mußten, daß der Fabrikhaber die Kasse in seine Wohnung mitgenommen hatte, schwuren sie ihm Rache. In der Ueberzeugung, daß die Geldbestände wieder in altgewohnter Weise im Geschäft verblieben seien, machten sie sich an die Arbeit. Die Gastwirtin Frau Wusch aus dem Reichenhause sah gestern in der frühen Morgenstunde einen verdächtigen Mann dem Hause gegenüber auf und abgehen und erfuhr von einem Wäckerjungen, daß zwei Männer das Haus mit einem Dietrich geöffnet hätten und hineingegangen wären. Während die Frau auf die Badware achtete, holte der Junge zwei Schuttmänner. Inzwischen hatte der Schmierlester das Haus ebenfalls betreten und hinter sich verschlossen. Der Wäckerjunge öffnete, und man holte den Kupfer aus dem Abort. Die beiden Spiegelfellen waren über eine Mauer nach einem Grundstück der Karlstraße entkommen. Gleich darauf wurde aber der eine von dem Wäckerjungen auf der Straße erkannt und gleichfalls ergriffen. Dem dritten ist die Flucht geglückt.

Das tragische Geschick eines jungen Mädchens beschäftigte gestern in einer Privatbeleidigungssache das Schöffengericht des Landgerichts I. Die 21jährige Verkäuferin Emilie L. war in einem Buttergeschäft angestellt gewesen. Sie hatte ein Liebesverhältnis mit einem Schauspieler W., der die L. beschuldigte, mit einem Kunden des Geschäfts, dem Beamten V., ebenfalls zu verkehren. W. schrieb in diesem Sinne einen Brief an L., der ebenso wie das Mädchen den schwereren Vorwurf als unehrenhaft zurückwies. Die Verkäuferin suchte und fand in ihrer Verzweiflung den Tod in den Wellen der Spree, während der Beamte eine Beleidigungssache gegen W. anstrengte. In dem gestern stattgehabten Termine wurde der Schauspieler zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Der tödliche Abbruch eines Kindes aus dem vierten Stockwerk des Hinterhauses Wasmannstr. 33 hat sich gestern ereignet. Die dort wohnende Frau Marquardt war, um Einkäufe zu besorgen, fortgegangen und hatte nach alter Angewohnheit die Thür abgeschlossen. Der keine fünfjährige Sohn stieg zum Zeitvertreib auf das Fensterbrett, öffnete das Fenster und bebot hierbei das Gleichgewicht. Zappeln und laut schreiend hielt sich das Kind noch eine kurze Zeit am Fensterrahmen fest. Die Hausbewohner liefen zwar auf das Geschrei zusammen, kamen aber nicht auf den Gedanken, Betteln und dergleichen herbeizuschaffen, und als der Kleine dann die Kraft verlor, sich weiter am Fensterrahmen festzuhalten und auf den Hof hinunterstürzte, erlitt er einen Schädelbruch und war sofort eine Leiche.

Jungen gesucht. Diejenigen, welche gesehen haben, daß am 29. Januar, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr vor dem Hause

Langestr. 92 ein Knabe von 8 Jahren überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an H. Raabe, Langestr. 92, abzugeben.

Selbstmord eines Berliner Schuhmanns. Heute vormittag fanden Kirchhofsarbeiter auf dem Neuen Luizen-Kirchhofe auf Westend-Charlottenburg einen etwa 45 Jahre alten, mit schwarzem Mantel und Schlapphut bekleideten Herrn neben einem Grabe sitzend tot vor. Er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe gejagt. Der Revolver lag neben ihm. Bald darauf erschien ein 16-jähriger junger Mann und erkannte in dem Toten seinen Vater, der in Berlin Schuhmann und in der Chausseestraße stationiert ist. Der Tote stand 25 Jahre im Dienst. Er war verheiratet und Vater von drei Kindern. In seine Familie hatte er einen Brief geschrieben, in dem er Abschied nahm und erklärte, daß er die Absicht habe, sich am Grabe seiner Mutter zu erschlagen. Die Leiche ist nach dem Charlottenburger Schauhause gebracht.

Verhaftet und wieder freigelassen wurde der aus dem Prozeß des Grafen Egloffstein bekannte Geldagent Henry Schachtel. Seine Verhaftung erfolgte in der Reineckstr. 8 belegenen Wohnung des Barons George de Crano auf Veranlassung des Bureauvorsehers Geisler, der als Generalbevollmächtigter des Barons dessen Schuldenregulierung in die Hand genommen hatte. Schachtel hatte mit G. Verhandlungen angeknüpft, um dem Baron ein Geschäft, bestehend in dem Ankauf einer Sahnitzer Villa, vorzuschlagen. Im Verlauf der Unterredung ließ Geisler die Schönberger Kriminalpolizei davon benachrichtigen, daß sich in der Wohnung des Cranos ein Mann befinde, der dringend verdächtig sei, den Baron mehrfach widerrechtlich überverteilt zu haben. Das zuständige Polizeirevier ließ durch einen Kriminalschuttmann den Schachtel festnehmen; im Laufe des nun folgenden Verhörs, das in der Polizeidirektion geführt wurde, ergab es sich, daß irgend welche Gründe zu einer Verhaftung nicht vorliegen. Schachtel wurde demzufolge heute vormittag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Feuerbericht. Zu der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach der Königsgraberstraße 85a gerufen, wo in einer Wohnung Wäschestücke und Möbel in Brand geraten waren. Gegen 10 Uhr mußte in der Franzstraße 8 ein Feuer beseitigt werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Reherstraße 15 war kurz darauf in einer Küche ein Brand ausgebrochen, der in der Hauptsache Küchenschränke beschädigte. Ein ähnlicher Brand beschäftigte die Wehr in der Dragonerstraße 10. Eine Stunde später hatten in der Krautstraße 17 Portieren und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Reherstraße 16 ein Balkenlagerbrand beseitigt werden mußte. Gegen Mitternacht wurde die Wehr nach der Steinmeißstraße 12 gerufen. Hier war im linken Seitensattel in einem Zimmer ein Brand entstanden, der in kurzer Zeit Möbel, Kleidungsstücke, Decken u. ersah hatte. Bei den Lösungsversuchen trug der Wohnungsinhaber Paul Siegard Verwundungen an den Händen und im Gesicht davon, die ihm von den Samaritern der Wehr verbunden wurden. Die Wehr konnte die Flammen bald ersticken. Mannschaften, die außerdem in den letzten 24 Stunden noch nach der Auguststraße und nach der Köpenickerstraße 8 erfolgten, waren auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Ein Kostümfest „Abschied von der Schönholzer Heide“ veranstaltete der Wahlverein Pankow heute abend in den Fürstensälen zu Pankow, Berlinstraße. Wir machen die Parteigenossen der nördlichen Vororte besonders auf dies Fest aufmerksam.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schmargendorf wird uns zu der Angelegenheit des Kirchhofs-Grundstücks gemeldet, daß der eingesetzten Untersuchungskommission die Kaufakten nicht vorgelegt werden können. Die Akten sind nämlich vor kurzem infolge einer Beschwerde hiesiger Einwohner vom Landratsamt zur Prüfung eingefordert worden. Die inzwischen erfolgte Einsicht in das Grundbuch hat ergeben, daß das Grundstück sofort nach dem Ankaufbeschlusse der Gemeindevertretung von Herrn Brud erworben und dann an die Gemeinde weiter verkauft worden ist. Die Prüfung des Steuermanuals ergab aber, daß eine Umsatzsteuer nicht gezahlt wurde. Hier scheint die mißbräuchliche Ausnutzung eines geheimen Beschlusses der Gemeindevertreter vorzuliegen. Es besteht die Absicht, diese Angelegenheit in Verbindung mit der Amtsanfostenfrage des Gemeindevorstehers der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten. In letzterer Sache hat eine gutbesuchte Vollversammlung Bureau beauftragt, weitere Beschwerde beim Oberpräsidenten einzubringen. Die Beurteilung des Falles durch den Regierungspräsidenten, der das Vorgehen des Gemeindevorstehers mißbilligte, wurde als zu milde erachtet.

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: In der letzten Stadtverordneten-Sitzung brachte bei der Beratung des Feuerlösch-Etats unser Parteigenosse Käter verschiedene Mißstände zur Sprache, die, wie stets bei solchen Gelegenheiten, einfach in Worte gestellt wurden. So rügte Käter u. a., daß ein Feuerwehmann, der den Hof reinigte und dabei angeblich nicht sauber genug verfuhr, zu 72 Stunden Arrest „wegen Widersetzlichkeit“ verurteilt worden sei. Natürlich ging der extra an den Magistratsrat beorderte Brandinspektor Käter um den Fall selbst herum, obgleich er die Wichtigkeit der verhängten Strafe zugeben mußte. Trotzdem erklärten mehrere Mäler das von unsrem Genossen Vorgebrachte als „glänzend widerlegt“. Ebenso wurde von ihm die unredliche Verkürzung der freien Dienstzeit der Feuerwehrlente gerügt. Sie müssen während ihrer freien Zeit die Kontrolle der Privatmelder ausüben, was der Brandinspektor als „einen Spaziergang für die betreffenden Feuerwehrlente“ bezeichnete. Natürlich geschieht dies nur auf Kosten der unsre schon kurzen Ruhepausen. Als ein Entgegenkommen gegen unsre Hausbesitzer muß es bezeichnet werden, daß es den Feuerwehrlenten absolut verboten ist, außerhalb Schönebergs zu wohnen.

Neu-Weißensee. Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Jahresrechnung für 1901. Sie schließt mit einer Einnahme von 793 004,21 M. und einer Ausgabe von 763 939,80 M. ab, so daß ein Bestand von 29 064,41 M. verbleibt. Dieser Bestand infolge der Resteinnahme vom Jahre 1900 im Betrage von 5597,53 M. wurde wie folgt abgeführt: An den Reservefonds für die Kanalisation und Wasserleitung mit 2834,34 M., an den Schulhausbaufonds 20 000 M., an den Schuldentilgungsfonds 5000 M., an den Reservefonds der Gemeindeverwaltung 7027,60 M. — Durch ein Schreiben des Landrats wurde bekannt gegeben, daß eine Stadterweiterung von Neu-Weißensee nicht in Frage kommen könne, bevor die Eingemeindung von Alt-Weißensee erfolgt sei. Ebenso wurde vom Landrat beantwortet, einen besoldeten Schöffen anzustellen. Von allen Seiten wurde die Ueberlastung des Gemeindevorstehers anerkannt, jedoch wurde mit 13 gegen 7 Stimmen beschlossen, die weitere Erörterung dieser Frage auf ein Jahr zu vertagen. In den Kosten des Erweiterungsbauwerkes der alten Kirche soll die Gemeinde nach dem betrübten Gesetze von 1873 egefortlich verpflichtet werden, noch die Summe von 2139,98 M. zu zahlen; der Betrag wurde unter Vorbehalt bewilligt. — Einen gar komischen Abschluß fand die Frage des Umbaus auf der Pumpstation zur Herstellung eines Kanalisationsbureaus. Den Kanalisations- und Wasserwerken stehen zwei Kuratoren vor, von denen der eine das schlechte heißt, was der andre auszuführen gedenkt. Bei diesem Punkte kam gegenseitig der Jörn zum Ausbruch, wobei zum Schluß der eine der Kampfhähne das Feld räumte. Die lachenden Dritten sind unsre Genossen, denn sie haben so manches gehört, was nicht für ihre Ohren bestimmt war. Nachdem die Aufregung durch das Eingreifen unsrer Genossen Schlichter sich gelegt hatte, wurde die Vorlage angenommen. — Die Errichtung von Bedürfnisanstalten stand wiederum auf der Tagesordnung, nachdem die vorige Sitzung beschlossen hatte, nochmals eine Kommission mit der Sache zu betrauen, und in besonderer Zubor kommenheit drei unsrer Genossen hincindelegierte. Die Kommission beantragte nunmehr, vorläufig zwei solcher Anstalten zu errichten; jedoch einigte man sich dahin, verschonungsweise eine Anzahl aufzustellen und zwar auf der Königs-Chaussee in der Nähe des Anton-Platzes.

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde von den Interessenten stark belästigte Bebauungsplan für den südwestlichen Teil der Gemarkung Pankow (von der Schönhauser Allee bis zur Maximilianstraße) genehmigt. Hervorzuheben ist, daß zwei der zu bebauenden Straßen in einer Breite von 20 Meter angelegt werden, während die übrigen Straßen eine Breite von 14 Meter erhalten. Der Besitzer des ganzen Terrains will nur Vorderhäuser bauen, um sich die kleinen Leute vom Halbe zu halten. Zu einem später zu errichtenden Schulbau sind der Gemeinde 400 Aktien zur freien Verfügung gestellt worden. — Das von der Gemeinde aufgestellte Schulbau-Projekt hat die Regierung unter Abänderung der Dachstuhlkonstruktion genehmigt und es wird mit dem Bau der Doppelschule in der Schulstraße nunmehr begonnen werden. Ein Antrag des Schulrates, in sämtlichen Schulklassen der Gemeindefschulen gegen die Staubbildung Fußbodenöl zu verwenden, wurde einstimmig angenommen. Desgleichen wurden Mittel zur Verfügung gestellt, um die in einigen Schulen bestehenden und von der Lehrerschaft verwalteten Schulbibliotheken zu vervollständigen. — Der Gastwirtsverein stellte den Antrag an die hiesige Gemeindevertretung, den kommunalen Zuschlag zur Betriebssteuer fallen zu lassen; einzelne Gemeindevertreter, die dem genannten Verein angehören, unterstützten den Antrag mit dem Hinweis auf die allgemeine Teuerung und das Daniebeliegen des Gastwirtsgebietes. Der Antrag wurde abgelehnt und den Antragstellern anbeimgelassen, an den Kreis zu gehen, damit sie dort den Antrag auf Aufhebung der Betriebssteuer stellen.

Ober-Schönau. In unserer Notiz betreffend den Bräudenbau in Ober-Schönau wird uns geschrieben: Sehr unwahrscheinlich ist es, daß das Bräudenbau-Projekt so zeitig die Genehmigung der Regierung erhält, daß bis zum 1. April mit dem Bau begonnen werden könnte. Da nun mit einem späteren Baubeginn die unentgeltliche Herbstgabe eines Streifens Landes seitens der deutschen Rüst-Werkzeugmaschinenfabrik in Befall kommt, so wird jedenfalls dann ein enorm hoher Preis hierfür verlangt werden. Es wurde in der betreffenden Sitzung schon von der Summe von 50 000 M. geredet.

Man erwarte es hier den Anschein, als ob hierdurch der unter der heutigen Wirtschaftslage am stärksten leidenden Rüst-Werkzeugmaschinenfabrik unter die Arme gegriffen werden sollte.

Sehr befremdlich wurde es empfunden, daß am letzten Sonntag anlässlich der Beerdigung des Direktors des hiesigen Sabelwerkes, Mathemau, die Sonntagruhe herhalten mußte. Denn es ist durchaus nicht erforderlich, weshalb gerade an diesem Sonntag die Verkaufsstätten bis 6 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

Es scheint eine in den Vororten allgemein zu übende Praxis zu werden, auf Grund des Ausschlags von Plakaten, die Vereinsfestlichkeiten zu öffentlichen zu stampeln, denen behördliche Genehmigung nicht erteilt wird. — So ist dem hiesigen Arbeiter-Gesangsverein aufgegeben worden, seine Plakate einzuziehen, andernfalls das Fest nicht stattfinden dürfe. Man wird ja nun abwarten müssen, ob auch die Arbeitervereine eines Besseren belehrt werden.

Theater.

Berliner Theater. „Dornröschen“. Märchenoper in 4 Akten von Max Roeller. — Mancher, der dasitzen und hören mußte, wird Dornröschen um ihren schönen Schlaf beneidet haben. Die Saison hat nicht gerade durch besondere Theaterlust den Geschmack verwöhnt, aber die kleinere Schärfe dieses neuesten Märchenromans, das übrigens laut Theaterzettel nicht Paul Lindau, sondern die kommende Theaterdirektion inszenierte, schlag alle Konkurrenz. „Frau Anna“, das Ostermärchen, mit dem Max Roeller voriges Jahr im Schauspielhaus debütierte, erscheint nachträglich, an dieser neuen Märchenoper gemessen, beinahe noch respektabel. So blühend die Gestalten, in den Empfindungen und Gedanken, die das Stück zum Ausdruck brachte, in dem Schmerz der Königin um das gestorbene Kind, in ihrer Läuterung durch werthätige Liebe, war doch ein Ausblick auf menschlich Bedeutsames gegeben. Man konnte an den Ernst, an das Ergriffensein des Dichters glauben. Durch die dürftige Symbolik schien etwas Innerliches hindurchzuschimmern. Und dann, die dekorativen Wirkungen, die dem Drama den Erfolg eintaugen: der Frühlingssorgen der Kinder, die Aktion Annes, die in den Blüthenfeldern des Himmels die tote Tochter wieder sieht, die Vögelgestalten, in denen Jaira der Mutter naht, zeigten bei aller opernhaften Süßlichkeit doch von nicht gewöhnlicher, aufs Szenisch-Wildhafte gerichteter Erfindungsgabe. Durch das Dekorativ mag Roeller zu der verhängnisvollen Dornröschen-Idee geführt worden sein. Zu sagen hätte er diesmal nichts, rein gar nichts. Man kann den Stoff nicht leicht profaischer behandeln. Aber der Prinz, vor dem die Dornröschen weichen, der stuf auf die Stufen der schlummernden Prinzessin, bei dem das ganze Schloß zum Leben erwacht, sollte das bei einiger Denkfähigkeit wohlthätig verlängerten Zuthat sich nicht prächtig auf der Bühne arrangieren lassen? Es sieht gut aus und kostet nichts. Verlängert kann die Sache durch Gebete werden, und betet erst der Prinz, dann kann er auch, das macht sich ganz bestimmt höchst wunderbar, mit elektrisch leuchtendem Kreuze den Dornenzäuber auseinander scheuchen. Gleichzeitig aber geben wir so dem simplen, wehlosen Märchen die wünschenswerthe christliche Gefinnung, die sich bei „Mutter Anna“ ja schon gut bewährt. Und weiter, damit der Sieg des Prinzen ein wahrer Sieg des Kreuzes sei, verwandeln wir vorsorglich die böse Fee, die nach dem Märchen den ganzen Schaben angerichtet hat, weil sie zu des Prinzchens Laune nicht wie die anderen Feen eingeladen war, in eine äußerst niederrichtige Heidin. Dort steht das Aberglaubens, hier Licht des Glaubens! Aus der fälschlichsten Spekulation, die in der Hoffnung eines ähnlichen Effekts jede Spur naiver Märchenwahrheit opfert, scheint das Ganze geboren.

Das Heidenweib, auf den gemüthlichen Namen Trude hörend, ist Dornröschens Tante. Verbannt vom Hofe des guten Königs hing erscheint sie, schwarz an Haaren, schwarzer am Gemüth, im Schloß, um mit stürzender Prophezeiung ihr Jauerspinrad abzuholen. Der König giebt ihm unwilligen Befehl, alle Spinnräder zu vernichten. Im zweiten Akt tritt ein greiser Priester, der als vorbereitendes Motiv des Schlußes „Credo“ zu sagen hatte; ein Hofnar, der sich aber später heiliger wird, verhöhnt den Allen, Dornröschen nimmt von dem einen guten Prinzen, der sich zur Kreuzfahrt in das heilige Land gerüstet, Abschied und hört dabei zum erstenmal, daß es Spindel gibt. Im dritten Aufzuge holt eine alte Wärtlerin, aus unbekanntem Grunde verbunden mit der bösen Trude, das versteckte Jauerspinrad herbei. Die Mädchen singen und tanzen — eine veränderte, aber nicht verbesserte Auflage des Auberregens in „Mutter Anna“ — Dornröschen spinn und sticht sich in den Finger. Alles verflucht in Schlaf und Trude, jetzt mit einer Feuerkrone auf dem schwarzen Haar, triumphiert in höllischer Manier. Nirgendes auch nur ein einziger Einfall, der etwas Eignes, es sei denn als Verballhornung des Guten, zu dem gegebenen Stoff hinzubräute. Dabei ein endloses Gerede, wie es, gleich inhaltslos, in Prosa wohl kaum möglich wäre. Der gemeine Vers dient als bequemes Dehnungsmittel, er übernimmt die Leitung der Gedanken. Wie man auf eine Sprungfedermatratze springend unwillkürlich weiter wippt, so hopft die Rede, einmal angefangen, ganz mechanisch von Reim zu Reim hübscher. Da ist kein Halten.

Hundert Jahre hat das Dornröschen des Märchens zu schlafen. In Anbetracht des jungen Kreuzzugs-Prinzen ist diese Zahl bei Roeller auf sieben reduziert. Als Hof zurückkehrt, wird er von dem Narren, der nun ein frommer Mann geworden, vor den tobenden Heiden gewarnt. Eine Waischaft Trudes; durch einen schwarzen Ritter überbracht, weist Hof als Bräutigam und Christ voll Stolz zurück. Er belet zu der Jungfrau Maria und, siehe da, die Nachtigallen fangen in dem verwunderten Wald zu jubelnden an, er belet weiter und Müll ertönt, er hält das eiserne Kreuz vor sich und die Conkissen geraten eine nach der andern, rechts und links verschwebend, in Bewegung. Im Hintergrund hat das Schloß sich auf. Legies Bild: Der Prinz weckt die Geliebte und das vom Jauerspinrad

jährlings unterbrochene Wiegenlied der Mädchen klingt von neuem an. Der Narr aber, den das Wunder des Kreuzes vollends zum Heiligen gereift und von allen Zweifeln befreit hat, redet in Versen, die an Wilhelm Buschs erhabene Einfalt gemahnen, und in das Bewußtsein: „Laßt dem Glauben, wo die Gründe fehlen (1), Doch sein starkes, freudvolles Recht.“

Wenn nicht der Glaube, so ist die Toleranz in starker Zunahme. Bei Duffons „Ruhmlosen Helden“ im Berliner Theater gab es am Schluß noch starkes Jischen, Dornröschens Dichter aber trieb sein Schifflein ungefährdet in den Hafen. Brauender Applaus und mehrmaliges Erschauen.

Central-Theater. Man soll es nicht glauben, wie die Zeiten billiger werden! Früher mußte man, wie Lenau, eigens nach Amerika gehen, um statt europäischer vielmehr amerikamüde zu werden. Und seit Ferdinand Stürzberger (1850) seinen Lenau-Roman „Der Amerikamüde“ herausgegeben, haben Ungezähle ihr Geld daran gewendet und wenden es noch daran, um ebenfalls amerikamüde zu werden, wozu sie nicht in die paar auch Europas würdigen oder selbst Europa schlagenden Vorzüge Amerikas hineingeraten, oder wenn sie nicht danach sind, im gewöhnlichen Lederleberleben ihr gutes Dasein zu finden. Ein Sinn fürs Mechanische, fürs Japsische auf äußere Wirkung, für „Wode“ u. dergl. gehört jedenfalls dazu. Ein bißchen lang sein, und man hat's billiger als der Schiffstabelle! Man braucht nur zum Beispiel vor einem oder dem andern Japse in unsem „Central-Theater“ die amerikanische Operette „Die Schöne von New York“ gesehen haben und sie jetzt (seit vorgestern, Donnerstag) dort wiedersehen, da sie unter dem Titel „Das Mädchen von der Heilsarmee“ (der Urtitel ist der ursprüngliche) im „Ensemble-Gastspiel der Wiener Operetten-Gesellschaft von Benedig in Wien“ unter Leitung des Direktors Gabor Steiner in veränderter Weise noch einmal vor die Berliner tritt. Offenlich wird man Wien nicht nach der Welt seines Pratergeschmacks „Benedig in Wien“ beurteilen! Am Strande der blauen Donau und schwarzen Polstifluten ist man ja in Kunst und Lust zurückgegangen, aber doch nicht bis auf amerikanisches Niveau. Es scheint in jener für die Operette geradezu prädestinierten Stadt sogar etwas wie ein neues Leben dieser Kunst- und Lustgattung zu erstehen oder wenigstens entstehen zu wollen, vielleicht nur niedergebunden durch's Blaue und Schwarze. Von den Herren Heuberger und Lehner und Johann Strauß III., die dort Neues zu leisten scheinen, möchten wir doch noch lieber etwas abkommen als von der Pratermusik.

Viel anders als eine solche Musik ist die Vertonung des New Yorker Textes durch Gustav Kerler nicht. Wir haben sie ja bereits seiner Zeit markiert. Bummigere und verstopftere Pöffe als hier giebt es nicht bald wieder. Einzig einige Gesänge der französischen Kochstochter Jiffi kommen uns etwas amüthiger vor. „Vehre mich das müssen“ im ersten, „Die englische Röh“ im zweiten und ein Duett im vierten der fünf Bilder, dazu ein paar beschwingtere Klänge in den vielen Tänzen. Hauptfache: die Evolutionen der Obertrude, wie sie von garten Händen und Beinen geschwungen werden. Darin sind denn nun auch die Wienerinnen wirklich schenswert. Im übrigen ist die personreiche Truppe gut eingepaukt. An die im ganzen recht seine Durcharbeitung bei unsem Jereuz-Gesellschaft reicht sie nicht heran. Hervorragende Stimmen sind auf dem Operettenpodium selten genug, daß wir sie nicht besonders demerken. Die Trägerin der Titelrolle, Fräulein Kerbio La, macht ihre Sache so gut, wie es hier, noch dazu bei einer kaum sehr dankbaren Partie, eben erwartet werden kann. Fräulein Raffarj singt ebenfalls frisch, doch noch weniger hervorragend, mit einer ziemlich flachen Stimme. Am ehesten erfreute uns der Gesang von Fräulein Zwergen in jener mystikalisch bevorzugten Rolle der Jiffi. Unter den männlichen Stimmen verdienen eine Hervorhebung am ehesten der Tenor Pagin und der Bariton Karady, was gegen die zahlreichen Lebrigen kein Mißtrauenswort sein soll. Das fünfte Bild ist ein so zusammengewürfeltes und zusammengelegelter Ballfeitzanz, daß man sich in ein königliches Opernhaus verkehrt denken könnte; Arrangeur: Louis Gundlach. Neben dem Regisseur Karl Tuschl nennen wir noch den Dirigenten Karl Stapeller. Er hielt den effektvollen fünfartigen Schluß zu zusammen und hat das Pfeifolo im vierten Bilde eigens komponiert, etwas mehr absolut musikalisch, während es damals mehr tonmalertisch gemacht war.

Das also sind die musikalischen Theatererträge dieses Winters! Eine oder die andre neue Jugoperette, dann im Theater des Westens Ankömmlinge von Versanden, und im Opernhaus knapp ein Strauß und Reueinstudierungen des „Troubadour“ usw. Konzerte sind dagegen noch eine Erholung. Ein feines, kleines, nicht immer tonreines bereitetes und neulich in der Singalademie die Sängerin Thea Dora Reicher, der Violinist Max Guhlia und beide Begleiter, der längst mit Recht allseits gerühmte Coentraad van Vos. Jene beiden sind zwar keine solchen Künstler, die zu etwas Großem auszuweisen, und speziell die Sängerin stößt den Hörer durch ihr weit über erlaubtes Wehen oder Schmettern hinausgehendes Tremolieren, durch ihre unzureichende Stimmqualität in tieferer Lage usw. Aber beide Künstler haben etwas so Jaries, Jümpes, sogar eine Gabe des Nars und Durchsichtigmachens von Tönen, die ihnen „liegen“, daß man sich daran von mancherlei Kärm erholen kann. Zumal der Violinist, noch dazu mit einer würdigen Programmwahl, vermag ein Meister intimerer Kunst zu werden. Wenn dies von Th. D. Reicher weniger zu hoffen ist, so entschädigt dafür doch die anregende Art, mit der sie die mehr lieblichen Stücke und selbst den „Erlkönig“ aus sich heraus giebt. Unter ihren Programmnummern brachte uns die erste eines unfer ersten Komponisten wieder in Erinnerung: Max Bruch. Aus einer seiner vielen Kantaten für gemischten Chor, Soli und Orchester, „Das Feuerkreuz“, war das „Ave Maria Königin!“ herausgenommen; ein im besten Sinne wirkungsvolles Stück, so sehr wir auch immer wieder vor solchen Heranziehungen warnen müssen.

Gerichts-Zeitung.

Ein schweres Fahrstuhl-Unglück beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. In dem Geschäft des Kaufmanns Verwardt Leineweber, Müllischer Friedmarkt 4, wird der Verkehr zwischen allen vier Stockwerken, die vom Geschäft in Anspruch genommen werden, durch einen Fahrstuhl vermittelt. Zur Bedienung desselben war der geprüfte Führer Johannes Kunz angestellt worden. In der Mittagspause des 23. Oktober vor. Jahres war Kunz für kurze Zeit auf den Hof hinausgegangen, ohne, wie die Polizei-Berordnung es vorschreibt, die eiserne Thür, die zum Fahrstuhl führt, zu verschließen. Während dieser Zeit ertönte von oben her das Läutesignal, daß jemand den Fahrstuhl benutzen wollte. In Abwesenheit des Führers trat der Buchhalter Georg Floß, der sich gerade unten befand, den Fahrstuhl und fuhr mit demselben bis zum 4. Stockwerk hinauf. Hier traf er seinen Chef Leineweber, der hinab befördert werden wollte. Dieser begnügte sich auf die von ihm gestellte Frage, wo Kunz sei, mit der Antwort, daß dieser ausgetreten sei. Obgleich Leineweber sowohl wie Floß wußten, daß der Fahrstuhl nur unter Begleitung eines geprüften Führers benutzt werden darf, traten beide die Fahrt an. Auf ein Klingelsignal hielt Floß in der dritten Etage an. Hier trat Fräulein Wölde, eine Angestellte im Geschäft, den Fahrstuhl mit einem Bündel Anzüge über dem Arm. Floß nahm ihr die Kleidungsstücke ab und Fräulein Wölde verließ den Fahrstuhl wieder. Dann setzte Floß den Fahrstuhl wieder in Bewegung. Da ihm Fräulein Wölde die Ansicht etwas versperrte, hatte Floß nicht gesehen, daß die Thür nicht ganz zugefallen war, sondern von der Käherin Hoffmann aufgehalten wurde. Die Hoffmann verhielte nun, den Fahrstuhl, der bereits langsam nach unten ging, nach zu breiten. Sie bog dabei den Kopf vorüber. Vergebens versuchte Leineweber, sie zurückzudrängen. Dies gelang ihm nicht mehr, denn im nächsten Augenblick hatte die obere Fahrstuhlverdachung ihren Stoß erfährt und zog sie in den Fahrstuhlschacht hinunter. Die Hoffmann erlitt schwere Verletzungen, denen sie nach einigen Tagen erliegen ist. Für den Unglücksfall wurden Kunz, Leineweber und Floß verantwortlich gemacht. Der Staatsanwalt hielt sämtliche Angelegte der schwe-

diffigen Lösung für schuldig und beantragte gegen Kunz drei, gegen Leineweber vier und gegen Floß drei Monate Gefängnis. Die Verteidiger, Justizrat Kleinholz und Dr. Schwandt, suchten auszuwärtigen, daß der Unglücksfall durch eine Reihe allerlei nicht vorherzusehender Zufälle und nicht auf Fahrlässigkeit seitens der Angelegten zurückzuführen sei. Der Gerichtshof konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen, sondern verurteilte Kunz zu einem Monat, Leineweber zu sechs Wochen und Floß zu vier Monaten Gefängnis.

Als Spezialistin für einen ganz besonderen Gauner-Trip hat sich die schon wiederholt vorbehaftete Marie Schwede herausgebildet, die gestern wiederum vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Angelegte sucht ihre Opfer auf der Straße aus. In fliegender Eile tritt sie an irgend einen Herrn heran und bittet ihn flehentlich um Schuß gegen einen Verfolger, der zwar nicht sichtbar ist, aber nach ihrer Versicherung sie schon eine Strecke Weges belästigt habe. Sie findet mit ihrer Bitte gewöhnlich Gehör; der von ihr zu ihrem Ritter und Retter auserwählte Mann bietet ihr galant den Arm und begleitet sie zu einem von ihr bezugsnehmen Hause, wo sich angeblich ihre Wohnung befinden soll. Auf dem Hausflur spielt sich dann eine herzbevegende Scene ab. Die „Gerechtere“ fällt ihrem Ritter um den Hals und ergeht sich in löblichen Phrasen und Dankesworten. Der Rettsende merkt erst zu spät, daß er das Opfer einer Komödie geworden und die verlogene Unschuld eine raffinierte Spitzbavin war, die die Rührcene auf dem Hausflur nur aufführte, um Gelegenheit zu einem Taschendiebstahl zu finden. Die Angelegte ist schon wiederholt wegen Diebstahls nach diesem Schema vorbehaftet worden; gestern hatte sie sich wegen Wiederholung dieses Trips in zwei Fällen zu verantworten. In dem einen Falle ist ein alter Drofschneidmesser ihr zum Opfer gefallen, in dessen Drofsche sie eines Tages mit dem Andeuten des Schredens gesprungen war. Sie erzählte auch ihm dasselbe Verlogungs-Märchen, daß sie nach ihrer Wohnung zu fahren und rühre den hiederen Hofeleiter derartig, daß dieser vom Bod heruntertroch und ihr noch bis in den Hausflur sicheres Geleit gab. Dort fiel sie dem Alten wiederum um den Hals und überschüttete ihn mit Dankesworten. Der Alte merkte aber, daß sich die Angelegte bei dieser Gelegenheit an seiner Ledertasche zu schaffen machte, er packte ihre Hand und sah, daß die Angelegte ihm sein Portemonnaie und das Geld, welches er lose in der Ledertasche bewahrt, weggenommen hatte. Er beförderte sie etwas unvorsatz zur nächsten Polizeiwache, wo ihr das Portemonnaie abgenommen wurde. Die Angelegte schien aber plötzlich stumm geworden zu sein, denn sie antwortete auf alle Fragen nach dem Verbleib des verlorenen Geldes nur in der Geberdenprache. Schließlich packte man sie bei der Kehle und dies hatte den Erfolg, daß aus ihrem Munde plötzlich die schlendern Marx- und Jweimarktsprüche auf die Erde rollten. — Der Gerichtshof verurteilte die unverbesserliche Verbrecherin aufs neue zu 3 Jahren Zuchthaus und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Ein Kinderfreund. Der vor einiger Zeit in Haft genommene frühere Obmann-Stellvertreter der Schuhmacher-Zunft, Louis Schumann, wurde gestern der siebenten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um auf die Anklage des wiederholten Eitlichkeitsbergens zur Verantwortung gezogen zu werden. Dem 67 Jahre alten, anscheinend der Erblindung entgegengegangenen Manne wird zur Last gelegt, daß er, der als Freund der Kinder bekannt war, in 6 Fällen kleine Mädchen unfittlich berührt habe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, doch wurde dem Obermeister Bierbach gestattet, im Interesse der Schuhmacher-Zunft der Verhandlung beizuwohnen. Rechtsanwalt Ulrich als Vertreter der Angelegten hatte aus den Beobachtungen, die er bei Gelegenheit der Verprechungen mit diesem gemacht, es für geboten erachtet, den Professor Dr. Strakmann als psychiatrischen Sachverständigen zu laden. Dieser hielt aus Grund des Bildes, welches er während der Verhandlung vom Angelegten gemalt, den Antrag für gerechtfertigt, diesen zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf einige Zeit einer öffentlichen Anstalt zu überweisen. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage und vertagte aus diesem Grunde die Verhandlung.

Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen, die auf Antwort rechnen, ist die Abonnements-Luitung beizufügen. Die Erledigung erfolgt grundsätzlich nicht brieflich. Anfragen juristischer Art sollten am dem Convert immer den Vermerk haben: Juristischer Teil.

M. S. Schwächliche Kinder können gegen mäßiges Pflanzegel (pro Woche 2 bis 15 M., auch 10 M.) oder unentgeltlich (bei großer Bedürftigkeit) auf mehrere Wochen untergebracht werden in den Heilstätten des Vereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seestädten, z. B. in Nordsee, in Bhl auf Jöhr, in Groß-Wärz, in Joppet. Anfragen bei der Verwaltung der betreffenden Heilstätten. Auch das Seebad Kolberger Deep, dem Berliner Elisabeth-Kinderhospital gehörig, dient diesem Zweck. Anfragen beim Elisabeth-Kinderhospital.

S. D. 144. Uns ist nicht bekannt, wann der Haussturz in der Driamenstraße war. Bleibt mich einer unsrer Leser Auskunft.

P. 2. 1660. Der Wert kann nur von Sachleuten nach sorgfältiger Prüfung bestimmt werden. Versuchen Sie es probeweise mit einigen größeren Firmen. — **Kontostärke.** Wenden Sie sich mündlich oder schriftlich an den Direktor des betreffenden Geschäftes. — **V. Rein.** Kolonie Kreta. Wenden Sie sich mit Ihrer Frage an die städtische Grundbesitzungs-Deputation, Rathaus, Zimmer 116-122.

G. B. 19. Alexandriner. 19 gehört zum 16. Kommunal-Wahlbezirk. Derselbe umfasst die Stadtbezirke 114-121 und wird gegenwärtig in der III. Abteilung von Herrn Dr. Hermes vertreten, dessen Amtsdauer bis 1906 läuft. Die Bezirkseinteilung ist jetzt noch dieselbe wie bei der letzten Wahl. 2. Rein.

Minden. 77. Antwort etwa mit Ende der kommenden Woche. J. P. Weitere Schritte lohnen sich nicht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

M. S. 72. 1. und 2. Der Vermerk muß anweisen und ist strafbar, wenn er es unterläßt. 3. Rein. — **G. M.** Innerhalb eines Jahres nach der Verheiratung — **G. M. 17.** Ihre Frau soll die vier Karten mit dem Wiedererhaltungs-Antrag der Versicherungsanstalt einreichen. — **S. D. 9.** Kommt ganz auf den einzelnen Fall an. Wenden Sie sich an einen Valentinwall.

H. Krause. Wenn sie nicht besonders hervorgerufen, dann ist wohl nichts zu befürchten. — **P. 8. 66.** Am Strafregister und durch die Polizei wird die Bestrafung notiert, sonst nicht. Eine Erziehung des jüngereren Fortkommens wird in der Regel die Folge sein. — **Z. 12.** In drei Monaten.

R. M. Sie müssen Ihre Abhat, aus der Landeskirche auszuscheiden, dem zuständigen Amtsgericht anzeigen und dann zwischen 4 und 6 Wochen nach der Anzeige den Ausschitt in der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zu Protokoll erklären. — **Sernsdorf.** Wiederholen Sie Ihre ganze Anfrage unter gleichzeitiger Wiedergabe der Vertragsbestimmung. — **M. S., Rannschrahe.** 1. Rein. 2. Beim Dreiermarktschneider. — **G. B. 67.** Wenden Sie sich höher Verhältnismittel ergangen, weil Sie in einem verkündeten Termin, zu dem Sie also nicht mehr geladen werden mußten, nicht erschienen waren. Erklären Sie sich sofort in der Gerichtsschreiberei.

S. D. 1. Beides. 2. Wollen begabt werden. — **Emil E.** 1. Läßt sich so nicht beantworten. Wollen Sie die Berechnung der Vermögensgesellschaft ab und kommen Sie dann in die Sprechstunde. 2. Ja.

J. G. 1000. Hängt alles von den näheren Bestimmungen des Testaments ab, die uns unbekannt sind. — **1000.** Läßt sich im Reichsamt wegen der verschiedenen Erbteile, die möglicherweise in Betracht kommen, nicht beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **S. D. 1.** Es ist ratsam, das Geld zu sparen. Das es eingezogen wird, ist nicht zu fürchten. 2. Zur Deckung notwendiger Ausgaben wird die Veräußerung des Geldes wohl bewilligt werden. — **Starkub B.** Sie brauchen die Mitglieberliste nicht einzureichen. — **Wiedenburg.** Nach Ihrer Darstellung trifft sowohl das Kind wie das Lehmschiff ein Verbot, sie müssen daher den Schaden gemeinsam tragen. — **S. 3.** Das Verbot des Arztes war ungenügend, nachdem Sie aber einmal gezahlt haben, läßt sich nichts mehr machen. — **S. 4.** 1. Ihre Schwester kann auf Grund eines ihr von ihrem hiesigen Arztes bescheinigten Arzteszeugnisses das Armenrecht beantragen. 2. Sie kann einem der Brüder Vollmacht erteilen. 3. Die Vollmacht braucht nicht beglaubigt zu sein. — **1000.** Rein.

Briefkasten der Expedition.

Mler. Die Abonnentenzahl unsrer Blattes beträgt 69 000, nicht 67 000, wie irrthümlich im Briefkasten der Nr. 43 angegeben.

Einladung

ausserordentl. Generalversammlung der gewählten Vertreter der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Lichtenberg...

9. Nachtrag

zum Statut der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Lichtenberg. Da die Kasse angeordnet der rechtskräftig gewordenen Ausforderung vom 19. Januar 1903...

Gebr. Wolfertz, Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft Wald bei Solingen No. 179.

Fabrikmarke



Rotkäppchen

1/2 nährliche Größe



Rasiermesser No. 30, fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch mit Etuis per Stück M. 1,50. Taschenmesser No. 621, mit 2 Klingen und Korkeiser, Hirschhornschalen... Scheere No. 134, 7 Zoll lang, fein vergoldet und verziert...

Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645.

In sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

Bock-Bier 4/10 Liter 10 Pf.

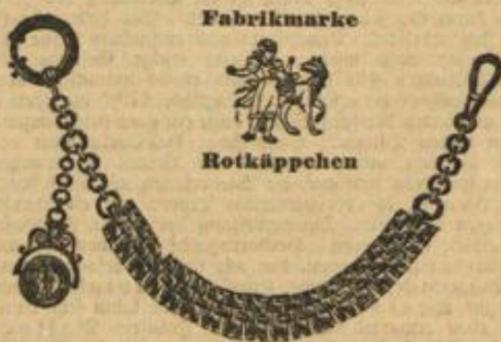
1/8 Tonne M. 3,50.

15 Flaschen M. 1,50.

Fabrikmarke



Rotkäppchen



Uhrkette No. 2628, hochfeine Nickelkette mit Anhänger, 28 cm lang per Stück M. 1,20. Manschetten-Kettknöpfe No. 2080, blau Emaille mit grün emailliertem Kleeblatt... Brosche No. 2746, Gold-Double mit Herz-Anhänger per Stück M. 1,20...

Gebr. Wolfertz, Versandgeschäft, Wald bei Solingen No. 129.

Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten wir genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig...

- bei Entnahme von 6 Stück 25 Pf. 4 Mk. 50. Schblaues Monteur-Jackett 1 Rr. 90. Schblaues Monteur-Hose... Schblaues Monteur-Jackett... Prima Röder-Gewebe... Schblaues Monteur-Hose... Manchester-Hose... Gefürter. Mantel-Jackett... Weiße Lederhosen... Kniestrümpfe... Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chausseest. 2 in 25. Brüdenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 20. Preisliste 1903 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Siebengebirgs-Geld-Lotterie

Ziehungsanfang 4. März. Gewinne = 450 000 Mark. Ganze Lose à 4 M., halbe à 2 M. Porto u. Liste 30 Pf. extra empfiehlt die Glückskollekte J. Rosenberg, 51 Kommandanten-Strasse 51.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter. (E. D. Nr. 3, Hamburg.) Derselbe Verwaltung Berlin E. Sonntag, 22. Februar, vorm. 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

Bei Hoffmann, Postenstraße 3. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Wahl eines Beitragsamteiles. 3. Kassangelegenheiten und Verschleiden. 183/3

Dr. Simmel, Prinz-Str. 41.

Specialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Dr. Schünemann, Specialarzt für Haut-, Gynäk. und Frauenleiden.

Specialarzt für Haut-, Gynäk. und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 12-1/2, 3, 4, 6-7/8, Sonnt. 9-11.

Trinkt „Apfelblümchen“

Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol. Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H. Görlitzer Ufer 24. Fernsprech-Nr. 4. 1673. [2082]

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutes nur 1 Mk. 50 Pf., außer Deutsch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu ermäßigten Preisen. Rufaten-Trauring, 900 gsch., 1 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eßt Kalkenower Brillen, Pince-nez, Optingläser. 2052

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. Schneidermeister. 634L*

GRÖSSTE HEIZKRAFT Henckels Werke GERINGSTER ASCHEN-GEHALT Kein SCHLACKEN-RÜCKSTAND! General-Vertreter: C. F. Heinz, NW. 21, Dreysesstr. 9.

Das Richtige sehen Carl Buttendorff, in Firma Ernst Riek, Berlin N., Weinbergsweg 15b. Bietet jedem Käufer Gewähr für richtige Anpassung aller Augengläser. Stahl-Brillen und Pince-nez Nickel " " " v. Mk. 1.00- 3.50 Double- " " " " 1.50- 4.00 Gold- " " " " 3.50- 13.00 8.00- 40.00 Bitte genau auf Firma und Haus-Nummer 15b achten.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Wort! Nur das erste Wort soll. Wort mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Dekantation sofort verkäuflich... Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137* Hochbornschme Herrenanzüge, Paletots aus feinsten Stoffen... Einsegnungs-Anzüge, Modelle. Klempner nur einzeln, Trummelstraße 186 II. 129/19* Krawattenkoffe, große Ausw. Ballnerstr. 30. 22306 Weiße Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig... Teppiche! (Kellerhalle) in allen Größen für die Halle des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhof Börje. 119/5* Teppich, Betten, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Anzüge, Remontolordren... Möbelkuchenden empfehle mein... Verantwortlicher Redakteur: Carl Veld, in Berlin.

Möbel, Spiegel, Bilder, Standuhren, Regulatorer (spottbillig) Verkauf, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 61/2* Möbelmagazin Neuer, Invalidenstraße 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. 15163* Betten, 2 Stand, sehr billig, Nuhn, Rüdigerstraße 13, II. 21575* Betten verkauft billig Landsbergerstr. 75, II links. 21585 Krankenträger für Zimmer und Straße käuflich und teilweise in allen Preislagen. Kopp, Cäcilienstraße 95. 128/17* Teppiche mit Farbenflecken Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137* Pianino 120,00, gut erhalten, Turmstraße 7 parterre. 23165* Pianino, gut erhalten, sofort verkauflich Ritterstraße 120, I. 57/10* Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Bobbin, Ringstich, Adler, Schneidm. Turmstraße 39, Bernauerstraße 47B. 15048* 1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffen, hochamtl. Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Auszahlung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Hierunter hoher Verdien. Ernst Bellmann, Wollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Raschden nehm in Zahlung. 15038*

Vorteilhaft kauft man Central-Bobbin, Ringstich, Adler, rüd- und vorwärts nährend, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Fernstraße 44, Reimer. * Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14968* Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137* Panceifosa 58,00, Garnitur, rot und grün, Aufbaumöbelschiff, Leder-gardinen, Teppich, ganz billig, passend Braunkauf, verkauft Brandt, Dolschmarktstraße 61. 28206 Einige Englishleder-Holen sind billig zu verkaufen bei Schmiedewoll, Parulstraße 5, Hof links 4 Treppen. Umständlicher zwei Betten, zwei Steppdecken, Gardinen, Tisch-parterren, Stares, Tischschilde, angefertigte Damenwäsche billig Kaufmannstraße 52 I links. 23313 Schantwischel billig zu verkaufen. Ertragen Expedition, Brunnstraße 93. 1146 Herrenfahräder, Damenfahräder, jeder Preislage, Strabreit-fäder, Motorwagen, Schläge 2,50, 3,50, Laufbeden 3,50, 4,50. Sonstige Fahrradteile, Reparaturen besonders billig. Tacker, Trummelstraße 112, Poststraße 53. 23256

Verschiedenes. Leschalle. Lesen 5 Pfennig, Chausseest. 121. 22996* Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57 (Nortplatz), bis abends neun. 22928* Rechtsbureau Babich, Grüner Weg vierundneunzig (Andreaskplatz), Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Materielung. 22536* Rechtsbureau, Brochbeilstand, Eingabengesuche, Materielung, Fall, Brunnstraße vierzig. 23155 Runkhoferei von Frau Kolodsch, Steinmetzstraße 48, Curgebäude hoch-parterre. Pandus. Verleih. Institut, Servietten, Lichtfächer prompt und billig. Gebr. Rosenthal, Spandauerstr. 47/48, Fernsprecher I 3614. 18785* Brochbeilstand und alle andren Bäcker tauch, befehl Antiquariat Kochstraße 56, I. Raum VI, 3397. * Verein. Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben Müllerstraße 7. * Verloren sind am Dienstag zwei Klarinetten. Bitte gegen Belohnung abzugeben bei Reinte, Oranauerstraße 4. 1255

Vermietungen. Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Admiralstraße 21 III, ohne Wiederrinn. 1 Möblierte Schlafstelle bei Frau Ping, Campanienstraße 3, Curgebäude I Treppe. Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Minder Stuhlflüchter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Malakstraße 27, A. Wälder. Stellenangebote. Schriftmaler, nur erste Kraft, bei hohem Lohn verlangt Dito Däuner, Neue Jakobstraße 15. 23316*

Verling für meine Verhoergelde-Anstalt, welcher die I. Klasse beauftragt hat, verlangt Dango Fritsch, Buchbindermeister, Kalkstr. 12 (Gehilfen-lohn 24 bis 40 Mark.) 22416 Schäfer, Lichtigen, auf Schmitz und Slangen verlangt Hirschhorn, Rüdigerstraße 143. 22656 Goldleihen. Ein tüchtiger Grund-bieter, welcher auch Eisen machen machen kann, wird sofort verlangt. Goldleihenfabrik, Königs- u. Wälder-strasse. 22165 Tüchtige Radfahrer sofort verlangten Hans Fäher u. Co., Groß-Wälderstr. am Wannsee-Bahnhof. Arbeiterinnen für Dampf-balancier gesucht. Caland, Stroyp-fabrik, Dadescherstraße 61. 22626 Plätterinnen auftragen, Rasch-schleifen und Drehenden im Hause verlangen Leinberger u. Granenhorst, Büchelstraße 13. Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile. Achtung! Klavierarbeiter! Die Kollegen der Pianofabrik von Blasendorf & Kloss, Wälderstr. 5, 78/5 befinden sich im Streik. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.